

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 4/2017 | 43. Jahrgang | 2,30 €

Neues Spiel. Neues Glück.



● ● ● Die schwarze Ampel

Was eine mögliche

● ● ● SCHWAMPEL-Koalition
für die Friedensarbeit bedeutet

In diesem Heft

Jürgen Grässlin:
Wird Heckler & Koch zum ethisch
verantwortlichen Unternehmen?

Aktionsberichte aus Büchel und Jagel
und von den Friedens-Fahrradtouren
in Bayern und Nordrhein-Westfalen

125
JAHRE **DFG-VK**
DEUTSCHE FRIEDENSGESellschaft · VERBODENE KRIEGSDIENSTGEWERBEN
DIE WAFFEN NIEDER!
21. BUNDESKONGRESS
10.-12. NOVEMBER 2017 - BERLIN

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet. 1968 schloss sich die DFG mit der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK, gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur DFG-IdK zusammen. Am 24. November 1974 fusionierte die DFG-IdK mit dem 1958 gegründeten VK (Verband der Kriegsdienstverweigerer) zur DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

DFG-VK-Bundesverband
www.DFG-VK.de f DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892626 @office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel 0177-8871014
@schaedel@dfg-vk.de
Stellvertr. politischer Geschäftsführer
Michael Schulze von Gläßer 0176-23575236
@svg@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop Pazifex
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892626 @material@dfg-vk.de
www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund 0231-818032
@Stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis
•Ralf Buchterkirchen @buchterkirchen@dfg-vk.de •Tobias Damjanov @damjanov@dfg-vk.de •Jürgen Grässlin @graesslin@dfg-vk.de
•Cornelia Mannewitz @mannewitz@dfg-vk.de •Christoph Neeb @neeb@dfg-vk.de •Monty Schädel @schaedel@dfg-vk.de •Torsten Schleip @schleip@dfg-vk.de •Thomas Carl Schwoerer @schwoerer@dfg-vk.de

Redaktion ZivilCourage
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892620 @zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de
f ZivilCourage Magazin

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51885601 @bawue@dfg-vk.de
www.bawue.dfg-vk.de
f DFG-VK Baden-Württemberg

Bayern
Schwanthalerstraße 133,
80339 München 089-89625146
@bayern@dfg-vk.de

Berlin-Brandenburg
@b-b@dfg-vk.de www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen
Villa Ichon, Goetheplatz 4,
28203 Bremen 0421-5964961
@nds-hb@dfg-vk.de

Hamburg/Schleswig-Holstein
Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
@hh-sh@dfg-vk.de
www.hh-sh.dfg-vk.de

Hessen
Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
069-431440 @hessen@dfg-vk.de
www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
0177-8871014 @mv@dfg-vk.de
www.mv.dfg-vk.de

Nordrhein-Westfalen
Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund 0231-818032
@nrw@dfg-vk.de www.nrw.dfg-vk.de
Ost
c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
04146 Markkleeberg 034299-76637
@ost@dfg-vk.de www.ost.dfg-vk.de
Rheinland-Pfalz
Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10,
55116 Mainz
@lp@dfg-vk-rlp.de www.dfg-vk-rlp.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:
www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit
War Resisters' International (WRI)
www.wri-irg.org @info@wri-irg.org
International Peace Bureau (IPB)
www.ipb.org @mailbox@ipb.org
Kooperation für den Frieden
www.koop-frieden.de
@info@koop-frieden.de
Bundesausschuss Friedensratschlag
www.friedensratschlag.de
Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
www.soziale-verteidigung.de
@info@soziale-verteidigung.de
Forum Ziviler Friedensdienst
www.forumzfd.de
@kontakt@forumzfd.de
Aktion Aufschrei - Stopt den Waffenhandel
www.aufschrei-waffenhandel.de
@kontakt@aufschrei-waffenhandel.de
atomwaffenfrei.jetzt
www.atomwaffenfrei.de

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK im DFG-VK (1974). Zuvor gab es die Deutsche Friedensgesellschaft, Internationale der Kriegsdienstgegner, die ZivilCourage und den Verband der Kriegsdienstverweigerer. Die Zeitschrift ZivilCourage

Die pacifistische Grundzustandshaltung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegswaffen mitzuarbeiten.

Liebe Leserin, lieber Leser,
am 10. Dezember wird im Rathaus der norwegischen Hauptstadt Oslo der Friedensnobelpreis an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen *Ican* verliehen.



Die Freude in der Friedensbewegung darüber ist verständlicherweise groß, gerade auch hier in Deutschland. Kann damit doch der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden, ihre bisherige Position zu revidieren und den gerade auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen von zunächst 53 Staaten unterzeichneten Atomwaffenvertragsvertrag doch auch zu unterstützen. Dieser verbietet Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen sowie die Drohung damit.

Und auch gerade in der DFG-VK ist die Freude über den Friedensnobelpreis groß. *Ican* ist ein weltweites Bündnis, in Deutschland wird es mitgetragen von der Kampagne *Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt*, die vom baden-württembergischen DFG-VK-Geschäftsführer Roland Blach koordiniert wird. Irgendwie ist also auch unsere Organisation Trägerin des Friedensnobelpreises und sieht dadurch ihr jahrzehntelanges Engagement gegen die furchtbarsten aller Waffen gewürdigt.

Dass die Auszeichnung just in dem Jahr verliehen wird, in dem die Deutsche Friedensgesellschaft ihr 125jähriges Jubiläum feiert, mag ein Zufall sein. Eine innere Logik besteht aber doch: Gäbe es den Friedensnobelpreis doch sicherlich nicht ohne die enge Freundschaft der DFG-Gründerin Bertha von Suttner mit dem Industriellen Alfred Nobel. Dieser hatte testamentarisch verfügt, mit seinem Vermögen eine Stiftung zu gründen, deren Zinsen „als Preis denen zugeteilt werden, die im verflossenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen geleistet haben“. Zu fünf gleichen Teilen wird entsprechend dieser Verfügung das Geld auf die Gebiete Physik, Chemie, Medizin, Literatur und eben für Friedensbemühungen verteilt.

Das Vermögen Nobels, der 1866 das Dynamit erfunden hatte, war beträchtlich und entspräche heute über 1,7 Milliarden Euro. Und riesig ist auch das heutige Stiftungsvermögen, es liegt bei über 300 Millionen Euro. ... und da kommt die leidige Zinsfrage ins Spiel. Damit das Vermögen hohe Zinserträge bringt, die an die NobelpreisträgerInnen verteilt werden können, muss es angelegt werden. Laut einem Eintrag bei Wikipedia ist das Kapital der Nobelpreisstiftung „zu 50 Prozent in Aktien, 20 Prozent verzinste Papiere und 30 Prozent in andere Investitionsformen (z.B. Immobilien oder Hedgefonds) angelegt.“ Nun stellte sich durch Recherchen der Organisation „Facing Finance“ und des ZDF heraus, dass die Stiftung teilweise Fonds besitze, die an Rüstungsfirmen beteiligt seien, die wiederum in Atomwaffenprogramme involviert seien.

Ican hat nun erklärt, sie wolle mit der Nobelpreisstiftung zusammenarbeiten, „um sicherzustellen, dass diese ihr Vermögen nicht in Atomwaffen investiert.“ Und immerhin hat sich *Ican* seit Jahren mit der Kampagne „Don't bank on the Bomb“ („Atomwaffen - ein Bombengeschäft“) „für ethisch saubere Investitionen“ eingesetzt, wie es in einer Erklärung heißt. Na ja, für die Zukunft mag das vielleicht helfen, das nun mit der Preisverleihung fließende Geld stammt aber eben teilweise aus „ethisch unsauberen Investitionen“. „Facing Finance“ hat *Ican* geraten, das Preisgeld nicht anzunehmen. Die Antwort von Xanthe Hall, Mitglied des *Ican*-Vorstands in Deutschland, ist leider nicht sehr überzeugend; sie sagte: „Es nützt niemandem, wenn *Ican* auf das Preisgeld verzichten würde. Im Gegenteil, das Preisgeld sollte in die Arbeit für das Atomwaffenverbot fließen und damit auch dem Engagement für das Ende der Finanzierung von Atomwaffen zugutekommen. Die Atombombenopfer (Hibakusha) sind ein wichtiger Partner in der Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen und nehmen an ihren Aktivitäten, Entscheidungen und Erfolgen aktiv teil.“ Die Benutzung der Hibakusha zur Rechtfertigung halte ich für mindestens grenzwertig.

Und vielleicht ist es doch ganz gut so, dass die DFG-VK nur über mehrere Ecken diesjährige Friedensnobelpreisträgerin ist.

Gefan Philipp

Herzlichen Glückwunsch zum Friedensnobelpreis



Die *International Campaign to Abolish Nuclear Weapons* und damit alle knapp 500 Partnerorganisationen wie *ican* Deutschland und die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ erhalten zurecht den diesjährigen Friedensnobelpreis. Und damit auch alle Träger der Kampagne wie die DFG-VK!

Das im Juli bei den Vereinten Nationen beschlossene Atomwaffenverbot, das seit 20. September zur Unterzeichnung durch die Staaten ausliegt, wäre ohne das Engagement von *ican* nicht zustande gekommen. Die gemeinsamen Aktionen der DFG-VK mit *ican* - wie der Pacemakers-Marathon und die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ - wie z.B. vor den Botschaften Nordkoreas und der USA im September in Berlin, die Lobbyaktionen zur Bundestagswahl u.a. über www.nuclearban.de, Zeitungsanzeigen und viele mehr sind Ausdruck enger Kooperationen und persönlicher Freundschaft. Gewürdigt werden mit dem Preis auch alle weiteren Aktiven, die sich für die vollständige Abrüstung von Atomwaffen engagieren! Jetzt muss die (neue) Bundesregierung Farbe bekennen, dem Verbot von Atomwaffen beitreten und den Abzug der Atomwaffen aus Büchel auf den Weg bringen. Die Motivation für die intensive gemeinsame Weiterarbeit könnte nicht größer sein.

Roland Blach, Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg und Koordinator der Kampagne *atomwaffenfrei.jetzt* (www.atomwaffenfrei.de)



Gemeinsame Protestaktion von *Ican* und DFG-VK vor der US-Botschaft in Berlin im September

ZivilCourage
Ausfüllen, Ausschneiden, Abschnitten an die DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart oder online abonnieren: www.DFG-VK.de
abonnieren

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. (Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.) Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen, Ausschneiden, Abschieken, Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Dt. _____
 Datum/Unterschrift _____
 Ich bezahle bequem per Bankeinzug
 Konto _____ BIZ _____
 Bank _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum _____ Unterschrift _____

Das Inhaltsverzeichnis findet sich auf Seite 10

Bundeswehr-Werbung nach der Wahl

Weiter mit Minderjährigen und skrupelloser Werbung?

Von Michael Schulze von Glaßer

Über 30000 Unterschriften gegen die Ausbildung Minderjähriger an der Waffe hat das *Deutsche Bündnis Kindersoldaten*, dem die DFG-VK seit 2016 angehört, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen kurz vor der Bundestagswahl übergeben. Vor dem Ministerium in Berlin gab es kurz darauf noch eine Kundgebung sowie ein Treffen mit Ministeriums-Vertreterinnen und -Vertretern und Bundeswehr-Angehörigen zu dem Thema. Die Unterschriften-Aktion hat den Druck auf die Verantwortlichen auf Seiten von Politik und Militär nochmals erhöht, nachdem sich in den letzten Jahren bereits der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Bundestags für ein Ende der Rekrutierung Minderjähriger ausgesprochen haben. Die Bundestagswahl und die absehbaren Koalitionen stimmen aber nicht positiv.

In ihren Wahlprogrammen haben sich die SPD, die Grünen und die Linken „unter 18 nie“ verschrieben – CDU/CSU und FDP sind für die Beibehaltung der aktuellen Einstellungspraxis. In einer (allerdings unwahrscheinlichen) großen Koalition aus CDU/CSU und SPD gäbe es eine durchaus realistische Chance, bei dem Thema in den nächsten Jahren einen Erfolg verzeichnen zu können. In einer „Jamaika“-Koalition, in der die in verteidigungspolitischen Fragen sowieso inkonsequenten Grünen nur die kleinste Fraktion sind, scheint eine Änderung der Rekrutierungspraxis der Bundeswehr unwahrscheinlich.

Allerdings könnte sich bei dem Thema auch aus anderer Richtung etwas tun: Auch innerhalb der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums ist die Einstellung 17-Jähriger umstritten – schlicht aus dem Grund, dass diese häufig sehr hilfsbedürftig und kaum zum selbstständigen militärischen Arbeiten fähig sind. Zudem dürfen die Minderjährigen nicht ohne Aufsicht mit Waffen hantieren – selbst bei Patrouillen innerhalb von Kasernen. Und in Auslandseinsätze dürfen die jungen Leute auch nicht geschickt werden.

Letztlich ausschlaggebend für die interne Position in Armee und politischer Führung werden aber die Rekrutierungszahlen sein: Das Hauptargument für die Einstellung 17-Jähriger war immer der große Nachwuchsmangel. Man müsse schon jungen Leuten, die nach der 10. Klasse – mit Mittlerer Reife – die Schule verlassen, die Möglichkeit geben, in die Armee einzutreten, so die Argumentation. Aktuell steigen die Bewerberzahlen bei der Bundeswehr als Folge der großangelegten „Mach, was wirklich zählt“-Werbekampagne kräftig. Das könnte die Armee dazu bewegen, in Zukunft auf die Minderjährigen, die aktuell etwa 10 bis 15 Prozent der jährlich neu eingestellten Rekrutinnen und Rekruten ausmachen, zu verzichten. Zumal das durchschnittliche Einstellungsalter der Minderjährigen aktuell ohnehin bereits bei 17,8 Jahren liegen soll, der Schritt (gerade bei vier Einstellungsterminen im Jahr) also nicht mehr groß ist.

Aber auch unerwartete Ereignisse könnten – fernab jedes Gedankens in der Armee und der regierenden Politik – zu einer schnellen Änderung in der Rekrutierungspraxis führen: Kaum eine Organisation produziert so viele Skandale wie die Bundeswehr. Übergriffe von Vorgesetzten auf ihre Untergebenen sind keine Seltenheit. Dies kann – leider – auch Minderjährige betreffen. So wurden Nötigungsrituale am Bundeswehr-Standort Pfullendorf in Baden-Württemberg im Februar dieses Jahres durch die Mutter eines minderjährigen Soldaten bekannt – ihr Kind hatte Angst, selber zu den Ritualen gezwungen zu werden. Noch ist kein Skandal bekannt, bei dem minderjährige Soldatinnen und Soldaten direkt misshandelt wurden – wird dies geschehen, könnte es von Bundeswehr und Verteidigungsministerium eine Strategie sein, die Rekrutierungspraxis zu ändern, um in der Öffentlichkeit eine Reaktion zu zeigen und zu beschwichtigen.

Beim Thema der allgemeinen „Bundeswehr-Werbung“ sind Änderungen – egal unter welcher Regierung – nicht absehbar. Die im November 2015 von



der Armee begonnene „Mach, was wirklich zählt“-Nachwuchs-Werbekampagne ist erfolgreich und bei den absehbaren Regierungsparteien unkontrovers: Mit 21 500 Neueinstellungen konnten im ersten Halbjahr 2017 so viele neue Soldatinnen und Soldaten eingestellt werden wie im gesamten Jahre 2016.

Höchstens einzelne Aspekte der Werbung könnten – mit viel Mühe und Glück – durch Lobbyarbeit wohl vor allem bei Grünen (bei einer Jamaika-Koalition) oder der SPD (in einer großen Koalition) oder nach Skandalisierungen zurückgenommen werden. So warb die Bundeswehr etwa auf der Videospiele-Messe „gamescom“ in Köln bei Disco-Musik und buntem Licht mit ausgestellten Panzern – eine Art und Weise, die auch in der allgemeinen Öffentlichkeit auf Ablehnung stoßen könnte. Aussichtsreicher als der parlamentarische Weg scheint es zudem zu sein, die Werbeagentur „Castenow“ aus Düsseldorf, welche die Bundeswehr-Kampagne erstellt, verstärkt öffentlich zu kritisieren, mit Protesten zu überziehen und sie so davon abzubringen, weiter für die Armee zu arbeiten. Dies könnte die Armee-Werbekampagne zum Stocken bringen.

Insgesamt war die Bundestagswahl bei der Frage um die Rekrutierung Minderjähriger und die allgemeine Bundeswehr-Werbung aus friedenspolitischer Sicht eher negativ.



Michael Schulze von Glaßer ist stellvertretender Politischer Geschäftsführer der DFG-VK.

Die Bundestagswahl hat die Karten neu gemischt, und nun versuchen CDU, CSU, FDP und Grüne, eine Regierung zu bilden. Was bedeutet diese Schwampel, die schwarze Ampel, für die Arbeit der DFG-VK in den nächsten Jahren? Wir haben Mitglieder des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises und Michael Schulze von Glaßer, den stellvertretenden Politischen Geschäftsführer der DFG-VK, um erste Einschätzungen gebeten.

Verhandlungen mit Dschihadisten in Afghanistan, Syrien, Irak oder Mali sind bei den Parteien allerdings nicht zu erkennen. Vielleicht besinnt sich die FDP auf ihre vom ehemaligen Außenminister Guido Westerwelle propagierte „Kultur der militärischen Zurückhaltung“, Wolfgang Kubicki ist ja erklärter Gegner des Afghanistan-Krieges. Und die Grünen haben in der Vergangenheit immerhin gegen die Teilnahme der Bundeswehr am Krieg gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien und im Irak und – mehrheitlich – am Krieg in Afghanistan gestimmt. Den Krieg der Bundeswehr in Mali haben sie allerdings unterstützt mit der Begründung, dass dies eine UN-Mission sei. Da alle drei Mandate demnächst zur Verlängerung anstehen, wird die Haltung der Grünen zu Auslandseinsätzen einer der schwierigsten – und für uns interessantesten – Verhandlungspunkte der neuen Koalition werden.

Gegenüber Russland wiederum hat der Reserveoffizier Christian Lindner am Ende des Wahlkampfes mehr Dialogbereitschaft angemahnt. Wünschenswert wäre, wenn die Bundesregierung sich für zivile Lösungen des Konflikts der baltischen Staaten mit Russland einsetzen würde, wie sie Hanne-Margret Birckenbach im neuesten „Friedensforum“ so überzeugend skizziert hat, auch als Schritt hin zur Lösung des Konflikts um die Ukraine.



Thomas Carl Schwoerer ist Verleger, Autor und Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.



Was eine mögliche **SCHWAMPEL-Koalition** für die Friedensarbeit bedeutet

Unsere Erfolgsaussichten bleiben gleich gut oder schlecht

Von Thomas Carl Schwoerer

Das Wahlergebnis war eine klare Absage an die Große Koalition: CDU/CSU haben über acht Prozentpunkte eingebüßt und damit von allen Parteien am meisten im Vergleich zu vor vier Jahren verloren sowie ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit 1949 erzielt. Die SPD hat nach einem Verlust von fünf Prozentpunkten ihren schlechtesten Wert der Nachkriegsgeschichte eingefahren. Folglich gibt es weder eine linke Mehrheit für Rot-Rot-Grün, noch eine konservativ-liberale Mehrheit. Die abzusehende Jamaika-Koalition wird schwierig und konfliktreich.

Die Linke hat sich gehalten, aber nicht nennenswert zugelegt, und ist weiterhin unsere Bündnispartnerin. Drittstärkste Partei und erstmals im Bundestag vertreten ist die AfD. RassistInnen fühlen sich durch ihr Ergebnis bestätigt, und einzelne Vertreter der Friedensbewegung werden es verstärkt zum Anlass nehmen für eine Zusammenarbeit mit Rechten, von der wir uns weiterhin distanzieren müssen.

Die SPD hat im Wahlkampf wie üblich friedenspolitische Forderungen erhoben, etwa den Abzug der Atomwaffen aus Büchel, die Unterschrift Deutschlands unter den Atomwaffenverbots-Vertrag und eine Einschränkung der Rüstungsexporte. Wir sollten – auch vor Ort – ausloten, ob eine von Regierungsverantwortung freie SPD ein besserer Bündnispartner wird als bisher. Theoretisch hat sie zwar außerhalb der Regierung nun weniger Durchsetzungsmöglichkeiten, faktisch haben wir von einer solchen Durchsetzung von Friedenspoli-

tik während ihrer Regierungszeit leider nur wenig gespürt. Eine Wiederholung der erfreulichen Handlung, als die SPD-Abgeordneten im Haushaltsausschuss des Bundestags Ende Juni die Anschaffung von Kampfdrohnen durch die Kriegsministerin verhindert haben, wäre auch in der Opposition denkbar.

Die Grünen werden erhebliche Forderungen stellen können, da sie als Partner einer Koalition benötigt werden. Claudia Roth als Mitglied des grünen Verhandlungsteams hat bereits ein Ende der Rüstungsexporte in Krisengebiete gefordert. Wünschenswert wäre, dass auch das grüne Spitzenpersonal diese und die oben erwähnten Forderungen zu Atomwaffen stellt. Zu befürchten ist, dass dies nicht seine Prioritäten sind.

Der Ausbau des EU-Militärs wird leider auch durch Emmanuel Macrons Einfluss vorangehen. Außerdem dürfen wir in Deutschland in dieser Legislaturperiode eine Personaldebatte über Angela Merkels Nachfolge erwarten. Kriegsministerin Ursula von der Leyen ist weiterhin eine Hauptkandidatin dafür, trotz der vielen Kritik an ihr.

Fazit: Die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit haben sich zwar geändert, die Erfolgsaussichten bleiben aber gleich gut oder schlecht. Das gilt auch für die zivile Konfliktbearbeitung: Die Bundesregierung hat sich erfreulicherweise für das Zustandekommen des Friedensabschlusses in Kolumbien eingesetzt, und die Medien berichten laufend ausführlich über seine Umsetzung, auch weil dieser Abschluss Vorbildcharakter für andere Regionen hat. Vorstöße für

Fatale Folgen für den Rüstungsexportbereich

Prognose zur Rüstungsexportpolitik im Falle einer Jamaika-Koalition

Von Jürgen Grässlin

Noch kann die Gesamtbilanz der Großen Koalition für die 18. Legislaturperiode (2013 bis 2017) final für den Rüstungsexportbereich nicht formuliert und verifiziert werden. Eines aber ist offenbar: In den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung sind an zentralen Punkten Steigerungsraten zu verzeichnen. So wurden dramatische Zuwächse bei den Einzelausfuhrgenehmigungen auf neue Rekordwerte für Jahre 2015 und 2016 mit 7,86 und 6,88 Milliarden Euro notiert. Mit einem Gesamtvolumen von 12,82 Milliarden für Einzel- und Sammelausfuhren ging das Jahr 2015 als absoluter Negativrekord in die Annalen der Rüstungsexportgeschichte ein. Nach Jahren der Reduktion wurden die Kleinwaffenexporte (Pistolen, Maschinenpistolen, Gewehre) 2016 um drastische 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert.

Erneut wurden Kriegswaffenexporte in beträchtlicher Zahl an menschenrechtsverletzende und sogar an kriegführende Staaten genehmigt. So erhielt beispielsweise Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten Waffenlieferungen in Wert von mehr als einer Mrd. Euro genehmigt, obwohl diese – damals wie heute – in den Krieg im Jemen involviert waren.

Die Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Ausgehend von dieser dramatischen Lage, kann die Vorgabe für die noch neu zu formierende Koalition der Bundesregierung für die 19. Legislaturperiode einzig und allein heißen: Drastische Reduktion des Waffenhandels auf der Basis eines neu zu verabschiedenden Rüstungsexportgesetzes mit der Zielvorgabe der Rüstungskonversion (Umstellung auf zivile Fertigung) und einem letztlich in Artikel 26 grundgesetzlich verbrieften Rüstungsexportverbot.

Zurzeit verhandelt wird in Berlin die Bildung einer sogenannten „Jamaika“-Koalition von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Dabei bringen diese drei (bzw. vier) Parteien durchaus unterschiedliche Positionen in die Koalitionsverhandlungen ein.

Christdemokraten und Christsoziale verlieren in ihrem 76-seitigen Regierungsprogramm weder ein Wort über Rüstungsexporte noch über Rüstungskonversion.

Die FDP fordert: „Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren.“ Die Liberalen fordern, „dass ein Rüstungsexportgesetz die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Beteiligung des Deutschen Bundestags führt.“

In ihrem Wahlprogramm treten auch die Grünen für ein Rüstungsexportgesetz ein: „Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtsslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen.“ Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen soll auf das Auswärtige Amt übertragen werden. „Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen.“

Die geschwächte Rolle der Opposition

Theoretisch hätte eine rot-rot-grüne Koalition praktische Fortschritte im Bereich einer drastischen Rüstungsexportreduzierung erzielen können, da zumindest die Linke in ihrem Wahlprogramm unmissverständlich fordert: „Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird.“ Wie stark die Linke als Oppositionskraft agieren wird, wird sich weisen.

Die führende Oppositionsstimme in der 19. Legislaturperiode wollen die Sozialdemokraten übernehmen. Dabei wird die Partei erst einmal gründlich ihre vergangenen vier Jahre pro Rüstungs-

export aufarbeiten und sich zudem programmatisch und personell erneuern müssen – das dauert.

Prognose im Fall einer „Jamaika“-Koalition

Was also ist von einer „Jamaika“-Koalition in Sachen Rüstungsexport zu erwarten, wenn die Opposition derart geschwächt agieren wird?

Folgende Einschätzungen helfen bei der Gesamtbewertung weiter:

- CDU und CSU werden unter Führung von Angela Merkel dort weitermachen, wo sie aufgehört haben: Seit nunmehr 12 Jahren leitet die Bundeskanzlerin den Bundessicherheitsrat, der über besonders brisante Rüstungsexporte an schlimmste Barbaren und Schlichter in „befreundeten Staaten“ befindet. Angesichts der von ihr zu verantwortenden Rüstungsexportgenehmigungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten und dem dortigen Einsatz deutscher Kriegswaffen ist sie schon heute Deutschlands „tödlichste“ Politikerin. Einer Fortführung dieser Open-Door-Politik steht nichts im Wege.
- Die FDP wird – wie in den Jahrzehnten zuvor, als sie zumeist den Bundeswirtschaftsminister stellte – als Partei des liberalen Waffenhandels agieren und Arbeitsplätze und Profite in der Rüstungsindustrie über Menschenrechtsverletzungen stellen. Dabei wird sie erfahrungsgemäß die Wahrung von Menschenrechten propagieren und Kriegswaffenlieferungen an Menschenrechtsverletzer genehmigen.
- Bündnis 90/Die Grünen werden eine drastische Reduzierung von Rüstungsexporten nicht zu ihrem zentralen Arbeitsschwerpunkt erheben. Und sie werden – das zeigen die erschreckenden Erfahrungen der achtjährigen rot-grünen Regierungskoalition 1998 bis 2005 – selbst bei Waffentransfers an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten keinen Bruch der Regierungskoalition androhen, geschweige denn herbeiführen.
- Anstehende Waffenlieferungen,

die in den vergangenen Jahren in immens hoher Zahl mit Staaten wie Algerien, Saudi-Arabien und Katar vertraglich bewilligt wurden, werden nunmehr als „Altverträge“ der Vorgängerregierung (aus den Jahren 2013 bis 2017) vollumfänglich umgesetzt.

- Neue Rüstungsexportverträge werden weiterhin auf extrem hohem Niveau geschlossen werden. Dies zeigen die im Herbst 2017 in der militärischen Fachpresse nachvollziehbaren Aussagen führender Rüstungsmanager und die stark steigenden Aktienkurse auch deutscher Rüstungskonzerne.

Resümee

Die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Eintreten gegen Rüstungsexporte erscheinen in der anstehenden 19. Legislaturperiode noch schwieriger als zuvor. Als eine der aktiven Mitgliedsorganisationen im Trägerkreis der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ wird der DFG-VK bei der Mitorganisation und Durchführung des Widerstands gegen Waffenhandel und der Unterstützung für Rüstungskonversion eine gewichtige Rolle zukommen: bei der Lobbyarbeit mit Entscheidungs-

trägern in der Politik für ein Rüstungsexportgesetz und der Grundgesetzergänzung für ein Rüstungsexportverbot, bei der Organisation der gewaltfreien Widerstands vor und – im Falle von Aktiengesellschaften – mit kritischen Aktionär*innen in Rüstungskonzernen.



Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und ein Sprecher von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

Innere Militarisierung: Was uns erwartet

Aufgabe der DFG-VK: Militär und Militarisierung politisch angreifen

Von Ralf Buchterkirchen

Begründet mit den Floskeln „Freiheit und Menschenrechte weltweit“, „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ und einer „Nato-Verpflichtung“ wird aktuell eine massive Aufrüstungswelle bei Bundeswehr und Polizei vorbereitet und vorangetrieben. Sicher wird das von der Nato proklamierte 2-Prozent-Ziel (es sollen 2 % des Bruttosozialprodukts für den Wehretat ausgegeben werden) in der nächsten Legislatur in der Bundesrepublik nicht erreicht werden (die FDP fordert im Wahlprogramm übrigens 3% für „nationale Sicherheit“), aber der Trend zu höheren und dann stetig steigenden Rüstungsausgaben wird sich fortsetzen.



Das wird nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch erhebliche Auswirkungen haben. Vorhandene Militärstandorte werden ausgebaut, auch dürfte die Zahl der unter Waffen stehenden Soldat_innen bald wieder Thema sein. Mehrausgaben für Technik ziehen auch höhere Ausgaben für Personal und neue inhaltliche Prämissen nach sich. Gerade der Mehrbedarf an qualifizierten Personal wird zu einer weiteren Ausweitung der Werbekampagnen der Bundeswehr führen.

Diese werden, neben einer zielgruppenspezifischeren Ansprache, die auch neue Adressat_innen erreichen will, insbesondere darauf zielen, das Militärische als selbstverständlichen Bestandteil der Gesellschaft darzustellen und die weitere Militarisierung des öffentlichen Raums betreiben. Vorbildkampagnen, wie zu den olympischen Spielen, sollen das Militär als „normale Arbeitgeberin“ erscheinen lassen.

Neben solchen allgemeinen Kampagnen werden weitere auf die Erhöhung der eigenen Ausbildungskapazitäten für Spezialwissen orientieren, insbesondere in der Informatik. Über eine familienfreundlichere Gestaltung der Bundeswehr werden Hemmschwellen bei den potenziell Interessierten abgebaut. Der „Tag der Bundeswehr“ wird sich weiter zu etablieren versuchen.

Neben der Frage der Rekrutierung und der damit verbundenen Militarisierung des Zivilen, wird eine neue Ebene entscheidend sein: Es wird um die Rechtfertigung neuer Kriege bzw. die Fortsetzung und Verstärkung aktueller Missionen gehen. Hier ist die Friedensbewegung gefordert, sich mit neuen Antworten und der Dekonstruktion der militärischen Begründung Gehör zu verschaffen.

Militär und „innere Sicherheit“

Neben dieser inneren Militarisierung zur „Verbesserung der Einsatzfähigkeit“ der Bundeswehr und der Rechtfertigung ihrer Einsätze ist zudem eine Verschärfung der Debatte um innere Sicherheit

zu erwarten. Grund ist hierfür insbesondere der Einzug der AfD in den Bundestag. Beim Versuch, deren Wähler_innen „abzuholen“, werden auch die übrigen Parteien von CSU bis Die Linke nicht vor rechtspopulistischen Argumentationen in einer Sicherheitsdebatte zurückschrecken. Im Vorfeld der Wahlen haben FDP und Grüne hier auch wenig Widerstand erkennen lassen, sondern teilweise die CDU rechts überholt. Auch wenn sich der offizielle Einsatz der Bundeswehr im Innern wohl nicht durchsetzen wird, ist eine schleichende Einmischung des Militärs in den Komplex innere Sicherheit zu erwarten. Der G20 Gipfel hat das deutlich gezeigt.

Aufgabe der DFG-VK wird bleiben, der täglichen Militarisierung etwas entgegen zu setzen. Das betrifft ebenso klassische Rekrutierung, aber auch Aufklärung sowie eine gesteigerte Auseinandersetzung mit Militärstützpunkten vor Ort. Militär klar lokal sichtbar werden lassen und politisch angreifen und damit auch den Folgen zunehmender Militarisierung etwas entgegenzusetzen, werden die Aufgaben des Verbandes sein. In der inhaltlichen Argumentation muss die DFG-VK dabei deutlich präsent werden und ein klares pazifistisches, antimilitaristisches und antifaschistisches Profil beweisen – auch innerhalb der Friedensbewegung.



Ralf Buchterkirchen ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis.

Der Verteidigungshaushalt nach der Wahl

Das Zwei-Prozent-Ziel im Blick?

Von Michael Schulze von Glaßer

Nach dem Willen der Nato, dem voraussichtlich auch die neue Bundesregierung folgen wird, soll der deutsche Verteidigungshaushalt bis 2020 auf 39,2 Milliarden Euro anwachsen – aktuell steht er bei 34,3 Milliarden Euro. Das Ziel ist es, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär zu verwenden. Im Falle Deutschlands hieße das rund 70 Milliarden Euro.

Neben einer personellen Aufrüstung – der so genannten „Trendwende Personal“ – von aktuell 170.000 auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten bis zum Jahr 2024 sollen vor allem neue Waffenprojekte realisiert werden: Für vier bis fünf Milliarden Euro will die Bundeswehr demnächst 40 bis 60 Schwerlast-Hubschrauber von US-Herstellern kaufen; bis Mitte 2018 soll es einen Plan zur Entwicklung eines neuen schweren Kampfpanzers in Nachfolge des „Leopard 2“ geben; bereits im aktuellen Bundeshaushalt sind 50 Millionen Euro zur Entwicklung eines neuen „Multi-Role Combat Aircraft“ eingestellt; und nach dem „Euro Hawk“-Desaster, welches etwa 600 Millionen Euro an Steuergeldern verschlang, steht auch die kostspielige Entwicklung einer eigenen europäischen Großdrohne noch an.

Auch wenn sich die SPD kritisch zum Zwei-Prozent-Ziel geäußert hat, würde sie es in einer zwar möglichen, aber eher unwahrscheinlichen großen Koa-

alition wohl mittragen. In einer „Jamaika“-Regierung scheint ein Abweichen vom aktuellen Aufrüstungskurs noch unwahrscheinlicher – auch wenn der FDP beim Umgang mit Steuergeldern ein kritischerer Umgang zuzutrauen ist als etwa CDU/CSU. Die deutsche Rüstungsindustrie könnte durch starkes Lobbying ganz im Gegenteil sogar von der wirtschaftsnahen FDP profitieren – selbst wenn die FDP ansonsten verstärkt auf Wirtschaftlichkeit achtet und dies eigentlich ein Ende vieler Auftragsvergaben an deutsche Waffenhersteller bedeuten müsste, könnte sie vom Erhalt des Rüstungs-Standorts Deutschland „überzeugt“ werden.

Für die Grünen werden sicherheitspolitische Forderungen wohl die ersten sein, die sie in Koalitionsverhandlungen – auf Kosten ihrer ökologischen Kernziele – fallen lassen würden. Egal wie die neue Regierung aussieht, das Aufrüstungsziel wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiterverfolgt werden.

Hohe Militärausgaben sind unsozial

Proteste dagegen sind – selbstverständlich – angebracht, da ein politischer Erfolg aber höchst unwahrscheinlich ist, sollte abgewogen werden, wieviel Ressourcen in eine etwaige Kampagne gesteckt wird.

In der Bevölkerung wird es einfacher sein, Zustimmung für eine Abkehr vom Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen als bei den Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Um erstere Gruppe zu erreichen, sollten Friedensgruppen darauf hinweisen, wo das Geld, welches ins Militär fließt, fehlt: Es muss gezeigt werden, dass hohe Militärausgaben unsozial sind und Investitionen etwa in Bildung viel sinnvoller wären.

Die voraussichtlichen Regierungsglieder erreicht man – mit Ausnahme der Grünen – mit einer solchen Argumentation wohl kaum. Ihnen könnte nahegelegt werden, dass auch der „wirtschaftliche Erfolg“, den Militäreinsätze haben, nicht so deutlich ist. Auslandseinsätze und Rüstungsprojekte kosten viel Geld – selbst wenn direkt oder indirekt für ökonomische Interessen (etwa „sichere“ Handelswege und den Zugang zu Rohstoffen) gekämpft wird, heißt dies nicht automatisch, dass die heutigen Interventionen „wirtschaftlich“ sind. Von ihrer Sinnhaftigkeit ganz abgesehen.



Michael Schulze von Glaßer ist stellvertretender Politischer Geschäftsführer der DFG-VK.

Aufgaben der DFG-VK nach innen

Investitionen in innerverbandliche Demokratie, politische Kultur und eigene Kreativität

Von Christoph Neeb

Die gute Nachricht des Wahlabends: Die CDU unter Angela Merkel ist mit ihrer Politik und ihrem Wahlkampf der asymmetrischen Demobilisierung gescheitert. Die CDU hat sich selbst demobilisiert.

Auch aus der Perspektive der DFG-VK bemerken wir bereits seit einiger Zeit eine Repolitisierung der Bevölkerung. Es ist uns bereits gelungen, davon zu profitieren. Jedenfalls steigt die Zahl der Beitritte wieder.

Nach der Bundestagswahl erwarten Politikexpertinnen und -experten nun, dass sich das politische Klima im Land ändert. Es wird über eine Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen verhandelt werden.

Es war auch an diesem Wahlabend wieder interessant, worüber kaum gesprochen wurde.

Außenpolitik ist kein Thema. Offenbar gibt es hier keinen Dissens zwischen den potenziellen Koalitionspartnern. Auch bei der nun bevorstehenden Aufrüstung der Bundeswehr scheint man sich einig zu sein. Differenzen könnte es wohl nur um einige Milliarden Euro mehr oder weniger für den Verteidigungshaushalt geben.

Für die DFG-VK, deren Positionen gerade die Außen- und Rüstungspolitik betreffen, wird sich also wenig ändern. Sie hat aber die Möglichkeit, sich in einem konfrontativeren politischen Klima deutlicher zu profilieren. Gelingen kann ihr dies, indem sie investiert ...

a) ... in die eigenen Strukturen und die eigene Verwaltung:

Es ist der DFG-VK bereits gut bekommen, dass seit einigen Jahren die internen Abläufe wie die Mittelverteilung unter den Gliederungen und die Umsetzung von Beschlüssen besser funktionieren als früher. Wir haben nun einen neuen Webshop, der die Abläufe vereinfacht. Und die Medien-AG entwickelt aktuell ein neues Konzept für die Medienarbeit.

Es bleibt die Aufgabe, die Satzung zu überarbeiten. Dazu wird es beim nächsten Bundeskongress einen Antrag geben. Und es muss besser für den Fall vorgesorgt werden, dass Amtsträgerinnen und Amtsträger ausfallen.

Insgesamt entwickeln sich Landesverbände mit Landesgeschäftsführern besser. Deswegen sollte sich jeder Landesverband, der noch keinen hat, überlegen, einen Landesgeschäftsführer oder eine Landesgeschäftsführerin einzustellen, eventuell mit Hilfe von Fördergeldern und eventuell zusammen mit einem anderen Landesverband. An dem grundsätzlichen Vorrang der Ehrenamtlichkeit würde sich nichts ändern, die föderale Struktur der DFG-VK würde jedoch gestärkt.

b) ... in die innerverbandliche Demokratie:

Wir verstehen uns in der DFG-VK als basisdemokratisch. Die Praxis insbesondere in einigen Landesverbänden ist diesbezüglich – um es vorsichtig auszudrücken – verbesserungswürdig. Auf Bundesebene haben wir zwar Wahlämter, aber dennoch gibt es wenig Wechsel. Das schreckt potenzielle Bewerber ab, die Folge: noch weniger Wechsel,

ein Teufelskreis. Es sollte deswegen bei einer Änderung der Satzung über eine Höchstgrenze für aufeinanderfolgende Amtsperioden nachgedacht werden.

c) ... in die eigene politische Kultur:

Die DFG-VK insgesamt hat bis jetzt allen Versuchen widerstanden, sich auf einen neuen Kurs des Friedenspopulismus, wie er sich seit den Montagsmahnwachen zu entwickeln versucht, bringen zu lassen.

Es ist Friedenspopulismus, wenn man verkündet, man stünde für alle, die besorgt um den Frieden seien. Populismus funktioniert immer so, dass man erklärt, für alle zu sprechen, zum Beispiel für alle, die um den Frieden besorgt sind. Und doch führt gerade dies zur Spaltung. Denn wer nun eine bestimmte politische Position der Populisten kritisiert, wird ausgegrenzt. Populisten stehen aus ihrer Sicht bereits für alle. Was gibt es da zu kritisieren? So immunisiert Populismus gegen Kritik. Er unterbindet Debatten und die kreative Suche nach neuen Wegen.

Die DFG-VK sollte stattdessen weiterhin konsequent pazifistisch und antimilitaristisch argumentieren, sich nicht zum Instrument egal welcher Seite machen, und sich selbst nicht als Angebot verstehen, mitzumachen, sondern als Angebot an jeden, die eigenen politischen Vorstellungen im recht weiten institutionellen und politischen Rahmen der DFG-VK zu verwirklichen.

d) ... in das eigene Personal,

sei es ehrenamtlich tätig oder angestellt. Die DFG-VK muss eine Antwort darauf bieten, was man bei ihr lernen kann. Campapeace – die Aus- und Fortbildung zur Durchführung eigener Kampagnen – weist in die richtige Richtung. Die DFG-VK braucht lernbereite Menschen, die durch ihr Engagement später mehr können als vorher und deswegen für ihr zukünftiges politisches und berufliches Leben neue Perspektiven entwickeln können.

Auch wenn es in der Praxis in manchen Fällen anders gelaufen sein mag, die DFG-VK hat keine Jobs zu bieten, die man bis zur Rente bzw. ein Leben lang ausüben sollte. Wer sich politische betätigt, sollte immer einen Plan B für seine politische Arbeit und für seine berufliche Zukunft haben, wenn nicht sogar einen Plan C und D.

Die DFG-VK würde sich damit überfordern, sozialstaatliche Aufgaben übernehmen zu wollen und Jobs fürs Leben anbieten zu wollen. Sie kann aber ein at-

traktiver Ort der beruflichen Entwicklung sein.

e) ... in die eigene Kreativität:

Kreativität ist unabhängig vom Alter. Sie ist etwas, das meistens da ist und nur eine Atmosphäre benötigt, in der sie sich entfalten kann. Dazu gehören ganz sicher nicht harsche zurechtweisende Mails und endlose Diskussionen um des Diskutierens Willen. Dazu gehört viel mehr, sich als Experimentiergemeinschaft zu verstehen, im Rahmen des eigenen Programms die kreativen und Umsetzungsstarken machen zu lassen und sich neuen Ideen und Personengruppen zu öffnen. In den vergangenen zwei Jahren hat die DFG-VK bereits Schritte in diese Richtung unternommen. Dies sollte weitergehen.

f) ... in das eigene Fundraising:

Wie Fundraising funktioniert, ist hinlänglich bekannt. Wir müssen hier nichts neu erfinden. Wir müssen nur das Bekannte konsequent umsetzen. Die Menschen engagieren sich dort, wo es bunt, vielfältig und voller Bewegung ist.

g) ... in den eigenen Vermögensbestand:

Die Vermögensgegenstände, welche die DFG-VK hat – vor allem die Immobilie in Velbert –, sollte sie nicht veräußern, sondern wie bisher pflegen. Sie sind ein Stabilitätsanker, die den Bestand der DFG-VK sichern.

Insgesamt geht es weniger darum, Geld in die Hand nehmen zu müssen, sondern vielmehr darum, die eigenen Fähigkeiten einzusetzen und weiterzuentwickeln. Wie finanzieren wir all das, was wir uns wünschen? Indem wir nicht bloß konsumtiv denken, sondern unsere Fähigkeiten und Mittel so einsetzen, dass uns Mittel wieder zufließen. So haben wir die Chance, die notwendigen Mittel zu haben, wenn wir sie brauchen.



Christoph Neeb ist Bundeskassierer der DFG-VK und Mitglied im BundessprecherInnenkreis.

Inhalt

Titel: Was eine mögliche Schwampel-Koalition für die Friedensarbeit bedeutet 04-10 Beiträge von Thomas Carl Schwoerer, Michael Schulze von Glaßer, Jürgen Grässlin, Ralf Buchterkirchen, Christoph Neeb und Cornelia Mannewitz

Antimilitarismus 11 Frank Brendle und Ulla Jelpke: „Was hätten wir denn von einer Helmut-Schmidt-Kaserne?“

Pazifismus 12 Michael Germer und Werner Glenwinkel: Visionen brauchen Fahrpläne; Zwei „Nachkriegskinder“ und Kriegsdienstverweigerer sagen: Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder – Frieden schaffen ohne Waffen!

Debatte 14 Ralf Buchterkirchen: Raus aus der Nato! – Oder doch nicht?

Aktion 16 Joachim Schramm: „Wir sind schon Teil einer Tradition“ 17 Thomas Rödl: Die Botschaft: „Gewehr kaputt, Krieg zu Ende“ 19 Jürgen Grässlin: Fundamentale Wende oder windiger Schachzug? 22 Marion Küpker: 20 Protestwochen gegen 20 Atomwaffen 24 Cornelia Mannewitz: Rostocker DFG-VK-Sommer 2017

Nachrufe 24 Guido Grünwald: Sumiteru Taniguchi 35 Ralf Cüppers: Christian Koberg

DFG-VK informativ 36 Michael Schulze von Glaßer: „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

DFG-VK intern 36 Stefan Philipp: DFG-VK vs. Monty Schädel

28-33 Literatur 37 Briefe 39 Feldpost 33 Impressum

Menschenrechtspreis von Amnesty International für Jürgen Grässlin

Am 13. Oktober erhielt Jürgen Grässlin, Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ den Marler Menschenrechtspreis von Amnesty International. Gewürdigt wird damit seine Fachberatung beim preisgekrönten ARD-Spielfilm „Meister des Todes“ von Daniel Harrich.

Am 13. Oktober erhielt Jürgen Grässlin, Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ den Marler Menschenrechtspreis von Amnesty International. Gewürdigt wird damit seine Fachberatung beim preisgekrönten ARD-Spielfilm „Meister des Todes“ von Daniel Harrich.



Am 13. Oktober erhielt Jürgen Grässlin, Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ den Marler Menschenrechtspreis von Amnesty International. Gewürdigt wird damit seine Fachberatung beim preisgekrönten ARD-Spielfilm „Meister des Todes“ von Daniel Harrich.

Krieg in Lehre und Forschung – oder: Zivilklauseln

Lösungen sind von „Jamaika“ nicht zu erwarten

Von Cornelia Mannewitz

Zivilklauseln sind freiwillige Selbstverpflichtungen von Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen, keine militärisch nutzbare Lehre und Forschung zu betreiben. Gleichzeitig sind sie ein Schritt auf dem Weg zu einer anderen Hochschule.

Die Einrichtung von Zivilklauseln wird durch einige klar benennbare Problemfelder behindert: die Verflechtungen zwischen Hochschule und Wirtschaft, die Studien- und Arbeitsbedingungen an Hochschulen (Stichwörter: gestufte Studiengänge, befristete Arbeitsverhältnisse für Mitarbeiter) und der Zustand der akademischen Selbstverwaltung. Gelingt es aber trotzdem, eine wirksame Zivilklausel zu installieren, kann sie diese Probleme lösen helfen.

Welche Chancen für Zivilklauseln bietet die politische Konstellation einer ja immer noch etwas misstrauisch beäugten Jamaika-Koalition, wenn man ihre Vorhaben zu den benannten Problem- und Lösungsfeldern ins Verhältnis setzt?

Alle „in Jamaika“ wollen (laut ihren Wahlprogrammen): 1.) Steuergutschriften für Forschung an Unternehmen (statt Projektförderung und Bildung von Clustern z.B. von Unternehmen und Hochschulen, worauf noch im letzten Koalitionsvertrag der Schwerpunkt lag), 2.) eine Bildungsoffensive und 3.) den weiteren militärischen Ausbau der EU.

Lösen denn Steuergutschriften für Forschung das Problem der Verflechtung von Hochschule und Wirtschaft, womöglich sogar das der befristeten Arbeitsverhältnisse? Aber nein, denn die vielen kleineren und mittleren Unternehmen haben mangels Personal nichts davon. Es sei denn, sie kaufen Forschung ein, und das führt wieder zu Befristungen.

Auch durch eine Bildungsoffensive wird sich an den Studien- und Arbeitsbedingungen wenig ändern. Bei der FDP heißt es frank und frei und grundsätzlich: „Wir verteidigen einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie und dürfen etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken.“ Ein Streitpunkt ist die Aufhebung des Ko-

operationsverbots. Fiele es, könnte der Bund direkt in die Grundfinanzierung der Hochschulen einzahlen und die Hochschulen wären unabhängiger vom Geld der Wirtschaft (oder auch des Verteidigungsministeriums). Die CDU will die Aufhebung aber nicht, die FDP will sie nur halbherzig: Sie will die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund an die Studierendenzahlen knüpfen. Studierende offensiv anlocken ohne Geld?

Der Zustand der akademischen Selbstverwaltung ist einfach nur beklagenswert. Professionalisierung der Ämter, Beschneidung der Rechte der Gremien, der Gremien überhaupt (wo gibt es noch ein die ganze Breite der Hochschulmitglieder abbildendes Konzil?) sind logische Begleiterscheinungen der Ökonomisierung im Wissenschaftsbereich. Sie durchziehen alle Problembereiche. „Jamaika“ sagt dazu eigentlich nichts. Nur die Grünen haben vor, „demokratische und partizipative Strukturen an Hochschulen [zu] stärken“. Für CDU und FDP ist das schlicht kein Thema.

Bleibt das Jamaika-Ziel des weiteren militärischen Ausbaus der EU. Dass die an dem Know-how der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Technik und Kriegsrechtfertigung vorbeigehen könnte, ist nicht denkbar.

Und schließlich: Keiner in „Jamaika“ will wirklich das System kritisieren. Keiner will konsequent nichtmilitärische Politik betreiben. Und schon gar keiner will Zivilklauseln einrichten! Zivilklauseln gab es überhaupt nur im Wahlprogramm der Linken. Aber die Farbe Rot fehlt in der Flagge von Jamaika ...

Fazit für uns: Die Jamaika-Koalition wird sich unter sich zusammenraufen. Aber Beiträge zur Lösung der benannten Probleme sind von ihr kaum zu erwarten. Ergo: Für Zivilklauseln müssen wir selber weiter kämpfen!



Cornelia Mannewitz ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.

„Was hätten wir denn von einer Helmut-Schmidt-Kaserne?“

Militärreform ist kein Antifaschismus

Von Frank Brendle und Ulla Jelpke

Was war denn da auf einmal in der Bundeswehr los? Anstatt den Fall des rechtsextremen Bundeswehroffiziers Franco A. als „Einzelfall“ abzutun und das Ausmaß an Wehrmachtsverherrlichung in der Truppe kleinzureden, sprach (Noch-)Verteidigungsministerin von Leyen im Frühjahr von „falsch verstandenem Korpsgeist“ und warf ihrer Truppe einen „Haltungsschaden“ vor. Es folgten eine Art Razzia in den Kasernen nach Wehrmachtsdevotionalien und eine Überprüfung von Kasernennamen.

Von der Leyens Vorstöße, die ihre Karriere zumindest gefährden, haben einen wichtigen Hintergrund: Sie stehen für den – hier eher unbeholfen exerzierenden – Versuch, die Modernisierung der Bundeswehr auch auf dem Feld der Traditionspolitik voranzutreiben. Nach Lesart einer jüngeren Generation von Soldaten und Strategen erfordert dies den Abschied wenigstens von allzu belasteten Wehrmachtsoffizieren. Denn Kriege werden heutzutage ja nicht mehr im Alleingang von Deutschland unternommen, sondern ausschließlich im Bündnis, die Kriegspropaganda bedient sich keiner Blut- und Boden-Rhetorik, sondern eines Mixes aus nationalen Interessen und geheucheltem Humanismus, und der aufopferungsvolle Heldentod fürs Vaterland ist eh von gestern. Deshalb, so die Ministerin im August bei einem Traditions-Workshop in der Führungsakademie, sei es notwendig, dass die Bundeswehr „ihre eigene, stolze Tradition“ stärker betone.

Solche Militärreformbestrebungen stoßen allerdings regelmäßig auf ein Dilemma: Einerseits soll die Bundeswehr ja eine Armee von „Bürgern in Uniform“ sein, der Demokratie und dem Grundgesetz verpflichtet, andererseits soll sie eben überall auf der Welt in Kampfeinsätzen den Kapitalismus durchsetzen, notfalls auch völkerrechtswidrig, wie 1999 am Beispiel Jugoslawien vorgeführt. Diese Dialektik hemmt die Herausbildung eines ureigenen Kämpfer-Kultes, der traditionsstiftend werden könnte.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass auch die Ministerin eher unschlüssig ist. Da äußert sie zum einen, die Wehrmacht „als Institution des Dritten Reiches kann daher nicht traditionsstiftend“ sein, um fortzufahren: „Auch wer eine Wehrmachtsuniform trug, kann aus ganz bestimmten Gründen traditionsstiftend für die heutigen Soldaten sein.“ Dazu zählt ihrer Auffassung nach auch Generalfeldmarschall Rommel, der noch im Sommer 1944 versucht hatte, die alliierte Invasion abzuwehren – also die Front zu verteidigen, hinter der die Konzentrationslager ihre Vernichtung fortsetzten. O-Ton von der Leyen:

„Wir werden auch Grautöne ertragen müssen. Und manchmal sind es ja gerade Persönlichkeiten, an denen man sich reiben kann ... die unser kritisches Urteilsvermögen heute schärfen können“. Von der oben erwähnten Überprüfung von Wehrmachts-Namensgebern bleiben wie selbstverständlich all jene Offiziere verschont, die ihre Karriere später in der Bundeswehr fortsetzten, also etwa Johannes Steinhoff oder Adolf Heusinger. Letzterer war Chefplaner des Überfalls auf die Sowjetunion. Sich von solchen Gestalten zu verabschieden, wäre ein Eingeständnis, wie sehr die Bundeswehr von Hitlers ehemaligen Generälen aufgebaut worden ist. Und so bleibt es offen, das Hintertürchen, durch das die Wehrmacht immer noch in die Traditionspolitik der Bundeswehr hineinmarschiert.

■ Nicht den Deckmantel liefern!

Was heißt das jetzt für AntimilitaristInnen? Sie tun nach wie vor gut daran, den Finger in die Wunde zu legen: Wo immer sich Wehrmachtsverehrung zeigt, gilt es diese anzuprangern, auch in Hinblick auf die Offiziere des 20. Juli die ja fast alle nur aus militärfachlichen Erwägungen in Frontstellung zu Hitler gegangen waren. Zuvor hatten sie sich genauso willig am Vernichtungskrieg beteiligt wie alle anderen Offiziere auch, was ihren Vorbildcharakter doch erheblich schmälern sollte.

Dabei muss man aber ernst nehmen, dass es auch von Seiten der Bundeswehr ein echtes Interesse daran gibt, wenigstens die schlimmsten Nazis von den Namenslisten der Kasernen zu streichen. Deswegen sollten AntimilitaristInnen darauf achten, durch ihre Kritik nicht das Interesse der Militärreformer zu bedienen (Was hätten wir denn von einer Helmut-Schmidt-Kaserne?). Selbst mit provokativen Vorschlägen, etwa, Deserteure als Namenspatrone zu nehmen, muss man vorsichtig sein: Zum einen will man ja nicht das Andenken an die Deserteure dadurch in den Schmutz ziehen, dass man die Standorte einer imperialistischen Armee nach ihnen benennt. Zum anderen darf nicht ausgeschlossen werden, dass so ein Vorschlag auch einmal aufgegriffen werden könnte. In Rendsburg gab es von 2000 bis zur ihrer Auflösung 2010 eine Feldwebel-Schmid-Kaserne. Das war ein Wehrmachtsangehöriger, der sich als Wehrpflichtiger im besetzten Vilnius sofort daran gemacht hatte, Kontakt zum Widerstand im jüdischen Ghetto aufzunehmen, um so viele Juden zu retten, wie er konnte. Eine Ehrung hat dieser 1942 hingerichtete „Retter in Uniform“ zweifellos verdient.

Aber es geht aus antimilitaristischer Sicht nicht primär darum, eine „falsche“ Namensgebung zu kritisieren, und noch weniger darum, konstruktive Vorschläge zu machen. Das würde nur bedeuten, dem militaristischen Kurs der Bundesregierung ein humanitär-antifaschistisches Deckmäntelchen umzulegen. Es gilt vielmehr den Geist zu hinterfragen, der solche „Vorbilder“ bis heute nährt: Die „Einsatzorientierung“, die Bereitschaft, überall auf der Welt zum Kampfschwein zu werden, und Völkerrecht wie Grundgesetz über Bord zu werfen. Wenn das überwunden ist, schwindet auch die Grundlage für den Wehrmachtskult.

Frank Brendle ist aktiv in der Berliner DFG-VK und arbeitet im Parlamentsbüro von Ulla Jelpke, die Linke-Bundestagsabgeordnete ist.

Visionen brauchen Fahrpläne

Wünsche zum 125jährigen Bestehen der Deutschen Friedensgesellschaft

Von Michael Germer und Werner Glenewinkel

Wer wie wir als Kriegsdienstverweigerer und ehemalige Vertreter der *Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer* die 125jährige Geschichte der DFG würdigen möchte und dazu in dem Buch *Nieder die Waffen* von Guido Grünewald blättert (Bremen 1992), dem fällt auf, dass es genau besehen zwei Geschichten der Deutschen Friedensgesellschaft gibt: die eine von der Gründung 1892 bis zum Kriegsende 1945 und die andere von 1945 bis heute. Seit 1974 gibt es die DFG-VK.

Aus den Dokumenten wird ersichtlich, dass die Verweigerung des Krieges als individuelle Friedenshandlung erst am Ende des Ersten Weltkriegs und nach sehr kontroversen Debatten in den Blick der Organisation geriet; so im Programm der DFG von 1929: „Kann der Ausbruch eines Krieges nicht verhindert werden, so wird die DFG um des menschlichen Gewissens willen ihn durch Propagierung der Kriegsdienstverweigerung in jeder Form aktiv bekämpfen.“ Mit der Gründung des Bundes der Kriegsdienstgegner (BdK; 1919)



und der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK [bzw. War Resisters' International]; 1921 [1923]) wurde die Kriegsdienstverweigerung nach und nach programmatisch verankert.

Jetzt heißt es in dem seit 1974 gültigen Programm neben der Grundsatzklärung der War Resisters' International, wonach der Krieg ein Verbrechen an der Menschheit und jedes Mitglied keine Art von Krieg zu unterstützen entschlossen sei, zur KDV:

„Die DFG-VK bekämpft alle Bestrebungen, das Grundrecht der KDV ge-

mäß Artikel 4 Absatz 3 des GG direkt oder indirekt auszuhöhlen.“

Somit werden die Schnittmengen zur Arbeit der 1957 gegründeten Zentralstelle KDV deutlich sichtbar. Die wechselvolle und oftmals kontroverse Geschichte des Rechts auf KDV und seine Bedeutung für den Kampf gegen Krieg endet in Deutschland am 1. Juli 2011. Vorläufig jedenfalls. Zu diesem Zeitpunkt tritt das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 in Kraft.

Damit ist ein deutlicher Einschnitt in der Friedensarbeit verbunden.

Sechs Jahre nach der Aussetzung der Wehrpflicht könnte man sich fragen, wo das millionenfache Friedenspotenzial der KDVer geblieben ist. Ist mit Beendigung der Gewissenprüfung ein Vakuum entstanden, weil die Problematik von Krieg und persönlicher Betroffenheit im Alltag in den Familien der wehrpflichtigen Männer von der Notwendigkeit der

Diskussion und Entscheidung darüber „befreit“ worden ist? Oder ist diese neue Situation eine Chance, weil die persönliche Frage der KDV grundsätzlich, also für die wehrpflichtigen Männer des jeweiligen Jahrgangs, weggefallen ist und somit der Blick auf die grundlegende Frage von Krieg, seinen Ursachen und die Rolle des Militärs gelenkt werden kann?

Unabhängig von der Einschätzung dieser politischen Entscheidung einer CDU/CSU-Regierung (gekonnte Strategie oder erfreulicher Nebeneffekt oder ...?) werden manche eine Entpolitisierung der Friedensbewegung und der Anti-Kriegs-Debatten befürchten. So ist auch die Auflösung der Zentralstelle KDV zum 31. Dezember 2014 von kritischen Stimmen begleitet worden. Gleichwohl hat die Zentralstelle KDV in ihrer Abschlussveranstaltung helfen wollen, die strukturelle Frage nach der

Rolle des Militärs – ganz im Sinne der DFG-VK-Programmatik – in der öffentlichen Debatte zu verankern (www.zentralstelle-kdv.de/index.php?ID=10). Die Frage „Geht es auch ohne Militär?“ müsste eigentlich lauten: „Was geht mit Militär?“ Die Antwort auf diese Frage ist eine vernichtende Bilanz. Die Folgerung daraus: Wir Kriegsgegner müssen nicht defensiv gegen das Militär argumentieren. Stattdessen müssen das Militär und dessen Auftragegeber die Pflicht haben zu beweisen, worin das Produktive, Friedensfördernde an Militäreinsätzen besteht. Wir brauchen eine Umkehr der Beweislast.

Das geht nicht von heute auf morgen, sondern wird dauern, lange dauern. Die zweite Hälfte der DFG-Geschichte deckt sich ziemlich genau mit unserer Lebenszeit, die nicht ohne die geschichtlichen Umstände und unser persönliches Erleben verstehbar ist. Deshalb erlauben

Zwei „Nachkriegskinder“ und Kriegsdienstverweigerer sagen: Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder – Frieden schaffen ohne Waffen!

Wir sind Nachkriegskinder, also geboren nach dem Krieg und zugleich betroffen vom Krieg. Denn: „Krieg hört nicht auf, wenn die Waffen schweigen.“ Diese einfache Formel stammt von Sabine Bode, die die Kriegsfolgen für die Gesundheit der betroffenen Menschen in Gesprächen erforscht und eindringlich beschrieben hat (*S. Bode: Die vergessene Generation: Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen; Stuttgart 2015; Kriegsenkel: Die Erben der vergessenen Generation; Stuttgart 2017*). Jeder Krieg hinterlässt Spuren – nicht nur bei den Kriegskindern, die Krieg selbst erlebt haben, sondern auch bei den nachfolgenden Generationen: bei den Nachkriegskindern und selbst noch bei deren Nachfahren (selbst wenn sie 30 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs geboren wurden), die sich Kriegsenkel nennen. Sie spüren die Schatten der Vergangenheit und merken, dass etwas auf ihnen lasten kann, obwohl sie behütet und in Frieden aufgewachsen sind. Sie erleben es, wenn Häuser aufgrund von plötzlich entdeckten Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg evakuiert werden müssen.

Nachkriegskind – was ist das für eine merkwürdige Bezeichnung. Wir sind beide nach dem 8. Mai 1945 – also im Frieden – geboren. Warum bezeichnet man uns – wir uns selbst – nicht als „Friedenskind“? Das wäre eine ganz andere Botschaft. Unsere Sprache verrät mehr

über uns, als wir uns bewusst machen. Sie zeigt aber auch, dass der Krieg wirkmächtiger ist als der Friede. Krieg kann man nicht wirklich erzählen in seiner Grausamkeit, seiner Unbarmherzigkeit und seiner Zerstörungskraft. Und doch wird täglich von Krieg gesprochen: in Bildern, Filmen, Agenturmeldungen und Kommentaren. Warum? Weil irgendwo auf der Welt immer Krieg herrscht. Allem Anschein nach wird Frieden als das Normale, Gewünschte, über das man weniger Worte verliert, verstanden.

Krieg kann man nicht wirklich erzählen. Vielleicht geht es besser, Krieg zu malen, so wie es Otto Dix 1929 bis 1932 mit *Der Krieg* versucht hat. Seine Bilder werden zur Zeit im Düsseldorfer Museum ausgestellt, passend zu dem Jahr, in dem die DFG-VK ihr 125-jähriges Bestehen feiert.

Das Bild *Der Krieg* erregt zunächst Aufmerksamkeit über seine Form. Es ist ein Triptychon, also drei Bild-Tafeln mit einem schmalen, mittigen Unterteil. Farblich dominiert ein düsterer Braungrau-Ton. Beim Näherkommen sieht man deutlicher, dass ein heller nebelartiger Lichtstreifen von links bis in die Mitte des Gemäldes zieht. Zu sehen sind in der linken Tafel Soldaten, die aufbrechen; das Licht suggeriert ein Morgenrauen; im Mittelteil erkennt man ein Schlachtfeld – Leichen, zerstörte Häuser – eine Stätte des Todes; auf der rechten Tafel scheinen die Soldaten aus der

Schlacht zurückzukehren – sichtbar gebrochen. Der Unterteil sieht aus wie ein Unterstand, in dem Soldaten ruhen oder sterben.

Was kann uns solch ein Bild zeigen? Der Krieg schafft nur Unheil – körperlich und seelisch und sozial. Er hinterlässt Schweigen und unbeantwortete Fragen. Wir sind in der Nachkriegsgesellschaft aufgewachsen mit den vielen Fragen nach der Rolle der Väter, den Gründen für ihr Schweigen, der Unklarheit über ihre Rolle – eher Täter oder Opfer oder beides? –, dem Familienleben in der NS-Zeit. Und jetzt, selbst Väter und Großväter, drängt sich auch noch eine andere Frage in den Vordergrund: Was habe ich von ihnen – dem Vater und/oder der Mutter – „geerbt“? Was mache ich anders, besser?

Sind das Fragen, über die man mit den Kriegsenkeln ins Gespräch käme? Was wären generationsübergreifende Anlässe für Gespräche? Wie kann man über Krieg sprechen, wenn man vom Krieg nur gehört und gelesen hat? Was bedeutet Frieden in einer global ungerechten Welt? Es ist dringend notwendig, dass die Generationen miteinander ins Gespräch kommen und Schweigegebote und Hilflosigkeit überwinden. Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen könnte helfen, an eigene jeweils gemachte Erfahrungen anzuknüpfen. Fangen wir der Einfachheit halber bei uns beiden



Otto Dix: Der Krieg (1929 begonnen, 1932 vollendet)

an: Was hat Dich veranlasst, zunächst zur Bundeswehr zu gehen und dort zwei Jahre zu bleiben? Und was hat Dich dann zur Kriegsdienstverweigerung gebracht? Gute Frage, wie war es bei Dir: Hast du sofort den Kriegsdienst verwei-

gert? Wie waren Deine Erfahrungen mit dem Inquisitionsverfahren? Eine längere Geschichte. Letztlich haben wir eine Gemeinsamkeit, nämlich staatlich nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu sein. Gute Voraussetzungen, den Ap-

pell „Nie wieder Krieg“ durch die Handlungsanweisung „Die Waffen nieder“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu konkretisieren.

Werner Glenewinkel und
Michael Germer

wir uns einige Anmerkungen zu unserer persönlichen Geschichte - siehe Kasten.

Wir möchten aber auch der DFG-VK gratulieren und zwar vor allem zu ihrer Beharrlichkeit, mit der sie - immer wieder und oftmals in sehr kleinen Schritten - der Kriegslogik eine Friedenslogik entgegen gesetzt hat.

Ausblick

Schauen wir in die Zukunft. Wir gehen davon aus, dass es die DFG-VK in 25 Jahren noch geben wird, nein: geben muss! Was werdet Ihr - die aktive Generation in der DFG-VK - bis 2042 gemacht und geschafft haben? Wir werden wohl nicht mehr erleben, welchen Fahrplan Ihr für Eure Visionen finden werdet.

Wir erlauben uns, Euch unsere Wünsche mit auf den Weg zu geben: Für eine DFG-VK in einem zivilgesellschaftlichen Umfeld, wie wir das gerne hätten. Wir wünschen uns als Erstes eine zivilgesellschaftliche Entwicklung, über die im Jahre 2042 Folgendes zu berichten wäre:

- Die Bundespräsidentin wird zu einem Bürger-Empfang nach Berlin einladen aus Anlass des 150jährigen Bestehens der DFG-VK. Sie wird sich öffentlich für deren geduldiges und nachdrückliches Eintreten für eine Welt ohne Kriege bedanken.
- Die Ministerin für Frieden und Abrüstung wird von den jüngsten Verhandlungen in Genf berichten, bei denen ein Aussöhnungsprogramm für ehemalige Kriegsparteien verabschiedet wurde.
- Der Rüstungskontrollausschuss des Deutschen Bundestages legt den Jahresbericht für das zurückliegende Jahr 2041 vor: Es gab erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik keine Rüstungsexporte.
- Das Institut für Konversion und Friedenslogik berichtet, dass 89 Prozent der ehemaligen deutschen Rüstungsindustrie erfolgreich die Konversion ab-

geschlossen haben - dazu gehören Betriebe in den Bereichen Feinmechanik, Maschinenbau, Verkehrstechnik und erneuerbare Energie.

• Die Vereinigung Bundesrepublik ohne Armee BoA legt in ihrer Jahrestagung die neusten Zahlen vor: Danach ist der Militärhaushalt mittlerweile auf die Hälfte geschrumpft. Gleichzeitig hat die zehntausendste Friedensfachkraft ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Wem unsere Wünsche allzu unrealistisch vorkommen, den verweisen wir auf die De-batten um die deutsche Wiedervereinigung in den 40 Jahren von 1949 bis 1989.

Zum Zweiten haben wir Wünsche an die Organisation DFG-VK und stellen uns vor, dass auf dem Bundeskongress 2042 über Folgendes diskutiert und entschieden werden wird:

- Die Arbeitsgruppe DFG-VK-Zukunfts-Strategie stellt Überlegungen vor, wie und mit welchen Aktionsformen gegen den Wandel des Krieges (zunehmende Entstaatlichung) informiert werden kann; wie gegen die technische Veränderung der Kriegsmittel (Entpersönlichung der Kriegsführung z.B. durch Drohnen) wirksam vorgegangen werden kann; wie die rechtliche Begrenzung kriegerischer Konflikte (Erneuerung der völkerrechtlichen Abkommen) auf den „richtigen“ Weg gebracht werden kann.
- Die Bemühungen um eine Europäische-DFG-VK gewinnen immer mehr an Gestalt und stehen kurz vor einem Kooperationsabkommen mit anderen europäischen Friedensorganisationen.
- Aus der Zeitschrift *Die Zivilgesellschaft* kommen immer mehr Vorschläge an die DFG-VK, welche Themen kritisch hinterfragt und welche neuen und kreativen Aktionsformen ausprobiert werden sollen.
- Die Gruppe der Friedensmittler in der DFG-VK legt ein umfassendes Konzept

für die Ausbildung von Mediatoren und anderen Konfliktvermittlungstätigkeiten sowie ein großes Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten zur Stärkung der Konfliktlösungsfähigkeit vor.

Wer solchen Wünschen misstraut, möge mit einem Blick auf die 125jährige Geschichte der DFG bedenken, was in 25 Jahren an Veränderungs- und Entwicklungsprozessen gelingen kann.

Schließlich und drittens bleiben noch Wünsche übrig, für die nur wir selbst in unserem Alltag verantwortlich sein können:

- Das sorgfältige Achten auf eine Alltags-Sprache, die sich an der Friedenslogik und nicht an der Kriegslogik orientiert.
- Das ständige Bemühen um ein Alltags-Handeln, Konflikte - egal welcher Art und Größe - durch Miteinanderreden zu bewältigen.
- Eine bewusste Alltags-Haltung, die an diesem Satz der DFG-Gründerin von 1891 orientiert ist:

„Darum ist es notwendig, dass überall dort, wo Friedensanhänger existieren, dieselben auch öffentlich als solche sich bekennen und nach Maßstab ihrer Kräfte an dem Werke mitwirken.“

Michael Germer, 69, ist evangelischer Pfarrer im Ruhestand. Bis zur Auflösung der Zentralstelle KDV 2014 war er deren stellvertretender Vorsitzender. Er ist Mitglied im Aufsichtsrat des Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD), dem neben 27 weiteren Organisationen auch die DFG-VK als Mitgliedsorganisation angehört.
Werner Glenewinkel, 72, ist promovierter Jurist und Mediator. Er war bis zu seiner Pensionierung lehrend an einer Fachhochschule tätig. Bis zu ihrer Auflösung war er Vorsitzender der Zentralstelle KDV. Er war in den 1970er Jahren schon Mitglied der DFG-VK und ist es wieder seit 2007.

Raus aus der Nato! – Oder doch nicht?

Ein Debattenbeitrag gegen „grobschlächlige Kampagnen“

Von Ralf Buchterkirchen

Die Frage nach dem Austritt Deutschlands aus der Nato in der Überschrift ist polemisch. Niemand in der Friedensbewegung ist mit der Nato glücklich oder unterstützt sie gar, trotzdem scheint sich an der Frage, ob man eher die Auflösung der Nato oder einen deutschen Austritt aus der

Nato als sinnvolle Forderung favorisiert, manchmal gleichbedeutend mit der Frage, ob man sich Pazifist_in nennen darf oder nicht. Das ist natürlich Unsinn.

Verteter_innen einer einfachen Austrittsoption argumentieren vor allem entlang vorhandener Regeln und klarer Adressierbarkeit: Den Austritt Deutsch-

lands aus der Nato könnte man durch Aktionen in der Bundesrepublik selbst voranbringen und durchsetzen, während die Auflösung der Nato deutlich komplexer sei und mehr internationale Zusammenarbeit nötig mache.

Die Forderung nach der Auflösung der Nato ist - hält man es nicht mit Gre-

gor Gysi, der den Austritt als sinnvolles Scheinargument einordnet, um weitergehende Forderungen zu verhindern - eher eine grundsätzliche Forderung. Es geht um eine prinzipielle Diskussion einer weltweiten Sicherheitsarchitektur, die deutlich über einzelstaatliche Belange hinausweist (was nicht ausschließen soll, dass Vertreter_innen der Austrittsoption nicht ebenfalls globale Zusammenhänge im Hinterkopf haben).

Die entscheidende Frage ist: Was ist politisch der am besten zu argumentierende Weg und was ist für unser Nachdenken als Friedensaktivist_innen förderlich? Klar ist: Weder die Auflösung der Nato noch ein singulärer Austritt eines Mitgliedsstaates sind derzeit realistische Forderungen.

Von Befürworter_innen der Nato-Austrittsforderung wird häufig angeführt, dass eine Auflösung der Nato unrealistisch bzw. sogar gar nicht vorgesehen sei. Das ist beides richtig und doch falsch. Hinter der Forderung nach der Auflösung der Nato verbirgt sich ein Politikwechsel, der internationale Sicherheit aus dem Machtblockdenken löst.

Hinter der Forderung nach dem Austritt aus der Nato verbirgt sich ein nationaler Alleingang; man wolle einzelstaatlich mit dem Gebaren der Nato nichts mehr zu tun haben, aber sonst das Bestehen der Nato zumindest dulden. Wegducken und nicht mehr Schuld haben? Natürlich wäre einzuwenden, dass ein Nato-Austritt formell (und vielleicht auch politisch) schneller zu bewerkstelligen wäre, allerdings ist das ein Scheinargument. Sollte es in Deutschland eine - linke - Mehrheit für einen Austritt aus der Nato geben, wäre auch die Forderung nach der Auflösung der Nato in Reichweite - einfach durch das dann bestehende Kräfteverhältnis. Dieses Szenario ist aber äußerst unwahrscheinlich, wie sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat. Insofern ist es wahrscheinlicher, dass sich die globalen Rahmenbedingungen ändern, die die Nato in ihrem Bestand bedrohen und ggf. ganz obsolet machen.

Nur zur Erinnerung: Nach dem Fall der Mauer stand die Nato als Ganzes sehr wohl in der Diskussion und in einer Sinnkrise. Dass diese Chance damals nicht genutzt wurde, ist ein schwerwiegendes Versäumnis. Zudem: Die Abschaffung der Nato setzt ein neues Sicherheitskonzept voraus. Dieses muss global, gerecht und solidarisch aufgebaut sein. Hier könnte eine Friedensbewegung wertvolle Impulse geben und Alternativen aufzeigen.

Kein Anschluss an völkische und rechtsextreme Thesen!

Sieht man nur auf die Austrittsoption, dann kommt mit der schlichten Begrenzung auf den nationalen Alleingang und dem zuletzt lebhaften Applaus rechtsextremer Kreise (beispielsweise Endgame) für diese Forderung - insbesondere, wenn es gegen US-amerikanische Stützpunkte in der Bundesrepublik ging - im Hinterkopf gleich die Querfrontdebatte wieder hoch. Es geht nicht darum, dass eine Position per se schlecht sein muss, weil sie auch von Rechtsextremen aufgegriffen wird. Es geht aber darum, zu problematisieren, wenn eine Forderung als Bindemittel verwendet wird - oder auch nur dazu taugt -, um einen Anschluss an völkische und rechtsextreme Thesen zu ermöglichen.

Es hilft auch nicht weiter, die Vereinahmung durch Rechtsextreme und die dahinterliegende Strategie zu ignorieren. Ohne klare Abgrenzung gegen nationalistische Tendenzen ist die Forderung nach einem schlichten Austritt aus der Nato ein Querfrontprojekt.

Häufig wird das Nato-Austrittsargument mit dem Bezug auf ausländische - in der Bundesrepublik stationierte - Truppen gefordert. Auch diese Argumentation ist falsch und nicht stichhaltig. Ramstein und andere Militärbasen können unabhängig von der Nato-Mitgliedschaft durch Aufhebung des Stationierungsstatutes geschlossen werden. Dazu ist nur eine Mehrheit des Bundestages nötig. Davon abgesehen ist aber die Fokussierung auf US-Soldaten in der Debatte bedenklich. Ich will weder amerikanische noch deutsche noch andere Soldaten haben und das nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Dadurch dass die Debatte sich so stark auf Ramstein konzentriert, wird die eigentliche antimilitaristische Frage ins Abseits gestellt und durch eine nationalistische ersetzt. Nicht umsonst wird über Jagel, den Standort der Drohnen der Bundeswehr, weit weniger diskutiert als über Ramstein.

Gegen plumpen Antiamerikanismus

Noch einmal prinzipiell: Es ist eigentlich egal, dass die Nato US-amerikanisch dominiert ist, die Nato ist aufgrund ihrer Politik zu kritisieren. Alles andere ist plumper Antiamerikanismus und spielt Rechtsextremen in die Hände. Es geht nicht um angeblich mangelnde Souveränität. Das ist rechte Rhetorik. Für die Friedensbewegung muss es darum ge-



hen, international, solidarisch und nicht unter nationalen Gesichtspunkten antimilitaristische und pazifistische Positionen zu vertreten.

Spannend ist eine weitere Frage: Welche Rolle soll die Forderung nach einer Auflösung der Nato/einem einzelstaatlichen Austritt innerhalb der Friedensbewegung spielen. Klar ist, dass beide Forderungen nicht zeitnah erreicht werden können, vielmehr sind sie eine Art Utopie - und wir arbeiten für die Grundbedingungen, damit die Utopie umgesetzt werden kann - das kann dann auch auf einmal ganz schnell gehen. Das gilt analog für die Forderung „Bundeswehr abschaffen“. Auch hier machen wir die Option stark, wohl wissend, dass es derzeit auch nicht entfernt eine parlamentarische Mehrheit für eine solche Forderung gibt.

Damit wird auch die Antwort klar: Als langfristiger Ansatz muss das Ziel der Abschaffung des Militärbündnisses und die Schaffung einer globalen und gerechten Sicherheitsarchitektur mit auf der Agenda stehen, allerdings wäre es grob fahrlässig, wenn es sich um den einzigen Punkt auf der friedenspolitischen Agenda handeln würde. Viele kleine Schritte in vielen kleinen Themen führen uns an das Ziel heran, grobschlächlige Kampagnen sicher nicht.

Ralf Buchterkirchen ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.

„Wir sind schon Teil einer Tradition“

Die Friedens-Fahrradtour des nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesverbands

Von Joachim Schramm

Radfahren für den Frieden – das hat Tradition in unserem Bundesland“. So kündigte die WDR-Moderatorin den TV-Beitrag zu Start der diesjährigen Friedens-Fahrradtour NRW am 5. August in Köln an. Da sind wir also Teil einer Tradition – auch nicht schlecht!

Am nächsten Tag im Düsseldorfer Hafengebiet: Vor einem Bürogebäude treffen ca. 20 FriedensradlerInnen ein, vor dem Hauseingang liegen plötzlich blutverschmierte „Leichen“, der Tod mit schwarzem Gewand und der Sense in der Hand stößt ein krächzendes Lachen aus: Er freut sich, an diesem Tag der Werbeagentur Castenow das „Golden G36“ zu verleihen, dafür, dass sie ihm durch ihre Bundeswehr-Werbekampagne neues, junges Blut zuführt.

Am nächsten Morgen wird es vor der Zentrale von Rheinmetall rutschig: Auf einer „Schmiergeldrutsche“ schliddern als Politiker verkleidete Aktivisten dem

ersehnten Koffer mit Geld entgegen. An den Fenstern schauen sich die Angestellten das Treiben an. Ob die Kritik an dem mit Korruptionsaffären zusätzlich belasteten Rüstungskonzern bei ihnen ankommt?

Die diesjährige Friedens-Fahrradtour NRW wurde angereichert durch diese und andere kreative Aktionen des „U35-Aktionsteams“ der DFG-VK um Michael Schulze von Glaßer.

Unsere Antikriegs-Moritat, bereits im letzten Jahr erprobt, war optimiert worden und kam unterwegs ebenfalls gut an. Und auch sonst war die Tour eine runde Sache. Insgesamt 40 Friedensbewegte waren „Auf Achse für Frieden und Abrüstung“, manche nur zwei, drei Tage, mehrere aber auch die ganze Strecke von Köln bis Bielefeld. Schön war, dass sich uns diesmal auch einige junge Leute angeschlossen haben. Unsere Freunde aus Weißrussland waren wieder dabei, gaben dem Ganzen einen in-

ternationalen Touch. Alle machten mit, bei den Aktionen, aber auch beim Kochen, Abwaschen und Aufräumen. Ein Hingucker an allen Aktionsorten war der neue DFG-VK-Infobus, der uns die ganze Tour begleitete.

■ Drei große Themen

Drei große Themen gaben der Tour ihren Rahmen: Schon mit dem Start in Köln nahmen wir Bezug zu den Gedenktagen für die Opfer der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, griffen wir den Protest gegen die ungebrochene Atomrüstung der USA, Russlands und anderer Staaten auf. In Köln (schriftlich), in Essen, Nottuln und Münster wurden wir durch die Bürgermeister bzw. ihre Stellvertreter begrüßt, die sich bei den „Mayors for Peace“ für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.

Das zweite große Thema war die aktuelle Konfrontations- und Aufrüstungs-

politik der Nato gegen Russland. In Nörvenich protestierten wir gegen die dort stationierten Eurofighter, die im Rahmen der Nato immer wieder zu gefährlichen Patrouillenflügen in den baltischen Staaten ausrücken. In Dülmen machten wir mit einer Aktion vor dem neu installierten US-Waffendepot deutlich, dass wir für Entspannung und gegen Aufrüstung sind. Und in Münster und Bielefeld protestierten wir gegen Kommando-Einrichtungen des deutsch-niederländischen Korps bzw. der britischen Armee, die als Teil der Nato Bestandteil des aktuellen Säbelrasselns sind.

Die Rüstungsproduktion und der Rüstungsexport war das dritte aufgegriffene Thema. Mit Rheinmetall in Düsseldorf und Thyssen-Krupp in Essen waren zwei der großen deutschen Rüstungskonzerne unser Ziel. Sie zeichnen sich im negativen Sinne nicht nur dadurch aus, dass sie Waffen in Kriegs- und Krisengebieten liefern. Sie sind zudem Teil von Korruptionsaffären, bei denen Politiker und Militärs bestochen wurden, damit sie Waffen der jeweiligen Firmen kauften.

In Münster nutzten wir den Bundestagswahlkampf zu einer Podiumsdiskussion mit sechs örtlichen Kandidaten. Hier lehnte sich vor allem der FDP-Kandidat aus dem Fenster und begrüßte ausdrücklich die diskutierte Erhöhung des Militäretats auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Und noch eine Diskussion ist erwähnenswert. In Versmold, mitten im Zentrum der NRW-Fleischindustrie informierte uns eine örtliche Linken-Aktivistin über die Folgen dieser Industrie für Mensch und Tier. Auch wenn anschließend nicht alle Teilnehmer gleich Vegetarier wurden, zu denken gegeben hat das Gehörte wohl allen.

Für viele TeilnehmerInnen war es schockierend, wie sehr NRW mit Mili-



Die-in-Aktion vor der Werbeagentur, die die Bundeswehrklame macht

tär- und Rüstungsstandorten überzogen ist. Es wurde ganz konkret erfahrbar, dass Krieg hier bei uns beginnt und dass wir hier etwas dagegen tun können und müssen!

■ Gute Medienresonanz

Das bunte Bild der RadfahrerInnen mit den Pace- und DFG-VK-Fahnen, aber auch unser Engagement für Frieden und gegen Krieg ist für viele lokale Medien Grund, über die Tour zu berichten. An jedem Aktionsort gab es in der Lokalpresse einen Fotobericht, zweimal waren wir im WDR-Fernsehen.

Wieder stießen wir unterwegs auf viel Sympathie bei den Menschen am

Straßenrand. Leute winkten, Autos hupen freundlich (manche natürlich auch unfreundlich). Und auch die Unterstützung durch die DFG-VKler und andere Friedensaktivisten vor Ort an den einzelnen Aktionspunkten war wieder grandios. Wir wurden freundlich begrüßt, es gab zu essen und zu trinken, häufig wurde ein ganzes Programm aus Reden und Musik auf die Beine gestellt, es gab Hilfe bei der Organisation der Übernachtung und beim Finden der besten Route. Dafür auch auf diesem Wege noch mal herzlichen Dank!

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.

Die Botschaft: „Gewehr kaputt, Krieg zu Ende“

Die Friedens-Fahrradtour des bayerischen DFG-VK-Landesverbands

Von Thomas Rödl

Jedes Jahr veranstaltet die DFG-VK Bayern eine Friedens-Fahrradtour zu den Standorten der Rüstungsindustrie, der Bundeswehr und der US-Truppen in Bayern und Umgebung. Wir wollen vor Ort für Frieden und Abrüstung werben, mit den Menschen ins Gespräch kommen, die von Rüstung und Militär leben und Impulse für Konver-

sion geben. Die Friedensfahrradtour ist immer eingebunden in unsere Kampagnen für Abrüstung, denn die politischen Entscheidungen werden von Parlament und Regierung getroffen.

Die Friedensfahrradtour war schon mehrmals von München aus gestartet bzw. durchgeführt, aber hier wurde noch nie über unsere Aktionen berich-

tet. Daher das Konzept, eine Aktion so groß und auffällig zu machen, dass sie von den Lokalmedien nicht mehr ignoriert werden kann. Ergebnis: eine Mahnwache von einer Woche Dauer, direkt auf dem Marienplatz im Herzen der Landeshauptstadt.

Parallel entstand die Idee, ein großes sinnfälliges Symbol auf den Marienplatz



Protest vor einem Kriegerdenkmal in Düsseldorf



Ein überdimensionales zerbrochenes Gewehr auf dem Münchner Marienplatz

zu stellen, das unser Anliegen vermitteln sollte. Ergebnis: Das zerbrochene Gewehr, Symbol der Internationale der Kriegsdienstgegner, aus Kunststoff, aufblasbar und einige Meter hoch. Alle verstanden die Botschaft: Gewehr kaputt, Krieg zu Ende.

Die Mahnwache am Marienplatz

So stand tatsächlich eine 24-Stunden Mahnwache vom 30. Juli bis zum 6. August auf dem Münchner Marienplatz mit täglich wechselndem Programm. In der Sommerzeit sind hier ca. zwei Drittel des Publikums – und das sind täglich Zehntausende! – TouristInnen aus allen möglichen Ländern.

Für diese hatten wir die Friedenserklärung in vielen Sprachen griffbereit. Über 500 Friedenserklärungen wurden unterzeichnet und an Schnüren aufgehängt. Wir wollen mit diesen Friedenserklärungen im Gepäck im nächsten Jahr nach Berlin radeln und sie öffentlich ausstellen. Die Mahnwache gab Gelegenheit, über Frieden zu diskutieren; viele hundert Gespräche wurden teils bis nachts um drei Uhr geführt.

Die Durchführung dieser Mahnwache war nur möglich, weil viele Aktive der DFG-VK Bayern nach München gekommen waren und weil viele FreundInnen vom Münchner Friedensbündnis die Mahnwache unterstützt haben.

Ein Aktionstag wurde von der Internationalen Frauennliga und anderen Frauengruppen gestaltet. Der Hiroshima-Gedenktag am 6. August wurde vom Münchner Friedensbündnis und vom Bündnis gegen Krieg und Rassismus organisiert.

Die Fahrradtouren zu Rüstungsbetrieben

Dreimal starteten die FriedensradlerInnen vom Marienplatz aus, um Rüstungsbetriebe zu besuchen. Am bekanntesten ist die Firma Krauss-Maffei-Wegmann, die alle Panzer und gepanzerten Fahrzeuge für die Bundeswehr entwickelt hat und produziert.

Charakteristisch für die Region München ist aber die Luft- und Raumfahrtindustrie. Hier finden Forschung, Konzeption und Entwicklung statt, die Produktion von Kampfflugzeugen, Hubschraubern und Raketen dann an anderen Orten in Südbayern. Die Motoren- und Turbinen Union (MTU) produziert zivile und militärische Triebwerke, alle Triebwerke für die Kampfflugzeuge der Luftwaffe. MTU ist der größte Standort bezogen auf die Zahl der Beschäftigten. Der bekannteste internationale Player ist Airbus Defence and Space, der am Standort Ottobrunn bei München Raketen- und Satellitentechnik produziert; also keine Waffensysteme, sondern die Technik für Kommunikations-, Spionage- und Positionsbestimmungs-Satelliten, die die Bundeswehr für die Führung der weltweiten Einsätze braucht.

Darüber hinaus gibt es in München und der Region viele mittlere und kleinere Zuliefer-Firmen für die zivile und militärische Luftfahrt. Darunter sind Firmen, die ganz spezielle Militärtechnik entwickeln und produzieren, z.B. Artillerie-Ortung-Radar oder militärische Antennenanlagen, aber auch Firmen, die sowohl für die Automobilindustrie als auch für die Luft- und Raumfahrt arbeiten, und deren militärischer Anteil für Außenstehende schlecht erkennbar ist.

Von den meisten angefahrenen Firmen hatten Aktive vorher ein Faktenblatt erstellt und vor Ort die MitradlerInnen über die Tätigkeit am Standort informiert. In einem Fall ergab sich eine inte-

ressante Diskussion mit jungen Mitarbeitern, die sich dagegen verwahrten, als Rüstungsbetrieb eingestuft zu werden.

Antikriegsperformance

Die Friedensradler führten zweimal am Marienplatz und jeweils in den umliegenden Kreisstädten Erding, Freising und Fürstfeldbruck unsere Antikriegsperformance auf.

Die Szene der Performance zeigt dramaturgisch zugespitzt die Einschätzung der Kriege als solche um Öl und Rohstoffe sowie die Beteiligung der BürgerInnen durch „nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“. Die Botschaft: „Kein Krieg ist heilig, kein Krieg ist gerecht“ kann für die Bildberichterstattung einfach aufgegriffen werden.

Resonanz

Zehntausende Menschen haben unsere Mahnwache gesehen, Tausende haben Flugblätter und Informationsmaterial mitgenommen, Hunderte haben uns diskutiert, viele haben ihre Mail-Adresse hinterlassen. Diese haben wir angeschrieben, eingeladen, und werden sie weiter über unsere Friedensarbeit informieren.

Als großen Erfolg bewerten wir die Berichterstattung in der *Süddeutschen Zeitung*, die im Münchner Teil und in den jeweiligen Landkreisen täglich und ausführlich über die Friedensfahrradtour und unsere Anliegen berichtete.

Wir haben wohl erreicht, dass wir als Friedensorganisation bekannter und viele Menschen auf Rüstung und Militär vor ihrer Haustür hingewiesen wurden.

Thomas Rödl ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Bayern.

Fundamentale Wende oder windiger Schachzug?

Heckler & Koch kündigt bei Hauptversammlung ethisch orientierte Rüstungsexportpolitik an
Von Jürgen Grässlin

Wer die folgende Analyse verstehen will, muss die Vorgeschichte kennen, denn gerade Heckler & Koch (H&K) ist keine Waffenschmiede wie jede andere hierzulande. H&K ist, gemessen an den Opferzahlen, das todbringendste Unternehmen Deutschlands. Skrupellos hat H&K seit den 1960er Jahren Kombattanten auf den Schlachtfeldern der Welt mit seinen Kleinwaffen bis an die Zähne hochgerüstet.

Verstärkt wurde diese desaströse Geschäftspolitik durch die hemmungslose Lizenzvergabepolitik aller Bundesregierungen. Da der Bund die Finanzierung des Schnellfeuergewehrs G3 von H&K finanziert hatte, besaß er die Vergaberechte, die er leidlich nutzte. Seither konnten in den Lizenzfabriken in „befreundeten Staaten“ wie dem Iran, Saudi-Arabien, der Türkei, Pakistan, Mexiko und weiteren rund 15 Millionen G3-Gewehre gefertigt, exportiert und weltweit in Kriegen und Bürgerkriegen eingesetzt werden.

Wer weiß, dass allein mit Gewehren und Pistolen rund 73 Prozent der Kriegsoffer erschossen werden, kann die Folgen dieser Geschäfts- und Machtpolitik ermessen. Gemäß meinen Berechnungen und Schätzungen wurden bis zum heutigen Tag mehr als zwei Millionen Menschen durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen getötet und weitaus mehr verstümmelt und traumatisiert. In

den vergangenen beiden Jahrzehnten wurden die klassischen H&K-Waffen um neue Waffengenerationen erweitert – beispielsweise wurde das G3 durch die Sturmgewehre G36 und HK416 ergänzt, die Maschinenpistole MP5 um die MP7 und UMP. Die Folgen sind fatal: Heute stirbt durchschnittlich alle 13 Minuten ein Mensch durch eine Kugel aus dem Lauf einer H&K-Waffe.

Jahrzehnte währende Opposition gegen H&K ...

Im Wissen um die weltweiten Folgen der Rüstungsexportpolitik der Oberndorfer Waffenbauer agiert die Friedensbewegung seit Jahrzehnten mit der gebotenen Konsequenz: Von Ostermärschen über zahlreiche kreative Aktionen vor den Werkstoren und gewaltfreien Blockaden bis hin zu meinen Strafanzeigen wegen des Verdachts des widerrechtlichen Exports Abertausender von G36-Sturmgewehren in verbotene Unruheprovinzen Mexikos und den daraus resultierenden Bundestagsanfragen und -debatten wurde die gesamte Klaviatur des Protests genutzt.

Zuletzt agierte der Hirschberger Friedensaktivist Hermann Theisen, Mitglied der DFG-VK, mit seinem Aufruf zum Whistleblowing im Fall illegalen Waffenhandels erfolgreich gegen H&K – was ihm viel Ärger mit der Justiz einbrachte. Theisen aber ist standhaft.



Protest bei der Heckler & Koch-Aktionärsversammlung im Provinzgasthaus

... von Erfolg gekrönt: Überraschender Verlauf der H&K-Hauptversammlung

Unseren nächsten Coup gegen H&K planten wir für die Hauptversammlung (HV) des mittlerweile in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Unternehmens im Sommer 2017. Der Aktienwerb war und ist nicht leicht, da vom Gesamtaktienbestand von 21 Millionen H&K-Aktien weltweit lediglich 5000 an der Euronext-Börse in Paris theoretisch erwerbbar waren – soweit sie von ihren Besitzern in den Wochen vor HV-Beginn veräußert wurden.

Dank des Engagements von Stephan Möhrle, DFG-VK-Vertreter in der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Büroleiter des Rüstungs-Informations-Büros (RIB e.V.), konnten sieben Aktionär*innen als neue Miteigner der Oberndorfer Waffenschmiede persönlich an der HV teilnehmen. Stephan Möhrle selber blieb außerhalb des Gebäudes und arrangierte für das RIB als Organisator der Gegenaktivitäten die Medienkontakte.

Absurd das Szenario, dass sich uns am 15. August offenbarte: Die H&K-Hauptversammlung fand im Wellness-Hotel „Züfle“ in dörflicher Umgebung in Sulz-Glatt nahe Oberndorf statt. Und das in einem überfüllten Raum im Parterre, der angesichts der mehr als 30 anwesenden Personen eher für eine kleine Familienfeier als für die Hauptversammlung eines der weltweit führenden Kleinwaffenhersteller geeignet schien.

Den – angesichts der wirtschaftlichen Erfolge von H&K im Geschäftsjahr 2016 – lobpreisenden Reden von Vorstand und Aufsichtsrat folgte, was als geradezu sensationell bezeichnet werden darf: Sieben H&K-Aktionär*innen – Thomas Schwoerer, Magdalena Friedl und ich, allesamt Aktivist*innen der DFG-VK, sowie Wolfgang Landgraaber als versierter Filmemacher, Helmut Lohrer als internationaler Councilor der IPP-NW, der erfahrene Hauptversammlungsaktivist Paul Russmann von Ohne Rüstung Leben sowie der katholische Pfarrer Alexander Schleicher – hielten ihre Redebeiträge und stellten 110 aufeinan-

„Kafkaeske Züge“: die Kehrtwende der Kehrtwende im Fall Hermann Theisen

Im Mai letzten Jahres hatte der Heidelberger Rüstungsgegner und DFG-VK-Mitglied Hermann Theisen an Mitarbeiter des Oberndorfer Kleinwaffenherstellers und -exporteurs Heckler & Koch (H&K) Flugblätter verteilt. Darin hatte er sie aufgefordert, die Öffentlichkeit „über die Hintergründe der in Teilen illegalen Exportpraxis ihres Arbeitgebers“ zu informieren.

Bei seiner Aktion hatte der Friedensaktivist in einem Fall den damals frei zugänglichen H&K-Firmenparkplatz betreten. Das Unternehmen reagierte drastisch: mit einer Strafanzeige und einem Hausverbot. Die Theisen daraufhin per Strafbefehl vorgeworfenen Taten, Aufforderung zum Geheimnisverrat und Hausfriedensbruch, hätten eigentlich vor dem Amtsgericht Oberndorf verhandelt werden sollen, aber dazu kam es nicht: Kurz vor der Verhandlung zog die Staatsanwaltschaft Rottweil den Strafbefehl zurück.

Ende September verhandelte das Verwaltungsgericht Freiburg drei Klagen von Theisen, die er seinerseits gegen das Landratsamt Rottweil und das Polizeirevier Oberndorf führte. Das Landratsamt Rottweil hatte wiederholt Verteilverbote für Flugblätter erwirkt und gemeinsam mit der Polizei während einer Protestaktion am H&K-Werksgelände Theisens Tasche durchsucht und Flugblätter beschlagnahmt.

Nun gab das Freiburger Verwaltungsgericht Theisens Klagen weitge-



Sekt statt Selter: H. Theisen und J. Grässlin

hend statt, da die Aufrufe zum Whistleblowing nicht strafbar seien. Positiv auch die Begründung: Als hohes Gut sei die freie Meinungsäußerung immer wieder bedroht, wie ein Blick in die Türkei oder nach Russland zeige, so der Vorsitzende Richter. Die Aufrufe zum Whistleblowing seien eindeutig geschützt durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit, zumal es sich bei illegalen Waffenexporten um ein bedeutsames Thema von hohem öffentlichem Interesse handele.

Eigentlich hätte die Aktion damit ein gutes Ende gefunden, doch die Rottweiler Staatsanwaltschaft lässt nicht locker. Der DFG-VK-Aktivist soll für seinen Protest vor dem H&K-Werkstor nun wenigstens wegen Hausfriedensbruchs bestraft werden. Man habe beim Amtsgericht in Oberndorf einen entsprechenden Strafbefehl beantragt, so der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Rottweil.

Jürgen Grässlin

der abgestimmte Fragen. Sensationell deshalb, weil es in der Historie der Wirtschaftsgeschichte noch keine Hauptversammlung einer deutschen Aktiengesellschaft gegeben haben dürfte, bei der ausschließlich kritische Aktionär*innen das Wort ergriffen.

Sensationell aber auch des Verlaufs und der Inhalte wegen: Denn Thomas Schwoerer brachte die versammelte H&K-Führungsrige gleich zu Versammlungsbeginn mächtig in die Bredouille: Zurecht monierte er den Ausschluss der Medien und damit den aus seiner Sicht undemokratischen Umgang mit der Öffentlichkeit.

Tatsächlich mussten die zahlreich erschienenen Vertreter*innen von Printmedien und Radio- und Fernsehstationen

auf dem Gehweg außerhalb des Hotelgeländes verharren. Wiederholt wurden die Medienvertreter*innen von Jürgen Grässlin und Stephan Möhrle mit aktuellen News versorgt. Entsprechend umfassend fiel die Berichterstattung aus. Neben nationalen berichteten sogar internationale Medien über das Geschehen wie z.B. der Guardian oder die Washington Post.

Heckler & Koch – der weltweit erste ethisch orientierte Rüstungskonzern?!

Die rund 110 Fragen wurden seitens der H&K-Führung einzeln und zumeist differenziert beantwortet. Allerdings reagierte man unangenehme Fragestellun-

gen, wie die von Magdalena Friedl zur „Beschlussfassung über die Befreiung von der Verpflichtung zur individualisierten Offenlegung der Vorstandsvergütung im Jahres- und Konzernabschluss sowie des Aufsichtsrates“, ausweichend.

Ab jetzt gilt die neue Strategie, dass ausschließlich „grüne“ Länder der Nato, Nato-assoziierte und EU-Staaten beliefert werden (nach Demokratieindex, Korruptionsindex und unter Beachtung von Menschenrechtsfragen) – ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings erhalten z.B. die USA weiterhin H&K-Kleinwaffen – was angesichts der Lage im Land und der US-Außenpolitik problematisch ist.

Das aber bedeutet zugleich: Alle Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (auch der Nato-Partner Türkei und auch Saudi-Arabien) und auch beispielsweise alle Staaten Afrikas und Lateinamerikas – also auch nicht mehr Mexiko – werden laut H&K jemals wieder mit Kleinwaffen aus Oberndorf oder einem H&K-Tochterunternehmen beliefert werden. Selbst die bislang äußerst profitable H&K-Dependance in Saudi-Arabien wurde bereits aufgelöst.

Damit setzt sich H&K an die Spitze der deutschen Waffenschmieden, die die Rüstungsexportkontrolle von sich aus verschärfen. Diese Linie ist konsequenter als die freizügige Rüstungsexport-Genehmigungspolitik der Bundesregierung. H&K reagiert damit auf den Jahrzehnte währenden Druck der Friedensbewegung – ein beachtlicher und völlig unerwarteter Teilerfolg.

Ein spannender Aspekt bleibt derzeit noch offen. Auf meinen Vorschlag hin prüfen der H&K-Vorstand und -Aufsichtsrat die Finanzierung eines Opferfonds – die zuge-sagte Antwort steht noch aus.

Bei diesem Kulturwandel dürfte auch ein Aspekt eine mitentscheidende Rolle gespielt haben, den die H&K-Geschäftsführung fest im Visier hat: Der lukrative Auftrag für das Nachfolgewehr des auszumusternden G36 der Bundeswehr. Für die 120000 neuen Sturmgewehre will der Bund knapp 250 Millionen Euro investieren. Mit der neu gewonnenen Reputation schickt H&K das kompakte modulare Sturmgewehr HK433 ins Rennen – und besitzt gute Aussichten auf Erfolg.

Zumal die H&K-Sympathiefraktion in der Bundeswehr durchgesetzt hat, dass keine Waffen beschafft werden sollen, die den Regeln der International Traffic in Arms Regulations unterworfen sind. Mit diesen sogenannten ITAR-Regeln

nehmen sich die USA das Recht der Mitbestimmung heraus, in welche Länder die US-Technik exportiert werden darf. Im Umkehrschluss sind damit nicht nur alle US-Firmen aus dem Rennen, sondern auch der deutsche Hauptkonkurrent Sig Sauer, der maßgebliche Gewehrbestandteile in den Vereinigten Staaten fertigt.

Dramatisch dürfte sich ein weiteres Problem auswirken: H&K wickelt noch „Altaufträge“ in rote Länder ab – schlimm genug und folgenschwer.

Zentrale Fragen, deren Beantwortung entscheidend sein wird

Ungemein spannend sind die Fragen, die sich aus dem neuen Kurs von H&K ergeben: Wird sich H&K als DER Türöffner erweisen, um mit dem Wandel des führenden deutschen Kleinwaffenexporteurs den Druck zur Umkehr auf die gesamte deutsche Rüstungsindustrie nachhaltig zu erhöhen? Noch ist H&K die einzige Waffenschmiede Deutschlands, die sich diese härtere – begrenzt ethisch orientierte – Rüstungsexportkontrolle verordnet hat. Das bislang todringendste Unternehmen verfolgt damit eine härtere Restriktionspolitik, als die Bundesregierung verlangt.

Zugleich bleiben viele wichtige Fragen zum jetzigen Zeitpunkt offen: Leistet die neue H&K-Führung mit der Umsetzung letzter „Altverträge“, u.a. an die „roten“ Länder Malaysia, Indonesien, Südkorea und die Vereinigten Arabischen Emirate, erneut Beihilfe zum Morden mit deutschen Gewehren? Liefert H&K, wie versprochen, danach ausschließlich an „grüne“ Länder in der Nato und der EU – oder erfolgen über Umgehungswege klammheimlich weiterhin Waffentransfers an „gelbe“ und „rote“ Staaten? Ist es – angesichts des tagtäglichen massenhaften Mordens mit Kleinwaffen im

Land – legitim, wenn H&K ein neues Pistolenwerk in Columbus in den USA errichtet? Bei mehreren Amokläufen und Massakern waren in den USA nachweislich H&K- bzw. Sig-Sauer-Waffen im Einsatz – letztere beim Las-Vegas-Shooting, bei dem 58 Menschen getötet und mehr als 520 Menschen verletzt wurden. Können die USA, mit rund 40 Prozent der Hauptabsatzmarkt für H&K-Waffen, tatsächlich als „grünes“ Land eingestuft werden?

Gründung der Kritischen AktionärInnen Heckler & Koch am 3. Februar 2018!

Derlei Fragen bedürfen sowohl akribischer Recherche als auch kritischer Kontrolle. Um unsere Widerstandskraft zu stärken, wollen wir mehr werden. Kommt deshalb am 3. Februar 2018 nach Freiburg. Dort werden wir im Rahmen der Jahresmitgliederversammlung des RIB e.V. die Kritischen Aktionär+Innen Heckler & Koch gründen. Schließlich wollen wir bei der nächsten H&K-Hauptversammlung im Sommer 2018 den Druck auf die H&K-Führung weiter verstärken.

Achtung: Bitte kauft lediglich eine oder zwei H&K-Aktien (für eine bzw. zwei Eintrittskarten). Mehr als zwei Eintrittskarten sind pro Person nicht erwerblich. Wer Beratung beim Aktienwerb benötigt, da die H&K-Aktie an der Euronext-Börse in Paris notiert ist und deren Kurs sehr starken Preisschwankungen unterworfen ist, wende sich bitte an Stephan Möhrle (moehrle@dfg-vk.de).

Jürgen Grässlin ist Autor mehrerer Bestseller zum Thema Rüstungsexporte, Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

Liste der Militär-Adventskonzerte in Kirchen zur Organisation von Protest

01099 Dresden Dreikönigskirche am 20.12.	26789 Leer (Ostfriesland) Christuskirche am 13.12.	72510 Stetten, St. Mauritiuskirche am 11.12.
04157 Leipzig Versöhnungskirche am 05.12.	29633 Munster St. Michael am 14.12.	73479 Ellwangen (Jags) Ev. Stadtkirche am 05.12.
06667 Weißenfels St. Elisabeth-Kirche am 05.12.	32423 Minden Dom am 05.12.	80333 München Theatinerkirche am 04.12.
09496 Marienberg Sankt Marienkirche am 08.12.	35392 Gießen Kath. Kirche St. Bonifatius am 13.12.	82340 Feldafing Heilig Kreuz Kirche am 06.12.
09669 Frankenberg St. Aegidienkirche am 12.12.	38100 Braunschweig Kirche St. Martini am 04.12.	82481 Mittenwald St. Peter und Paul am 07.12.
10178 Berlin Berliner Dom am 07.12.	39104 Magdeburg Johanniskirche am 07.12.	82467 Garmisch-Partenkirchen Pfarrkirche Maria Himmelfahrt am 11.12.
14467 Potsdam Kirche St. Nikolai am 14.12.	39288 Burg bei Magdeburg kath. Pfarramt St. Johannes d.T. am 13.12.	83435 Bad Reichenhall Münster St. Zeno. am 12.12.
17033 Neubrandenburg Konzertkirche am 19.12.	41515 Grevenbroich Kirche St. Stephanus am 12.12.	86972 Altenstadt Basilika St. Michael am 13.12.
17109 Demmin St. Bartholomaei-Kirche am 11.12.	48143 Münster Hoher Dom am 04.12.	87527 Sonthofen St. Michael Kirche am 12.12.
17291 Prenzlau St.-Nikolai-Kirche am 12.12.	48231 Warendorf Marienkirche am 07.12.	87600 Kaufbeuren Dreifaltigkeitskirche am 05.12.
18119 Warnemünde, am 07.12.	50676 Köln Trinitatiskirche am 14.12.	88631 Beuron Kloster Beuron am 01.12.
19055 Schwerin Schellkirche St. Nikolai am 05.12.	53113 Bonn Kreuzkirche am 04.12.	89073 Ulm Pauluskirche Ulm am 06.12.
24837 Schleswig St. Petri Dom am 04.12.	54492 Zeltingen-Rachtig St. Stephanus am 12.12.	97209 Veitshöchheim Kuratiekirche am 04.12.
23795 Bad Segeberg Marienkirche Ev.-Luth. am 14.12.	56068 Koblenz Florinskirche am 13.12.	97282 Retzstadt St. Andreas Kirche am 14.12.
24106 Kiel Nikolaikirche am 05.12.	56653 Maria Laach Abteikirche am 11.12.	97828 Marktheidenfeld St. Josefskirche am 30.11.
24211 Preetz Stadtkirche Preetz am 13.12.	66687 Wadern Antonius Kirche am 08.12.	97941 Diethausen St. Markus Kirche am 19.12.
24306 Plön Nikolaikirche am 06.12.	66740 Saarlouis Ludwigskirche am 30.11.	99195 Rietelnordhausen St.-Bonifatius-Kirche am 04.12.
26603 Aurich Lamberti-Kirche am 18.12.	70374 Stuttgart Lutherkirche am 05.12.	
26721 Emden Pauluskirche am 11.12.		

70 Jahre IDK Das Buch zum IDK-Jubiläum

Die IDK – Internationale der Kriegsdienstgegner/innen – wurde 1947 gegründet und ist eine Sektion der War Resisters' International (WRI).

Das Buch zur IDK-Geschichte:



Wolfram Beyer (Hrsg.): Internationale der Kriegsdienstgegner*innen – 1947-2017. Beiträge zur Geschichte; Lich 2017; 129 Seiten; 14 Euro (ISBN 978-3-86841-187-4)

Jubiläumsfeier

der IDK: 9. November um 18:30 Uhr; Empfang im Anti-Kriegs-Museum, Brüsseler Str. 21, 13353 Berlin-Mitte

Das IDK-Buch wird vorgestellt; der Abend hat seinen Höhepunkt mit dem musikalischen Vortrag von Hans Marquardt: Gesang und Gitarre

Krieg und Frieden in Liedern von Georg Kreisler

Es werden Lieder vorgetragen aus den *Seltsamen Gesängen*, *Nichtarischen Arien* und späteren, nahezu unerhörten Stücken.

Georg Kreisler, Komponist und Schriftsteller, Kabarettist und Satiriker ist vielen Menschen mit seinem 1950er Jahre-Titel „Tauben Vergiften im Park“ bekannt. Dass er sich in mehr als 500 Liedern zu gesellschaftlichen Realitäten und Utopien phantasievoll und provokant geäußert hat, wissen nicht viele Menschen.

20 Protestwochen gegen 20 Atomwaffen

Erfolgreiche Kampagne am Atomwaffenstandort Büchel

Von Marion Küpker

Vom 26. März bis zum 9. August, dem Nagasaki-Gedenktag, liefen auch dieses Jahr wieder die Proteste unserer bundesweiten Kampagne Büchel ist überall-atomwaffenfrei.jetzt!. Sie richten sich gegen die auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe der Nato stationierten 20 US-Atom-bomben. Gleich der März-Auftakt war ein toller Erfolg: Alle BürgermeisterInnen der größeren Städte rund um Büchel wie Frankfurt, Mainz, Köln, Bonn, Koblenz etc. haben sich mit unserer 20-wöchigen Aktionspräsenz solidarisiert und das in Grußbotschaften zum Ausdruck gebracht. Die Auftaktblockade der vier wichtigsten Zufahrtstore am darauffolgenden Morgen und zum Dienstbeginn der SoldatInnen setzte das richtige Zeichen zum Beginn der internationalen

Verbotsvertrags-Verhandlungen in New York teilgenommen und saßen für ihre Pflugschar-Aktionen in den USA jeweils für siebeneinhalb Jahre im Gefängnis. Sie hatten u.a. Minuteman-III-Atomraketen-Silos mit Hämmern bearbeitet und ihr Blut darauf verteilt.

Das Camp füllte sich mit holländischen Catholic Workers, belgischen und französischen AktivistInnen, dem Internationalen Jugendcamp der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen, Aktiven der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen GAAA und anderen. Drei Go-In-Aktionen, eine Voll-Blockade der wichtigsten Zufahrtstore, Mahnwachen und Vorträge auch zu Uranabbau einer Native-American-Diné-Frau, Leona Morgan, bestimmten unsere Woche.

Am Samstag, den 15. Juli, spielten auf unserer internationalen Kundgebung

Konstantin Wecker und viele regionale MusikerInnen vor über 300 Menschen am Hauptttor. Es war der Haupttag unserer bundesweiten Kampagne. Bewegende Momente, in denen unerwartet zwei Bürgermeister für den Frieden zweier naher Städte, der Verbandsbürgermeister Albert Jung aus Kaisersesch und der Oberbürgermeister Wolfgang Treis aus Mayen, mit dem Fliegenlassen von weißen Tauben

ihre Solidarität mit uns ausdrückten! Schöne Bilder können auf unserer Webseite angeschaut werden.

Aktionen der internationalen Woche

Der 16. Juli gilt bei den Native Americans als Internationaler Tag für „Aktionen gegen die atomare Kette“: Am 16. Juli 1945 wurde die erste Atombombe Trinity in New Mexiko gezündet, und am 16. Juli 1979 gab es den größten Unfall weltweit in der Uranmine Church Rock in New Mexiko, beides Gebiete der Diné Native

Americans. So hielten 60 Menschen am Sonntag eine Andacht, in der wir Brot miteinander teilten. Anschließend drangen über 30 Personen durch das Haupttor in den Luftwaffenstützpunkt Büchel ein. Während einige Aktive Brot mit den Soldaten teilen wollten, ließen zwei US-AktivistInnen, John LaForge und Susan Crane, die US-Flagge in der Basis herunter, und weitere Aktive legten Brot auf die drei Kampfflugzeuge im Eingangsbereich. Symbolisch sollten diese Flieger „Brot statt Bomben“ an/auf die Menschen verteilen! Die Nonnen forderten, den Kommandeure der Basis sprechen zu können, um ihm den Verbotvertrag überreichen zu können. Sie verlasen den Inhalt immer wieder laut gegenüber den Soldaten. Nachdem die Polizei anrückte und Personalien feststellte, wurden alle Teilnehmenden wieder durch das Haupttor entlassen. Bereits am 14. Juli gab es eine kleinere Go-In-Aktion zweier US-AktivistInnen!

Am 17. Juli, früh morgens zu Dienstbeginn, wurden die drei wichtigsten Zufahrtstore von Büchel blockiert. Die beiden Nonnen verlangten von der Polizei, den leitenden Verantwortlichen des Luftwaffen-Stützpunktes Büchel herzubitten, da sie ansonsten nicht freiwillig aufstehen würden. Tatsächlich kam erstmalig der Verantwortliche Oberstleutnant Gregor Schlemmer, der auch das Atombomben-Jagdbomben-Geschwader 33 leitet, zu den Blockierenden. Er nahm nach einem Gespräch den Verbotvertrag entgegen, woraufhin die US-Delegation sich aus der Blockade entfernte. Die weiteren Blockierenden ließen sich beiseite tragen.

Go-in-Aktion

Zum ersten Mal in der 21-jährigen Geschichte der Proteste gegen die stationierten US-B61-Bomben sind AktivistInnen auf einen der großen „Atombomben“-Flugzeugshelter-Bunker gestiegen. Nachdem sie zwei Außenzäune sowie anschließend zwei weitere Zäune aufgeschnitten hatten, die um den großen, mit Erde bedeckten Bunker stehen, saßen die fünf AktivistInnen über eine Stunde unentdeckt auf dem Bunker. Die Gruppe wurde erst be-



„Lasst Friedenstauben fliegen“; Mitwirkende: Konstantin Wecker (li.) und DFG-VK-Aktivistin Marion Küpker (2.v.r.)

merkt, als zwei von ihnen herunterkletterten, um „DISARM“ (Abrüsten) auf die Metalltür des Bunkers zu ritzen. Dies löste einen Alarm aus. Umgeben von Fahrzeugen und Wachmännern, die sich u.a. mit Nachtsichtgeräten und Taschenlampen auf die Suche machten, haben sie die Wachmänner schließlich selber auf sich aufmerksam gemacht, indem sie zu singen begannen.

Sie befanden sich damit im einzig zusätzlich eingezäunten Sicherheitsbereich mit Flugzeugsheltern. Die AktivistInnen vermuteten in den Sheltern die Atombomben, die in zusätzlichen Sicherheitsbehältern (WS3 Vaults) unter den darin geparkten Tornados verbracht sind. Der Militärexperte Otfried Nassauer benennt diesen umzäunten Sicherheitsbereich für eine alte QRA-Stellung (Quick Reaction Alert), von der früher Kampfflugzeuge innerhalb kürzester Zeit aufsteigen konnten, um z.B. vom Kurs abgekommene Flugzeuge schnellstmöglich erreichen zu können. Eine Aufgabe, die mittlerweile von anderen Militärbasen erledigt wird.

Der US-Militärexperte Hans Kristensen schreibt in seinem 2005 veröffentlichten Bericht U.S. Nuclear Weapons in Europe, dass bis Mitte der 90er Jahre

für Einsatzübungen die B61-Atombomben in diese eingezäunten QRA-Stellung hinein- und heraustransportiert wurden. In Büchel befinden sich dort vier Flugzeugshelter für heute jeweils mögliche vier WS3-Sicherheitsbehälter für Atombomben. Erst nach dem Kalten Krieg wurden durch die neuen WS3-Sicherheitsbehälter, die direkt unter den Kampfflugzeugen in einigen Flugzeugsheltern eingebaut wurden, der Transport aus einem einzigen geheimen zentralen Lager unnötig. Büchel besitzt elf dieser WS3-Sicherheitsysteme in elf Flugzeugsheltern, wovon jedes einzelne Atombomben-Sicherungssystem bis zu vier B61-Bomben aufnehmen kann. D.h. in Büchel können bis zu 44 Atombomben stationiert werden, wobei Experten hier von derzeit ca. 20 Atombomben ausgehen. Es gibt auf der Basis wesentlich mehr geeignete Flugzeugshelter, wie es WS3-Sicherheitsbehälter darin gibt.

Auch kann im Gegensatz zu anderen Kampfflugzeugen der Tornado nur zwei (statt vier) B61 Atombomben tragen.

Hans Kristensen schreibt hierzu: „Das Konzept der Dezentralisierung (Verstreuung) und die örtliche Zusammenlegung von Atomwaffen mit den Flugzeugen erhöhen ihr Überleben, die Sicher-

heit und die Einsatzbereitschaft; darüber hinaus wird so eine geheimdienstliche Enttarnung reduziert.“

Konkret heißt das, dass heute die Atombomben, die überall auf der Basis in elf der vielen Flugzeug-Sheltern (Hangars) stationiert sein müssen, als Angriffsziel für einen potenziellen Feind nicht so leicht ausgemacht werden können. Welche Hangars tatsächlich einen zusätzlichen unterirdischen WS3-Sicherheitsbehälter und mit wievielen Atombomben beinhalten, unterliegt der Geheimhaltung!

Steve Baggaly, 52, aus Virginia, Susan Crane, 73, aus Kalifornien, John LaForge, 61, Bonnie Urfer, 65, beide aus Wisconsin, und Gerd Büntzly, 67, aus Deutschland sagten in einer gemeinsamen Stellungnahme: „Wir sind gewaltfrei in den Fliegerhorst Büchel eingedrungen, um die Atomwaffen, die hier gelagert werden, anzuprangern. Wir bitten Deutschland, entweder die Waffen unschädlich zu machen oder sie in die USA zurückzuschicken, damit sie dort abgerüstet werden.“ Nach einer weiteren Stunde, in der man sie durchsuchte und fotografierte, wurden die Fünf durch den Haupteingang des Militärstützpunktes wieder entlassen.



Ziviler Ungehorsam gegen Atomwaffen in Büchel

Verbotsvertragsverhandlungen der Staatengemeinschaft in den Vereinten Nationen, die genau am 27. März - ohne eine/n VertreterIn aus Deutschland! - begannen und erfolgreich am 7. Juli beendet wurden!

Verstärkung aus den USA

Direkt im Anschluss an die Verbotvertrags-Verhandlungen kam vom 12. bis 18. Juli eine elfköpfige US-Delegation nach Büchel, darunter zwei Nonnen, die Schwestern Ardeth Platte und Carol Gilbert. Sie haben beide an den

Die AktivistInnen aus den USA kamen auch nach Büchel, um über das „Modernisierungs“-Vorhaben der B61-Bombe aufzuklären, die real eine nukleare Ausrüstung darstellt. Ralph Hutchison aus Oak Ridge in Tennessee, wo der neue thermonukleare Kern für die „B61-Model 12“-Bombe hergestellt wird, sagte, dass es wichtig sei, deutlich zu machen, dass es sich hier um eine globale Bewegung handelt. Der Widerstand ge-

gen Atomwaffen beschränke sich nicht auf die USA. Das neue B61-12-Programm wird über 12 Milliarden US-Dollar kosten, und sobald die Herstellung irgendwann nach 2020 beginnt, soll Büchel frühestens ab 2024 neue Atombomben erhalten.

Diese Go-In-Aktion löste eine Pressewelle über die Sicherheit der in Büchel stationierten Atombomben aus. Diese Diskussion endete vorerst darin, den Ak-

tivistInnen die Verantwortung für einen neuen Sicherheitszaun, der 2018 für 18 Millionen Euro gebaut werden soll, zuzuschreiben. Nicht nur, dass dieser Zaunbau bereits vorher feststand, tatsächlich wird unsere Sicherheit durch die eigentliche Existenz dieser Atombomben gefährdet. AktivistIn-nen in Großbritannien haben bereits des Öfteren bewiesen, wie leicht auch diese Hochsicherheitszäune überwunden werden können. „Der Glaube an die nukleare Abschreckung ist eine Fiktion, und auch der Glaube daran, Atomwaffen sicher lagern zu können“, formulierte es der US-Aktivist John LaForge.

Erstes Resümée der Aktionspräsenz 2017

Auch dieses Jahr nahmen wieder viele kleinere Friedensorganisationen an Mahnwachen und Blockaden teil. Auffällig war, dass die Gruppen, die letztes Jahr bereits dabei waren, wie z.B. die DFG-VK Köln, Bonn goes Büchel, das Grundrechtekomitee u.a., jetzt in größerer personeller Anzahl und mit jüngeren Menschen viel selbstbewusster Blockaden durchführten. Die erworbene Ortskenntnis und das Einschätzen des polizeilichen Verhaltens führte zu mehr Sicherheit für die Protestierenden. Immerhin gab es in den letzten 20 Jahren noch kein Verfahren gegen BlockiererInnen in Büchel. Auch das Pazifik Netzwerk e.V. traute sich erstmalig, im Namen des Verbandes – nicht nur als dessen Mitglieder – an der Aktionspräsenz teilzunehmen.

Die Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges IPPNW hielten während ihrer einwöchigen Anwesenheit ein internationales Symposium und ihre jährliche Vorstandssitzung im Camp am Haupttor ab und beschlossen, ab jetzt bis zum Abzug der Atomwaffen jedes Jahr ihre Vorstandssitzung in Büchel zu machen. Erstmals blockierten sie mit Lock-on's, d.h. die Arme der Blockierenden waren in Rohren miteinander verbunden, was eine Räumung erschweren soll.

Und auch die DKP kam dieses Jahr länger und an einem Dienstwechsel-Wochentag und erstmalig mit ihren jüngeren GenossInnen aus der SDAJ, die auch mit eigenen Lock-on's sehr erfolgreich blockierten: Wartend auf die Polizei, die die Blockaden räumen sollten, standen die Soldaten in größeren Menschen-Trauben an den verschiedenen Zufahrtstoren!

Veranstaltungen und Mahnmaße, ob im Scheunen-Café im nahegelegenen

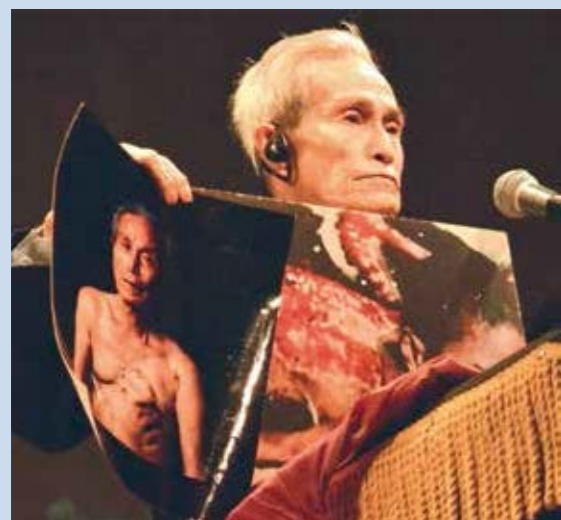
bis zur Gefahr des Zerreißen gespannt. Trotz dieser Beschwerden arbeitete Taniguchi wieder als Postbote sowie in späteren Jahren im Büro seines Postamtes.

Nach vielen demütigenden Abweisungen hatte Sumiteru Taniguchi das Glück, auf seine ihn liebende Frau Eiko zu treffen und zwei gesunde Kinder zu haben. Die Familie und die Hibakusha-Bewegung waren sein Lebensinhalt. Zusammen mit zwei anderen bekannten Hibakusha – Chieko Watanabe und Senji Yamaguchi – gründete er die Vereinigung der Hibakusha in Nagasaki (Nagasaki Hisaikyo). Er war einer der wichtigsten Antreiber, hielt sich aber lange bescheiden im Hintergrund. Erst als Krankheit und Tod der bisherigen Führungspersonlichkeiten dies erforderten, übernahm er den Vorsitz von Nagasaki Hisaikyo und wurde gleichzeitig einer von drei Co-Vorsitzenden der nationalen Dachorganisation Nihon Hindankyo. 1978 reiste er erstmals nach Europa und in die USA und sprach immer wieder auf den Veranstaltungen der Zivilgesellschaft parallel zu den Verhandlungen über atomare Abrüstung. Peter Townsend hat seine Biographie 1984 unter dem Titel „The Postman of Nagasaki“ veröffentlicht.

Ich hatte das Privileg, Mitte der 1980er Jahre mit Sumiteru Taniguchi einen Abend in seinem Haus zu verbringen. Letztmals getroffen habe ich ihn im August 2015 in Nagasaki. Sumiteru Taniguchi war ein bemerkenswerter Mensch, bescheiden und gleichzeitig überzeugt, dass es seine Mission war, der Welt auf Grundlage seiner persönlichen Geschichte die Gefahren der Atomrüstung nahe zu bringen und die Menschen aufzurütteln.

Guido Grünewald

Zur Erinnerung an Sumiteru Taniguchi *26.1.1929 †30.8.2017



Mit Sumiteru Taniguchi ist am 30. August 2017 einer der letzten Hibakusha gestorben, die auch international von ihrem Schicksal berichteten und zur Abschaffung der Atomwaffen aufriefen. (Das japanische Wort Hibakusha bedeutet auf Deutsch Explosionsopfer; als Hibakusha werden in Japan die Überlebenden der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 bezeichnet.) Taniguchi (geboren am 26. Januar 1929 in Nagasaki) war 16 Jahre alt und lieferte als Postbote Briefe auf dem Fahrrad aus, als ihn die Atombombe am 9. August 1945 erfasste. Ca. 1,8 Kilometer vom Epizentrum der Explosion entfernt, wurde fast sein gesamter Rücken von der Hitzewelle verbrannt. Sumiteru Taniguchi musste über dreieinhalb Jahre im Krankenhaus verbringen; lange Zeit konnte er nur auf dem Bauch liegen. Zeit seines Lebens litt er unter starken Schmerzen, denn sein Rücken war fast vollständig von Keloiden (wulstartig verdicktes und totes Gewebe ohne Schweiß- und Talgdrüsen) übersät, was zu unerträglicher körperlicher Hitze im Sommer und eisiger Kälte im Winter führt, zumal die Durchblutung stark gestört war. Gewicht durfte er nicht zulegen, denn das hätte die Haut

touristischen Gillenfeld oder der Burg von Cochem; Transparente von der Cochemer Moselbrücke oder der Brücke zum ehemaligen Atomwaffendepot an der Bundesstraße zum Fliegerhorst Büchel: Über 40 Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens, wie der Pfarrer Rainer Schmid mit Kreuz auf der Verkehrsinsel am Haupttor oder der Bischof Ackermann von Trier mit einer Andacht auf unserer Friedenswiese, machten direkt am Stützpunkt und regional gegen die Atomwaffen Stimmung. Direkt nach dem Zustandekommen des Verbotsvertrages waren innerhalb von 10 Tagen der Bischof, Konstantin Wecker und die Internationale Woche am Atomwaffen-Standort. Dies hat das Thema in den rheinland-pfälzischen Medien auf sehr hohem Niveau gehalten!

Ich kann als Mitwirkende des Kampagnenrates der Kampagne Büchel ist überall - atomwaffenfrei.jetzt! schon jetzt sagen, dass die diesjährigen Aktionen meine Erwartungen weit übertroffen haben und wir mit den Selbstver-



„Rüstet alle Atomwaffen ab“ fordern in Büchel FriedensaktivistInnen aus den USA

pflichtungs- und Solidaritätserklärungen weiter Aktionen an unserem Symbolort Büchel organisieren müssen. Wir müssen noch mehr Druck auf unsere Regierung für den endgültigen Abzug der Atombomben aufbauen, auch um die geplante Atombombenmodernisierung hier und international zu verhindern! Und Deutschland muss natürlich jetzt dem Verbotsvertrag beitreten!

Die Selbstverpflichtungs- und Solidaritätserklärung finden sich auf unserer Webseite (www.buechel-atombombenfrei.de) zum Ausdruck. Ich freue mich, Euch zukünftig hier zu sehen!

Marion Küpker ist Internationale Koordinatorin gegen Atomwaffen der DFG-VK.

Rostocker DFG-VK-Sommer 2017

Vielfältiges Engagement eines kleinen DFG-VK-Landesverbands in Meck-Pomm und anderswo
Von Cornelia Mennewitz

Um ein verbreitetes Klischee zu bedienen: Ja, im Sommer ist es sogar im Norden warm. Beste Aktionszeit also! Und dieses Jahr waren unsere Aktionen nicht einmal nur auf den Norden beschränkt.

Es begann, wie bei so vielen, am Tag der Bundeswehr im Juni: Die Truppe präsentierte sich diesmal in Stralsund, am Drehort der Youtube-Serie „Die Rekruten“ und auf einer gut abriegelbaren innerstädtischen Insel. An allen Zugängen standen wir mit Transparenten. Allein hätten wir das aber nicht geschafft: Die örtliche Linke hatte sich von uns anstecken lassen.

Nach tastenden Vorgesprächen war das Ergebnis umso überzeugender: selbstgemachte Plakate „Kein Werben fürs Töten und Sterben“, ein Boot mit Friedensfahnen und Transparenten vor der Feierkulisse und leidenschaftliche Diskussionen mit Besuchern, die die Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“ nicht akzeptieren wollten – so präsentierten sich die Stralsunder und Rügauer Friedensfreunde an diesem Tag. Das Militär war irritiert, die Passanten respektvoll und mitteilend. Uns blieb nur noch,

anschließend in der Innenstadt schwarze Luftballons steigen zu lassen. Wir hatten ein neues Bündnis geschaffen.

Zwiespältige Erfahrungen

Und darum schnell ab in den Süden, weitere Kontakte ausbauen: Ende Juli, An-

fang August waren wir in Büchel. Und doch wieder nicht, denn auf einen Fototermin vor dem Haupttor verzichteten wir. Wir hatten schon vor zwei Jahren Erfahrung mit einer Blockadeaktion gesammelt. Sie hatte bei uns zwiespältige Gefühle zurückgelassen. Diesmal war unser Anliegen deshalb ein anderes. Wir



Die zentrale Handlungsanweisung der DFG-VK in Cochem an der Mosel



Gemeinsamer Infostand von DFG-VK und Rostocker Friedensbündnis

wollten mit der Bevölkerung der Region ins Gespräch kommen.

■ Profilierungssüchtige Blockierer?

Der Gedanke dabei: Wenn der Protest nicht von außen kommt, sondern sich vor Ort entwickelt, wird es schwerer, den Fliegerhorst und die dort lagernden Bomben zu halten. Aber wir wollten die Menschen, die dort seit Jahrzehnten mit der Bombe leben, auch nicht belehren. Wir stellten ihnen Fragen: „1. Im Juli haben 122 Staaten in der Uno einen Atomwaffenverbotvertrag beschlossen. Deutschland hat sich an seiner Ausarbeitung nicht beteiligt. Was denken Sie darüber? 2. Wozu braucht man Ihrer Meinung nach Atomwaffen? 3. Haben Sie die Schließung der Eifel-Maar-Kaserne in Ulmen 1995-1997 miterlebt? Welche Erinnerungen haben Sie daran? 4. Glauben Sie, dass Arbeitsplätze beim Militär sichere Arbeitsplätze sind? 5. Welche zivile Nutzung für den Stützpunkt Büchel können Sie sich vorstellen?“

Diese Fragen druckten wir auf unsere Flyer und warben mit ihnen für unsere Veranstaltungen am 1. August in Ulmen, dem nächsten größeren Ort bei Büchel, und am 2. August in Cochem. Natürlich hatten wir im Frühjahr schon einmal das Terrain sondiert. Die weitere Organisati-

on verlief aber zäh: Unsere Anmeldung einer Kundgebung zum Hiroshimatomag in Ulmen wurde erst einmal im dortigen Stadtrat diskutiert. Für unsere Vortragsveranstaltung in Cochem fand sich zunächst absolut kein Saal, teils wegen nachvollziehbarer Terminkollisionen, teils aus nicht weiter benannten Gründen, teils kam aber auch gar keine Antwort.

Schließlich meldete sich das Kino zurück. Und das war ein Volltreffer, denn nun hatten wir nicht nur eine große Leinwand für die Powerpoint-Präsentation, sondern konnten zusätzlich einen Film zeigen. Dank ihm und unserer Pressemitteilung landete unsere Ankündigung auch in großer Aufmachung in der Rhein-Zeitung, der bedeutendsten Zeitung der Region. So lief dann erstens auf dem Alten Postplatz in Ulmen eine Kundgebung und ein paar Schritte weiter, am Ulmener Maar, in japanischer Tradition eine Aktion mit Kerzen sowie zweitens am nächsten Tag in Cochem eine Flyeraktion, ein Transparent-Zeigen auf einer Brücke und am Abend ein Vortrag mit dem Titel „Atomwaffen, Widerstand und der neue Atomwaffenverbotvertrag“ von einem erfahrenen Mitstreiter im Rostocker Friedensbündnis mitsamt dem japanischen Spielfilm „Schwarzer Regen“ von 1989. Letzterer

ist übrigens sehr zu empfehlen: Nicht nur, weil es überhaupt wenig Spielfilme zu diesem monströsen Thema gibt, sondern auch, weil er tatsächlich eindrucksvoll das langsame Sterben der Hiroshima-Überlebenden zeigt, noch dazu vor authentischer Kulisse.

Die Kontakte zur Bevölkerung waren dennoch spärlich, entsprachen aber einem guten Querschnitt durch die dort findbaren Menschen: die Buchhändlerin; die Friedensaktivistin, die vor Jahren erfolglos gegen die Atomwaffen in Büchel geklagt hatte; ein ehemaliger, desillusionierter Friedensaktivist; der sogenannte Mann auf der Straße; die Ur-lauber.

Und entgegen anderslautenden Behauptungen wussten die Menschen recht gut, was in Büchel läuft – bis hin zur Putzfrau auf dem Bahnhof, die uns am letzten Tag auf unser Rostock-Ortschild von „Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt“ ansprach: „Ach, sind Sie auch solche?“ Von ihr bekamen wir dann den geballten Unmut der Gegend über die Blockierer zu hören: Sie blockierten nicht nur die Einfahrt zum Stützpunkt, sondern verusachten auch kilometerlange Staus, wegen derer die Einwohner nicht zur Arbeit (nicht auf dem Stützpunkt!) und die Kinder nicht zur Schule kämen.

Der ehemalige Friedensaktivist erzählte von Profilierungsambitionen der Blockierer zulasten der Bündnisarbeit in der örtlichen Friedensbewegung. Sie waren alle keine Verfechter von Atomwaffen, sie wussten, wie problematisch Arbeitsplätze beim Militär sind, aber sie teilten die Begeisterung der „Szene“ für ihre Formen des Widerstands nicht. Das hat uns nachdenklich gemacht.

Wenn die Friedensbewegung sich letztlich nur selbst befriedigt, wird sie nichts erreichen. Wir denken übrigens inzwischen über Aktionen weiter westlich nach. Denn auch das haben wir erfahren: Die Menschen nehmen die maroden französischen und belgischen Atomkraftwerke im Grenzgebiet als eine viel größere Bedrohung wahr als die Atomwaffen in Büchel. Was findet eigentlich unsererseits dort statt?

■ Positive Aktionsbilanz

Den „Rest“ des Sommers bildeten dann unsere leichteren Übungen. Den Hiroshimatomag zu Hause begingen wir, wie nun schon traditionell, an einem Teich in einem Rostocker Park mit Texten, Gedichten, Musik und Kerzen auf dem Wasser. Auf dem Ulmener Maar war das aus

Trinkwasserschutzgründen verboten gewesen, aber hier konnten wir auch unsere neueste Konstruktion zur Wirkung bringen: Lampions auf Korkuntersetzern, die beim kleinsten Lufthauch auf der Wasseroberfläche förmlich tanzten. Diesmal auch ohne Einsammeln mit Falboot, sondern nur durch Einziehen der durch Fäden miteinander verbundenen Korkuntersetzter und kleinen Holzflöße. Klingt alles sehr technisch, kann aber auch vielleicht eine Anregung für andere sein. Die dem Anlass angemessene Stimmung war trotzdem da.

Zur „Hanse Sail“, am zweiten Augustwochenende, waren wir wieder auf dem Rostocker Kanonsberg. Die Kanonen, die letztes Mal von uns rosa eingekleidet worden waren, mussten nun schwarze Luftballons tragen, die wir steigen ließen, als am anderen Warnowufer das Kanonier- und Böllertreffen begann. Wie immer war das nur ein Teil der Militarisierung des größten „maritimen Volksfestes“: Natürlich lagen dort auch wieder Schiffe vom Marinestützpunkt, und dort war jeden Tag ein Tag der Offenen Tür. Allerdings ist ihre intellektuelle Komponente abgewandert: Das Maritime Sicherheitskolloquium, das sonst immer den Auftakt der Sail bildete, findet dort nicht mehr statt. Dafür gibt es nun jährlich eine größere Konferenz in Kiel in Zusammenarbeit mit der dortigen Uni.

Nicht wirklich eine Verbesserung! Im Umfeld tauchte auch Frau von der Leyen auf, als Podiumsgast unserer größten Regionalzeitung, flankiert von Berichten über umfangreiche Finanzausgaben für die militärische Infrastruktur im Land. Die Liebe der Politik zur Marine ist so wieso ungebrochen. Zum 800-jährigen Stadtjubiläum 2018 will der Oberbürgermeister alle Marinen der Ostseerainerstaaten nach Rostock einladen. Aber: Es gab zum zweiten Mal keinen Gottesdienst auf einem Kriegsschiff mehr. Wir hoffen, das hat ein bisschen mit uns zu tun.

Schließlich Termine, an denen wir teilnahmen: Das Friedensfest der Linken an der Seebrücke in Graal-Müritz und die abschließende Gedenkkundgebung zum 25. Jahrestag von Lichtenhagen, mit Volksfest und unserem Stand dort als wohl dem einzigen wirklichen Infostand.

Erwähnt werden soll auch noch unsere Kundgebung zum Weltfriedenstag. Für sie konnten wir eine kritische Rostocker Musikgruppe gewinnen, in der eines unserer Mitglieder spielt. Ansonsten boten wir ein Programm aus Informationen, Texten und Gedichten von Andreas Gryphius über Bertolt Brecht bis in die Gegenwart. Was wir dadurch nicht hatten: Wahlkampfreden. Genau die hatten wir vermeiden wollen.

Das ist die Bilanz unseres Sommers. Ganz gut, aber das wird vermutlich nicht so bleiben. Unsere Aktionsfähigkeit nimmt rapide ab. Alter, Krankheit, Verpflichtungen in anderen Gruppen und Organisationen, die ebenfalls unerlässliche Theoriearbeit und, last not least, Berufstätigkeit fordern ihren Tribut. Bündnisse vor Ort in unserem dünn besiedelten Land mit einer weitgehend parteigebundenen Politiklandschaft und wenig Erfahrung in Selbstorganisation werden es nicht immer reißen.

Eine Lösung wäre mehr Zusammenarbeit mit anderen DFG-VK-Gliederungen. Kommt in den Norden, nicht nur im Sommer! Die Marine wird seit mehreren Jahren, wie schon erwähnt, von Rostock aus gesteuert. Eurofighter stehen auch in Laage, samt Ausbildungszentrum. Drohnen sollen auch die Korvetten bekommen, deren Heimathafen ja bekanntlich Rostock ist. So viel Jubel über Militarisierung wie in der offiziellen Politik in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern wird man selten irgendwo finden. Also: Wir haben alles, was wir nicht haben wollen. Seid dabei, wenn wir etwas dagegen tun! Ideen gibt es genug.

Cornelia Mannewitz ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und aktiv in Rostock und im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

Von Bass bis Sopran – gemeinsam gegen Rüstungswahn

DFG-VK und „Lebenslaute“ blockieren Bundeswehr-Fliegerhorst in Jagel bei Schleswig



Im schleswig-holsteinischen Jagel ist das Taktische Luftwaffengeschwader 51 der Bundeswehr stationiert. Der Fliegerhorst ist der zentrale Stützpunkt für die Kriegführung mit Drohnen. Seit Jahren protestiert der dortige DFG-VK-Landesverband gegen Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und -beteiligung in Jagel und fordert „Bundeswehr abschaffen“. Im August wurde eine gemeinsame Aktion mit der Musikgruppe „Lebenslaute“ durchgeführt, bei der ungefähr 100 Menschen sämtliche Einfahrten des Fliegerhorstes blockierten. Seit 1986 engagieren sich bundesweit MusikerInnen unter dem Namen „Lebenslaute“ einmal jährlich in Chor- und Orchesterstärke. Als Musik- und Aktionsgruppe bringen sie dabei „überwiegend klassische Musik gerade dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflughäfen, vor Atomfabriken und Raketendepots, in Ausländerbehörden und an anderen menschenbedrohenden Orten“, wie es auf der Homepage www.lebenslaute.net heißt.

Kann denn Friede Sünde sein?

Der Philosoph Wilfried Hinsch analysiert die moralphilosophischen Schwächen des radikalen Pazifismus

Von Anselm Oelze

Ein einfacher und zugegebenermaßen etwas platter Witz, der die Natur und zugleich das Problem des Pazifismus beschreibt, könnte wie folgt lauten: Treffen sich ein Pazifist und ein Militär. Sagt der Pazifist: „Ich will Frieden.“ Sagt der Militär: „Ich auch.“

Die Natur des Pazifismus, Frieden anzustreben, ist also auch sein Problem, unterscheidet er sich doch in diesem Ziel nicht notwendig vom Bellizismus. Der entscheidende Unterschied liegt vielmehr in der Wahl der Mittel und Wege zur Erreichung dieses Ziels. Es ist das berühmte (und vom 2014 verstorbenen DFG-VK-Urgestein Ulli Thiel entwickelte) „Frieden schaffen ohne Waffen“, das den Unterschied ausmacht.

Doch steht, wer im Gegensatz dazu die Parole „Frieden schaffen mit Waffen“ ausübt, automatisch jenseits des pazifistischen Lagers? Ist, wer den Einsatz militärischer Mittel manchmal für geboten und teilweise für unausweichlich hält, automatisch ein Bellizist?

„Aufgeklärter Pazifismus“?

Mit diesen Fragen setzt sich der Kölner Philosoph Wilfried Hinsch in seinem neuen Buch „Die Moral des Krieges. Für einen aufgeklärten Pazifismus“ auseinander. Hinsch ist in der Friedensbewegung kein Unbekannter. Schon 2006 hatte er gemeinsam mit Dieter Janssen ein Plädoyer für humanitäre Interventionen unter dem Titel „Menschenrechte militärisch schützen“ veröffentlicht. Er ist dafür auf Podiumsdiskussionen von Mitgliedern der Friedensbewegung als Kriegstreiber beschimpft worden. Insofern mag es zunächst überraschen, dass er nun explizit für Pazifismus eintritt. Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen radikalen, sondern – so die Wortwahl Hinschs – um einen aufgeklärten Pazifismus. Doch was ist darunter zu verstehen? Und warum hält er nur diese Form des Pazifismus für moralisch vertretbar?

Unter einem aufgeklärten Pazifismus versteht Hinsch in Anlehnung an eine Unterscheidung des Schweizer Theologen Stefan Grotefeld einen Pazifismus im weiteren Sinne. Dieser unterscheidet

sich vom radikalen Pazifismus oder von Pazifismus im engeren Sinne darin, dass er kein absolutes, sondern nur ein allgemeines Tötungsverbot akzeptiert. Das heißt, in begründeten Ausnahmefällen, etwa im Falle von Notwehr oder Nothilfe, kann die Tötung von Menschen nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten sein. Dabei zeigt der Kölner Philosoph durchaus Verständnis für die ablehnende Haltung gegenüber einer solchen Position. Historisch gesehen ist sie insbesondere in Deutschland durch die beiden Weltkriege diskreditiert. Und auch moralisch erscheint ein radikaler Pazifismus zunächst attraktiver, respektiert er doch das Recht auf Leben aller.

Dennoch sieht Hinsch deutliche Schwächen bei dieser Position. Historisch verschließt sie sich den weltpolitischen Realitäten, die spätestens seit 1990 an der Tagesordnung sind, etwa die sogenannten neuen Kriege und der internationale Terrorismus. Wer in jeder Situation für jeglichen Gewaltverzicht plädiert, kann bei Völkermorden wie jenem in Ruanda 1994 nur hilflos zusehen. Genau diese Haltung ist nach Hinschs Auffassung jedoch auch moralphilosophisch problematisch. Denn geht mit dem Recht auf Leben nicht die Pflicht einher, es zu schützen, notfalls auch mit Waffengewalt?

Kein „Freifahrtschein“ für militärische Aktionen

Die Argumente, die selbst in solchen Situationen gegen den Einsatz von Waffen sprechen, sind hinlänglich bekannt und werden von Hinsch bemerkenswert klar und ausführlich diskutiert. Gleichwohl kommt er zu dem Schluss, dass eine pazifistische Moral auch eine Moral des Krieges entwickeln muss, wenigstens solange, wie weltweit noch keine paradiesischen Zustände herrschen.

Im Hauptteil seines Buches entwickelt er eine solche Moral im Anschluss an den Gerechtigkeits-theoretiker John Rawls. Interessant ist, dass diese keineswegs einen Freifahrtschein für militärische Aktionen ausstellen soll – im Gegenteil. Vielmehr entwickelt er klare, wenngleich nicht durchweg originel-

le, Kriterien für solche Aktionen. Ziel ist es, einzugrenzen, wann (wenn überhaupt) ein Gewaltein-satz gerechtfertigt sein kann, nämlich lediglich bei schwersten Menschenrechtsverletzungen. Im besten Falle sollte ein solcher Einsatz unter Führung der Vereinten Nationen geschehen und im allerbesten Falle gar nicht nötig werden, weil zuvor ausreichend Mittel zur Gewaltprävention zur Verfügung standen.

Letztllich versucht Hinsch also nichts anderes, als eine moralphilosophische Basis für jene „internationalen Polizeieinsätze“ zu entwickeln, die auch prominente DFG-VK-Mitglieder, etwa die Theologin Margot Käßmann oder der Journalist Andreas Zumach, für legitim und – leider – manchmal unausweichlich halten.

Können Menschenleben aufgerechnet werden?

Dass bei solchen Einsätzen dann der Schutz des Lebens vieler durch den Tod des Lebens anderer erkaufte wird, ist eine offenkundige Schwäche eines solchen aufgeklärten Pazifismus. Denn obwohl Hinsch dies verneint, kommt er um eine utilitaristische Aufrechnung von Leben – wenige gegen viele – nicht herum. So gesehen muss man seine Position auch nicht widerspruchlos teilen.

Gleichwohl muss man sich mit ihr argumentativ auseinandersetzen. Denn im besten Falle ist die Wahl der Mittel zur Erreichung des Friedens Gegenstand demokratischer Auseinandersetzung. Und in diesem Falle muss – ob es gefällt oder nicht – selbst der radikalste Pazifist zur Waffe greifen: nämlich zu der des besseren Arguments.

Wilfried Hinsch: Die Moral des Krieges. Für einen aufgeklärten Pazifismus. München/Berlin/Zürich 2017; 272 Seiten; 22,00 Euro



„Bürger in Uniform“: Ein Lehrstück

Wie Militär, Politik und Justiz nicht gegen Völkerrechtsverbrecher, sondern gegen deren Kritiker zu Felde zogen: Bilanz eines Oberstleutnants

Von Frank Brendle

Jürgen Rose dürfte vielen DFG-VK-Mitgliedern ein Begriff sein: Er gehörte früher zu den wenigen Bundeswehrangehörigen, die sich der Friedensbewegung zurechneten. Als Oberstleutnant der Bundeswehr hatte er sich gegen den Kriegskurs seiner Führung engagiert, was ihn am Ende seine Karriere kostete. Rose hat mittlerweile eine zweibändige Sammlung über seinen Fall veröffentlicht, die die Geschichte eines Soldaten erzählt, der seine Rolle als Staatsbürger in Uniform ernst nahm, und deswegen ins Visier von Generälen, (konservativen) Politikern und Justiz geriet.

... ist selbst ein völkerrechtliches Delikt.“

Stein des Anstoßes war der Überfall der USA auf den Irak im Jahr 2003, den die damalige SPD-Grünen-Regierung unterstützt hatte, indem sie britische und US-Kasernen bewachte, den Angreifern Überflugrechte überließ usw. Diese Unterstützung stoße, so befand das Bundesverwaltungsgericht zwei Jahre später, auf gravierende völkerrechtliche Bedenken: „Die Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist selbst ein völkerrechtliches Delikt.“

Allerdings hatte dieser Urteilsspruch keinerlei Konsequenzen für die Verantwortlichen. Rose warf daraufhin in der Zeitschrift *Ossietzky* die Frage auf, woran es denn liege, dass deutsche Generäle so willig an einem Völkerrechtsbruch mitgewirkt hatten: „Dass die Generalität infolge intellektueller Insuffizienz nicht hatte erkennen können, was da vor sich ging, wird man mit Fug und Recht ausschließen können. Da Dummheit ergo auszuschließen ist, bleibt nur noch die zweite Alternative zur Erklärung – und die lautet: Opportunismus, Feigheit, Skrupellosigkeit... Hätte die deutsche Generalität auch nur einen Funken Ehrgefühl sowie Rechts- und Moralbewusstsein im Leibe“, so hätte sie sich weigern müssen, „den völkerrechts- und verfassungswidrigen Ordres der rot-grünen Bundesregierung Folge zu leisten.“ Starke Tobak, der Folgen hatte: Ein Truppendienstgericht verurteilte Rose zu einer Disziplinarbuße von 750 Euro, weil

er mit seiner „Schmähkritik“ die Würde der Generäle verletzt habe.

Das war keine Überraschung. Die erfolgte dann aber vor dem Bundesverfassungsgericht, das die Einschätzung der Militärjuristen ausdrücklich zurückwies: Der Artikel sei weder eine Schmähkritik noch eine Verletzung der Menschenwürde, er stelle vielmehr „eine Kritik in der Sache am fehlenden Wertebewusstsein im Umgang mit dem Irak-Krieg“ dar. Einerseits.

Andererseits fanden auch die Karlsruher Richter, Rose habe den Bogen überspannt: Es sei „nicht zu verkennen, dass die gewählte Form der Meinungsäußerung ... geeignet war, die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr empfindlich zu stören“ – weswegen das Urteil des Truppendienstgerichtes am Ende doch bestätigt wurde.

Auch der Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte änderte nichts mehr: Dieser stellte ausdrücklich die „Reputation der Generäle“ unter Schutz und warf Rose vor, mit seiner Kritik „jede vernünftige Form überschritten“ zu haben.

Die Frage nach der Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges bzw. der deutschen Unterstützungsleistungen wurde von beiden Gerichten ausgeblendet. Im Kern laufen ihre Urteile auf die Aussage hinaus: Kritik an einem Völkerrechtsbruch muss leise formuliert werden, und sie darf keineswegs die Fähigkeit der Bundeswehr, eben diesen Völkerrechtsbruch zu begehen, gefährden.

Wortgewaltig, polemisch ... und berechtigt

Nun sind Roses Schriften in der Tat wortgewaltig. Da steht kaum ein Satz, den er nicht mit einem halben Dutzend Attribute füllt. Die geballte Polemik in seinen Texten macht das Lesen auf Dauer durchaus anstrengend. Auch inhaltlich mag man ihm nicht immer folgen: So wirft er den Richtern vor, sie hätten wohl auch das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 als rechtswidrige Funktionsbeeinträchtigung der Streitkräfte bewertet. Die Märtyrperose à la Stauffenberg ist doch arg überzogen.

Das ändert aber nichts daran, dass ein lauter Aufschrei allemal berechtigt ist, wenn die Generalität einen Völkerrechtsbruch begeht. Und noch skandalöser ist es, wenn sie damit ungeschoren davonkommt, während ein untergeordneter Soldat gemäßregelt wird, weil er diesen Vorgang „zu polemisch“ anprangert. Denn wie, wenn nicht durch laute Töne, will sich ein Einzelner im Medienschwungel Gehör verschaffen? Rose selbst schreibt, er habe es auf die Gerichtsverfahren bewusst angelegt, weil er sich ein höchst richterliches Verdikt erhofft habe, das die Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges bzw. der deutschen Unterstützungsleistungen klipp und klar feststellen sollte.

Ein riskantes Spiel, das am Ende nicht aufging. Was Rose aber gelungen ist: Aufzeigen zu lassen, was einen Soldaten erwartet, wenn er es mit der Verfassung genau nimmt.

Die beiden Bände, die den Skandal Stück für Stück dokumentieren, wischen etwaige Illusionen über die Möglichkeiten eines „Bürgers in Uniform“ vom Tisch.

Erhard Crome (Hrsg.): Ausgedient. Die Bundeswehr, die Meinungsfreiheit und die „Causa Rose“; 2 Bände, Schkeuditz 2016; 646 Seiten; 30 Euro

Neuer Datenschutzbeauftragter

der DFG-VK ist Frans Valenta aus der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg. Der DFG-VK-BundessprecherInnenkreis bestellte Frans Valenta, der auch in der Deutschen Vereinigung für Datenschutz aktiv ist, auf seiner Sitzung Anfang Oktober. In einer der nächsten Ausgaben der **Zivil Courage** wird die Frage Datenschutz in der DFG-VK und die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten thematisiert werden.

Kontakt:
Datenschutzbeauftragter@dfg-vk.de

Ermutigung zur Mitarbeit am Projekt „Ernstfall Frieden“

Wolfram Wettes Buch zeigt: Ein anderes Geschichtsgedächtnis ist möglich (und nötig)

Von Peter Bürger

Das zur Jahreswende erschienene Werk *Ernstfall Frieden* von Wolfram Wette betrachte ich als herausragendes pazifistisches Buchereignis. Die Zeit drängt. Aktion tut Not. Lesen hilft, Energien freizusetzen und Sackgassen zu meiden. Meine im Folgenden ausgeführte Buchempfehlung enthält viele Elemente einer Rezension. Gleichwohl möchte ich sie nicht als Rezension bezeichnen.

Jahrzehntelange Mühen um eine „Geschichtsschreibung im Dienst des Friedens“ (Dieter Riesenberger) und zahlreiche pazifistische Einsprüche aus den letzten Jahren sind eingeflossen in diese Neuerscheinung. Meine Seitenvermerke zum Buch nebst kurzen Stichworten füllen bei mir fünf große Blätter. Eine Rezension ohne Etikettenschwindel und mit Behandlung auch der kontroversen pazifistischen Standpunkte wäre ohne den doppelten Seitenumfang nicht zu bewerkstelligen. Hinter der Buchempfehlung steht mein ganz persönliches Lektüre-Fazit: Der Autor führt seine Leser durch Abgründe der deutschen Geschichte – jedoch ohne Fatalismus. Am Ende bin ich nicht niedergedrückt, sondern ermutigt und orientiert zur Mitarbeit am Projekt „Ernstfall Frieden“.

Wer von den beiden Weltkriegen spricht, kann vom preußischen Militarismus nicht schweigen

Das Buch ist keine Kriegs-Geschichtsschreibung, sondern ein Friedensdiskurs entlang der geschichtlichen Kriegs- und Friedensdiskurse. Mit dem Inhaltsverzeichnis und dem Untertitel „Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914“ wird der Zeitraum eines Jahrhunderts abgesteckt. Hundert Jahre bis zur Gegenwart, das ist – von verschiedener Warte aus betrachtet – zu wenig oder auch zu viel. Die beiden von Deutschland zu verantwortenden Weltkriege waren keine unerklärlichen „Jungfrau-Geburten“, sondern Erzeugungen einer ganz und gar männlichen sowie ganz und gar deutschen Gewalt-„Religion“.

Heinrich Heine sah – eingedenk der Totalitäten im deutschen Denkerkosmos – schon 1834 etwas nie Dagewe-

senes auf die Menschheit zukommen: „Der deutsche Donner ist freilich auch ein Deutscher und ist nicht sehr gelenkig und kommt etwas langsam herangeroollt; aber kommen wird er, und wenn Ihr es einst krachen hört, wie es noch niemals in der Weltgeschichte gekracht hat, so wißt, der deutsche Donner hat endlich sein Ziel erreicht.“

Der im Krieg gezeugte erste deutsche Nationalstaat markiert nicht das Ende, sondern die Inflation von „Preußens Gloria“. Die auch im kleinsten Dorf agierenden Schulmeister und Kriegervereine missionierten das Kaiserreich mitnichten unter den Vorzeichen von Humboldtschem Bildungshumanismus und Kants „Ewigem Frieden“.

Wer von der neueren deutschen Geschichte sprechen will, darf vom preußischen Militarismus und von der mit diesem einhergehenden Menschenverachtung nicht schweigen. Erschreckend sind die Warnrufe (und einzelne Ansätze zu Selbsterkenntnis) im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Um 1900 kann die Militarisierung der deutschen Landschaften als weitgehend abgeschlossen gelten. Freilich muss mit Blick auf das Kommende zwingend von Kapitalismus und Imperialismus die Rede sein. Doch dies meinen auf „globalgalaktische Weise“ auch solche Autoren, die mitnichten antikapitalistisch und antiimperialistisch eingestellt sind. Ihnen geht es darum, die von Preußen ausgehende – durchaus spezifisch „deutsche“ – Heilslehre des Kriegerischen unten den Tisch fallen zu lassen. Mit Wolfram Wette, der ein prominenter Vertreter der kritischen Militarismus-Forschung ist, sollte man hingegen weit zurückgehen, um besser zu verstehen, was dem deutschen Kriegsdonnern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lange im Voraus den Weg bereitet hat. Diese Notwendigkeit wird im neuen Werk auch verdeutlicht.

Mit diesem Buch kann das Gedenkjahr 2018 vorbereitet werden

Nun behandelt Wolfram Wette jedoch das Jahrhundert ab 1914 keineswegs in gleichgewichtigen Kapiteln. Auf weiter

Strecke sind der Erste Weltkrieg und seine Folgen die maßgeblichen Bezugspunkte der Darstellung. Die deutschen Militärs wussten 1914, dass ihr Kriegsvotum Europa in ein Schlachthaus verwandeln würden. Hat am Ende im Gedenkjahr 2014 doch die Geschichtsverdrehung der revisionistischen Bestseller obsiegt, womit dann auch die Anschauung durchgesetzt wäre, es gäbe gar keine besonderen „Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914“? Man nehme sich nur den Wikipedia-Eintrag zu Herfried Münklers Werk „Der Große Krieg“ (2013) vor. Das Beste an diesem „arglosen“ Artikel ist die in den Fußnoten untergebrachte Verlinkung zu einer Rezension von Rudolf Walter. Ansonsten geht es in diesem Wiki-Eintrag so schlafwandlerisch zu wie im referierten Werk. Die hohen Auflagen der beiden Bücher von Christopher Clark, dem Preußen-Liebhaber, und von Herfried Münkler, dem Ratgeber der Regierenden, können uns nicht gleichgültig sein: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.“ (George Orwell: *Nineteen Eighty-Four*, 1949)

Es bestehen durchaus Aussichten, dass angesichts dessen, was der Papst einen „Weltkrieg auf Raten“ nennt, die Einflüsterungen der Revisionisten schon bald nicht mehr auf so viele leichtgläubige Ohren stoßen werden. Nun wird das Weltkriegs-Gedenkjahr 2018 vorbereitet. Wolfram Wettes Buch „Ernstfall Frieden“ steht hierbei zu Diensten. Es zeigt: Ein anderes Geschichtsgedächtnis ist möglich!

Gemeinhin wird diagnostiziert, die Weimarer Republik sei so etwas wie eine Demokratie ohne Demokraten und deshalb ohne Bestand gewesen. Das ist vielleicht weniger als die halbe Wahrheit. Ein schlimmes Erbe der Republik blieb der Militarismus, wie in Abteilung II von *Ernstfall Frieden* aufgezeigt wird.



1917 in der Schweiz veröffentlicht, im deutschen Kasierreich sofort verboten

Vielfach wird auch heute noch oder wieder behauptet, die verantwortlichen Staatshäupter der europäischen Großmächte seien gleichermaßen fahrlässig in den Weltkrieg „geschliddert“ oder hinein „geschlafwandelt“. Doch bei genauem Hinsehen erweisen sich solche Verlautbarungen rasch als Legenden und Rechtfertigungslügen im Sinne althergebrachter deutscher Unschuldpropaganda.

Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, die Kriegszieldebatte, so der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, sei nichts weiter „als ein Stimmengewirr“ gewesen – getreu dem Motto: Wer sich verteidigt, der hat auch keine Eroberungen im Sinn.

Das Gegenteil ist der Fall, wie die von dem sozialdemokratischen Politiker Salomon Grumbach, einem gebürtigen Elsässer, bereits 1917 veröffentlichte Dokumentensammlung „Das annexionistische Deutschland“ belegt.

In der Schweiz publiziert und im Kaiserreich sofort verboten, hat sie nun der Bremer Verleger und Historiker Helmut Donat in einer erweiterten Fassung wieder ans Tageslicht gefördert. Der fast 700 Seiten starke Band verdeutlicht, in welchem Ausmaß die große Mehrheit des deutschen Volkes nicht nur gewisse Gebietserweiterungen, sondern ein ganzes Annexionsystem anstrebte, das nicht allein Kolonien in Afrika oder Regionen in Asien betraf, sondern seine Fangarme vor allem nach europäischen Gebieten im Osten und Westen ausstreckte. Grumbach führt sie alle vor: Politiker, Militärs, Regierungsbeamte, Militärs, Wirtschaftsvertreter, Professoren, Schriftsteller, Pfarrer und Priester, die gesamte bürgerliche Presse und die politischen Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Kirchen, Verbände, Institute, Gesellschaf-



ten, Handelskammern, Körperschaften. Großen Raum nehmen die in Zeitschriften, Büchern und Broschüren erhobenen Forderungen ein.

Die Fülle der von Salomon Grumbach dokumentierten Proklamationen für einen deutschen „Siegfrieden“ ist erdrückend, obwohl seine Sammlung nur bis zum Sommer 1916 reicht. Nimmt man hinzu, was Donat in einem längeren Beitrag an Quellen und Hinweisen für den Zeitraum danach hinzugefügt hat, dabei auch eine Reihe von Vorkriegsannexionisten berücksichtigend, schlagen die in Worte gekleideten Raubgelüste dem Fass geradezu den Boden aus.

Da redet z.B. der Justizrat Heinrich Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, von „Umsiedlungen“ nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, fordert, Frankreich nicht nur zu unterjochen, sondern ihm zugleich aufzuerlegen, seine Bürger zugunsten deutscher Siedler selbst zu vertreiben. Nichts gilt mehr: Kein Selbstbestimmungs-, kein Wohn-, kein Bleibe- oder Heimatrecht – nur noch das Recht des Stärkeren über den Besiegten. Von Siegestrunkenheit, Annexionsgier, Eroberungslust, Rücksichtslosigkeit und Missachtung fremder Nationalitäten ist auch das noch im Juni 1918 vorgebrachte Verlangen des Grafen von Roon, Führer der Deutschkonservativen Partei im Preußischen Herrenhaus, durchdrungen. Belgien und große Teile Nordfrankreichs sollen deutsch werden, England hat seine Kriegsflotte an Deutschland abzutreten, Erstattung al-

ler Kriegskosten durch Amerika, England und Frankreich etc. Auch hier lautet das Motto: Ist der Sieg erst einmal unser, diktieren wir den Feinden unsere Bedingungen, ohne Mitgefühl oder sonstige Sentimentalitäten.

Ebenso ins Auge sticht die Kontinuität der Kriegsziele 1914-1918 zu denen von 1939-1945; sie wird u.a. verkörpert von dem Schriftsteller, Romancier und späteren NS-Literaturpapst Adolf Bartels, der es vor und nach 1933 als seine besondere Aufgabe betrachtete, das deutsche Schrifttum von jüdischen Einflüssen zu befreien. Bereits im August 1914 sprach er sich in einer Denkschrift für den Erwerb deutschen Lebensraumes im Osten und in Russland aus und empfahl, die Ostjuden und Polen der betroffenen Gebiete umzusiedeln sowie bis zum Schwarzen Meer vorzustoßen.

Wie Grumbachs Sammlung zeigt, stellen Bartels, Roon und Claß mit ihrer Eroberungswildheit keineswegs eine Ausnahme dar. Das Dritte Reich hat später ausgeführt, was sie und andere bereits im Ersten Weltkrieg zu realisieren gedachten. Vor dem Hintergrund der in allen Volksschichten weit verbreiteten Kriegszielforderungen und dem Ausmaß größenwahnsinniger Weltmachtambitionen erweisen sich nicht zuletzt der Alldeutsche Verband und die im September 1917 gegründete „Deutsche Vaterlandspartei“ als frühe Brutstätten der Nationalsozialisten. Ohne den Krieg von 1914 bis 1918 – und das Festhalten am Weltmachtsanspruch danach – kein Zweiter Weltkrieg.

Salomon Grumbach: Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten 1914-1918. Bremen 2017; 72 Seiten; 29,80 Euro

Es gab keinen Bruch mit dem Schwertglauben und weithin auch keinen Abschied von den alten kriegerischen „Eliten“. Die Soldaten durften nach Ausrufung der Republik das Mordhandwerk im Inneren weiter ausüben – und das gar unter Weisungen eines „National-Sozialdemokraten“ wie Gustav Noske. Die preußische Parole hatte schon 1848 gelautet: „Gegen Demokraten / helfen nur Soldaten.“ Die militaristische Rechte der Weimarer Zeit setzte dem etwas hinzu, was man so zusammenreimen könnte:

„Gegen Pazifisten / helfen nur Haubitzen.“ Die Pazifisten der Weimarer Zeit wurden an den Rand gedrückt, diskriminiert und manchmal auch schon tödlich bedroht. Einige von ihnen waren mutige „Whistleblower“ und enthüllten, wie im Geheimen ein neues deutsches Kriegswesen entstand.

Heute beschleicht uns ein Grauen, wenn wir die frühen Warnungen vor den Folgen von Antisemitismus und Militarismus einer Relecture unterziehen. Eine solche Relecture war freilich

nach Ende des zweiten Weltkriegs noch nicht erwünscht. Wer allein nur die Quellen zur Geschichte des Pazifismus in der Weimarer Republik zur Kenntnis nimmt, ist schon davor gefeit, den deutschen Faschismus irgendwie als Ergebnis einer plötzlichen Volksverführung im Jahr 1933 zu deuten.

Mit Blick auf die Entwicklung nach 1945 und Gegenwartsphänomene sollten nicht leichtfertige Vergleiche mit der Weimarer Republik angestellt werden, zumal dann nicht, wenn Hinweise

Einladung zum „heiligen Sterben“

Katholische Kirche und Zweiter Weltkrieg

Wahlergebnisse und Umfragen der letzten Jahre belegen eine deutliche Zunahme rechtsextremer Auffassungen und intellektuell-medialer Aktivitäten. Offenbar sind diffus nationalistische, fremdenfeindliche und antisemitische Stimmungen, Vorurteile und Einstellungen in weiten Bevölkerungskreisen tief verwurzelt und in Zeiten sozialer und politischer Verunsicherung und Perspektivlosigkeit für rechte Agitation leicht abrufbar. Die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ und der Mythos vom sogenannten „Heldentod“ deutscher Soldaten in zwei verbrecherischen Weltkriegen leben auf. Der kritische Umgang mit der eigenen Geschichte und den Gräueltaten soll revidiert werden.

Der neue Band „Katholische Kirche und Zweiter Weltkrieg“ mit Beiträgen von 14 Autoren verdeutlicht, dass man bei genauem Hinsehen wenig stolz sein kann auf das Verhalten deutscher Offiziere und Soldaten. Das gilt auch für die Vielen, die als Dichter, Journalisten, Vertreter der Kirchen etc. an der „Heimatfront“ dem NS-Regime die Hand reichten und den Krieg rechtfertigten. Wohl gab es Soldaten, die sich in große Bedrängnis geraten, als tapfer erwiesen und über sich hinausgewachsen sind, indem sie Kameraden retteten und in auswegloser Lage Menschen in Not beistanden. Der historische Befund der Autoren lässt aber keinen Zweifel zu: Auch die katholische Kirche hat die Kriegsführung Hitlers unterstützt, ihr „Spitzenpersonal“ ebenso wie die Militärseelsorge. Viele Theologen luden geradezu zum „heiligen Ster-



ben“ ein. Kriegerische Bischofsworte waren keine Seltenheit. Die Feststellung, „die Kirche“ habe versagt, bildet aber nicht die ganze Wirklichkeit ab. Als ungehorsam und immun gegenüber dem verbrecherischen NS-System erwiesen sich nicht zuletzt der von Wolfram Wette behandelte „Judenretter“ und Feldwebel Anton Schmid oder der von Jakob Knab in Erinnerung gebrachte katholische Leutnant Michael Kitzelmann, der sich gegen den Vernichtungskrieg im Osten wandte. Beide verloren ihr Leben. Ihnen, den nichtkonformen Laien und Priestern, sowie den Verweigerern von Morden gebührt unsere Anerkennung.

Das verständlich geschriebene Buch bietet jedem historisch interessierten Leser nicht nur die Möglichkeit, aus den zwei Weltkriegen wichtige Lehren zu ziehen, es zeigt Handeln gegen die neue Revolte von rechts auf.

Und: „Die einzig gerechte Sache ist der Frieden.“ (Papst Franziskus)

Peter Bürger (Hrsg.): „Es droht eine schwarze Wolke“. Katholische Kirche und Zweiter Weltkrieg. (Im Auftrag von pax christi – Deutsche Sektion e.V. Internationale Katholische Friedensbewegung) Bremen 2017; 336 Seiten, 16,80 Euro

auf entscheidende Unterschiede fehlen. Wolfram Wette legt großes Gewicht auf die Unterschiede (siehe unten). Er wirft jedoch die Frage auf, ob in der Berliner Republik die zentrale Lehre „Nie wieder Krieg!“ ihre Verbindlichkeit verliert. Die diesbezügliche Sorge ist mehr als berechtigt. Der letzte Text der Neuerscheinung trägt die Überschrift: „Die richtigen Lehren aus 1914: Deeskalation und nicht-militärische Konfliktbearbeitung.“

Ein zweites und drittes „Buch im Buch“

Die 26 Kapitel des Buches *Ernstfall Frieden* basieren auf Arbeiten, die verstreut schon in anderen Zusammenhängen ver-

öffentlicht worden sind. Durch kluge Redaktion, Umarbeitung und Kürzungen ist jedoch ein neues Werk mit planmäßigem Gesamtaufbau – und wenigen Wiederholungen – entstanden. Ich empfehle unbedingt eine chronologische Lektüre des Bandes. Die Anmerkungen konzentrieren sich auf solide Quellennachweise. Sie werden im Anhang dargeboten. Für diese Lösung gibt es einen guten Grund, denn zwei weitere „Ebenen“ ergänzen im gesamten Buch fortlaufend die Darstellung von Wolfram Wette.

Dies betrifft zunächst die vielen historischen Quellentexte, die in Kastenform eingebaut sind und den Lesern die Möglichkeit bieten, das jeweilige Thema über einen genauen „Wortlaut“ zu ver-

tiefen. In der Auswahl überwiegen deutlich die „pazifistischen Lehren aus der Geschichte“. Der Bellizismus ist nicht allmächtig. Ein Einspruch ist möglich. Menschen, denen es gegeben war, ihre Großhirnrinde zu nutzen, haben die Abgründe von zwei Weltkriegen lange vorausgesehen. Die Menschenschlächtereien waren eben nicht das Ergebnis von Schlittschuh-Unfällen und sonstigen Zufällen. Die Jahreszahlen unter den Zitaten, in denen das Verbrechen weit im Voraus angekündigt oder befürchtet wird, können Erstaunen und Entsetzen bewirken. Die Quellentexte sind ein äußerst anregender Bestandteil des Bandes.

Außerdem gibt es im Buch über 500 Abbildungen. Auch hier, im Illustrationskonzept, wird der pazifistischen Linie ein klarer Vorrang zugestanden. Zu sehen sind z.B. die Titelblätter bedeutsamer Friedensklassiker: Seht her, es gab diese weitsichtigen Werke wirklich, und wer die Kulturtechnik des Lesens beherrscht, für den stehen Digitalisate und wohlfeile Neueditionen bereit!

Zudem werden Menschen gezeigt, Kriegsverbrecher und – weitaus mehr – Friedensarbeiter. Ein Gesicht zu zeigen, das vermittelt im Bild: Wir wollen nicht von Naturkatastrophen sprechen, sondern von Menschen, die – so oder so – Verantwortung übernehmen für die Wege der Menschenwelt. Mitunter ist bei der Illustration eine gute List am Werke: Schon auf Seite 8 schaut uns ein sympathischer Gustav W. Heinemann an, was wir wohl als programmatische Ansage werten dürfen. Wolfram Wette hilft mit seinen Ausführungen selbst orthodoxen Linken, den bösen Revisionisten Eduard Bernstein (1850-1932) mit wohlwollenden Augen zu betrachten. Das zugehörige Porträtfoto zeigt ein Gesicht, dass man spontan liebhaben kann.

Freilich sind in der Kriegslinie und der Friedenslinie gleichermaßen die Männer überrepräsentiert (vgl. auch das Personenregister). Der subversive Pazifismus von Frauen ist in zurückliegenden Zeiten – trotz Bertha von Suttner – zumeist nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten. Die entsprechenden Herausforderungen für Geschichtsschreibung und Zukunft des Pazifismus können an dieser Stelle nicht diskutiert werden.

Ein bedeutsamer Teil der Buchillustrationen besteht aus antimilitaristischen (sowie antifaschistischen) und pazifistischen Graphiken. Kenner werden schnell merken, dass hier ausgewählte Schätze und nicht etwa leicht zugängliches „gemeinfreies Digitalgut“ aus dem

Internet zusammengetragen worden ist. Die Bildbotschaften zeigen die Kunst als unverzichtbare Säule der pazifistischen Geschichtslinie. Viele der mit Pinsel, Kohlestift oder Kamera bewerkstelligten Empörungen wider den Krieg könnten im 125. Jubiläumsjahr der 1892 gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft gute Dienste leisten. Es lohnt sich, den Fundus der Antikriegs-Bilder aufzusuchen. Utopisch – ortlos – bleibt allerdings bis zur Stunde jene Herausforderung an eine pazifistische Kunst, die Wim Wenders und Peter Handke im Drehbuch zum Filmklassiker „Der Himmel über Berlin“ (BRD/Frankreich 1986/87) so bedacht haben: „Noch niemandem ist es gelungen, ein Epos des Friedens anzustimmen. Was ist denn am Frieden, dass er nicht auf die Dauer begeistert und dass sich von ihm kaum erzählen lässt?“

Die Quellentexte und Illustrationen im Buch *Ernstfall Frieden* hat der Historiker und Verleger Helmut Donat zusammengestellt, wofür ihm der Autor Wolfram Wette eine freundschaftliche Danksagung (S. 629) ausspricht.

Ein Nachtrag zur Aufgabenstellung: „... die bürgerliche Gesellschaft vor sich selbst zu retten“

In den USA, so meinte Jakob Augstein in einer Kolumne Ende letzten Jahres, stehe die Machtübernahme von Milliardären und Militärs bevor (Spiegel-Online, 15.12.2016). Es gelte, „die bürgerliche Gesellschaft vor sich selbst zu retten“. Die Radikalisierung des „Bürgertums“ vollzieht sich jedoch mitnichten nur jenseits des Atlantiks im Sauseschritt. Der AfD-Politiker Alexander Gauland hat schon 2012 – damals noch als CDU-Mitglied – eine Rückkehr zur preußischen Militärdoktrin eingefordert und plädiert für eine Klärung der großen Zeitfragen „mit Eisen und Blut“. In den als maßgeblich geltenden Medienredaktionen scheint kaum jemand befähigt und willens zu sein, sachgerecht der Frage nachzugehen, wie die aktuelle deutsche Militärdoktrin denn überhaupt noch völkerrechts- und verfassungskonform aufgefasst werden kann. Auf internationaler Ebene stimmt die deutsche Regierung im Sinne der Atombombenbesitzer ab. Mit einem nunmehr offensiven Bekenntnis zu dem, was die Herrschenden schönfärbisch „nukleare Teilhabe“ nennen, soll es nicht genug sein. Der FAZ-Herausgeber Berthold Kohler hat am 27. November 2016 die deutsche Atombombe gefordert.

Mit Blick auf die weltkirchlichen Aufbrüche kann man nur staunen, wie hierzulande die Friedensfrage in den Großkirchen, der Christdemokratie oder den Überresten des „politischen Katholizismus“ bestenfalls als Randthema gewürdigt wird. Die Sozialdemokratie wäre – drängender denn je – gefordert, im Gefolge Gustav Heinemanns und Willy Brandts klarzustellen: Die einzige – schier alternative – Perspektive der Zivilisation heißt Frieden.

Doch einstweilen vernimmt man hier nur lokale Stimmen wider die Militarisation der Politik oder „Pensionäre“ wie Erhard Eppeler und Ex-MdB Michael Müller (ehem. Staatssekretär; Naturfreunde). Der grüne Nonkonformist Christian Ströbele hat nun das Parlament verlassen. So etwas wie eine Nachfolge für diesen großen Demokraten ist nicht in Sicht.

Soll man dem Gefühl von Vergeblichkeit nachgeben und verstummen? Die Versuchung, sich auf Pathos, Sentimentalität und Klage zu verlegen, ist groß. (Ich bekenne mich schuldig, ihr immer wieder zu erliegen.) *Ernstfall Frieden* von Wolfram Wette erschließt hingegen – jenseits leichtfertiger Tröstungen – eine Perspektive wider den Fatalismus. Die jungen Pazifistinnen und Pazifisten mögen es lesen: nicht zuletzt, um „kräftig genährt“ zu werden durch das klare Denken, den Mut und die Schönheit (!) der Frauen und Männer, die vor uns die Sache des Friedens betrieben haben. Die schon nicht mehr jungen Pazifisten in deutschen Landen werden dem Autor dankbar sein für die Möglichkeit zur Selbstvergewisserung. Denn die „alte Friedensbewegung“ bleibt der Aufklärung – als einem linken Unternehmen – und damit der lichten Seite des bürgerlichen Zeitalters verpflichtet. Die Lektüre von *Ernstfall Frieden* befähigt uns, mit einem wachen Gedächtnis den Scharlatanen des kriegsfreundlichen Revisionismus zu widerstehen.

Die „Berliner Republik“ steht nicht unter dem Leitbild eines friedensbewegten Verfassungspatriotismus. Es walten Tagespragmatismus und Orientierungslosigkeit. Namentlich auch im Militärministerium fehlt jede Einsicht in den Bankrott des neoimperialistischen Paradigmas. Eine Vision gibt es nicht, weshalb man die inhaltsleere PR-Geschwätzigkeit ohne Rücksicht auf Schmerzgrenzen überdehnt. Konservative mit christlichem Anspruch, Sozialdemokraten oder Liberale scheinen kaum noch etwas zu wissen von ihren Altvorderen, die im Kaisereich und in den 1920er Jah-

ren als hellsichtige Friedensdenker in Erscheinung getreten sind.

Die Rahmenbedingungen für den pazifistischen Einspruch, so zeigt Wolfram Wette, sind heute jedoch grundlegend andere als während der Weimarer Jahre. Eine imponierende Bevölkerungsmehrheit versagt sich seit über drei Jahrzehnten den kriegerischen Heilslehren. Die Bemühungen, ab 1945 die Gesellschaft gegen den in der Adenauer-Ära noch äußerst regsamen Militarismus zu immunisieren, waren am Ende nicht vergeblich. Nun kommt es bei ausbleibenden Massenmobilisierungen darauf an, das eigene Denken nicht auf Twitter-Formate zu reduzieren und trotzdem im Dienste des Friedens eine Oberhoheit über die „Schlagzeilen“ zurückzugewinnen: Frieden, gewaltfreie Verfahren und Gerechtigkeit, eine andere Zukunft gibt es für die nahegerückte Menschenfamilie nicht! Zu den „Lehren aus der Geschichte“ gehört in diesem Zusammenhang der Sinn für eine Fragestellung, die nicht zuletzt auch ästhetischer Natur ist: Wer bringt im öffentlichen Raum die attraktiveren – wirkmächtigen – Bilder ins Spiel?

Wolfram Wette: Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Bremen 2016 [2017]; 640 Seiten; 502 Abbildungen; 24,80 Euro

Impressum

Redaktionsanschrift: Zivil Courage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, Telefax 03212-10282 55, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan K. Philipp (verantwortlich; eMail philipp@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: fünf Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die Zivil Courage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniertung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilagen: „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 21. Oktober. Die nächste Ausgabe erscheint zum Jahreswechsel, Redaktionsschluss ist der 30. November.



„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Als Vertreter des erkrankten Monty Schädel ist Michael Schulze von Glaßer als politischer Geschäftsführer für die DFG-VK tätig. In dieser Kolumne berichtet er regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.

Sommerpause? Gibt's nur für Parlamentarierinnen und Parlamentarier! Natürlich geht es im Sommer politisch oft etwas ruhiger zu Sache – in diesem Jahr gab es trotzdem viel zu tun, da viele DFG-VK Gruppen sehr aktiv waren.

Beim Protest gegen den G20-Gipfel in Hamburg waren viele DFG-VK-Mitglieder (natürlich friedlich) aktiv – vor allem bei der Großdemonstration im Nachgang der Gipfeltage.

Gemeinsam mit jüngeren Aktiven wurden Proteste gegen den Mali-Einsatz und Aktionen zum Hiroshima-Tag Anfang August in Köln und Düsseldorf organisiert und durchgeführt.

Es gab Aktionen gegen die Rekrutierung unter 18-Jähriger durch die Bundeswehr in Berlin und Proteste vor den Botschaften Nordkoreas und der USA gegen das atomare Säbelrasseln.

Auch konnte die „Friedensradtour NRW“ mit einigen Aktionen begleitet werden – etwa einer „Schmiergeldrutsche“ vor der Zentrale des Panzerbauers „Rheinmetall“, dem Besuch des Sensenmanns am Nato-Hauptquartier in Münster und es gab eine satirische Preisverleihung des „Goldenen G36“ an die Bundeswehr-Werbeagentur „Castenow“ in Düsseldorf.

Da ich – wie ihr seht – viele Aktionen organisiere, mitplane oder unterstütze, mache ich mir auch viele Gedanken darüber, wie wir Leute heutzutage am besten erreichen und für unsere politischen Positionen werben können – und habe dabei einige Ideen für Verbesserungen.

Moderne Aktionen

Aktuell ist nicht die Zeit für Großdemonstrationen. Auch wenn sich viele Menschen um den Frieden sorgen, auf die Straße bekommt man sie nicht.

Zwar kann sich das aus dramatischen Gründen – etwa bei einem Kriegsausbruch auf der koreanischen Halbinsel – schnell ändern, im „Frieden“ sind andere Aktionsformen aber effektiver: Aktuell kann besonders gut durch kleine, spektakuläre Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit erregt werden.

Mit kreativen Kleinaktionen zu unseren politischen Themen können wir die Menschen – und vor allem über die Medien auch die Politik – auf unsere politischen Forderungen aufmerksam machen und die DFG-VK zudem als attraktive, aktive Friedensgruppe präsentieren. „Bilder schaffen“ ist dabei entscheidend: Sie sind leicht verständlich und auch für Medien attraktiv – so können wir mit wenigen Aktivistinnen und Aktivisten, geringem Aufwand, aber viel Kreativität viele Menschen erreichen. Der Bundesverband versucht die Landesverbände, Regional- und Ortsgruppen dabei zu unterstützen: So gibt es etwa ausleihbare Aktionssets zu Kleinwaffen-Exporten, Atomwaffen und anderen Themen.

Zielgruppen ansprechen

Wichtig ist bei Aktionen auch die Zielgruppe im Blick haben. Das wurde besonders bei der Videospieldmesse „gamescom“ in Köln deutlich: Dort waren wir drei Tage lang mit einem Infostand vor der Messe vertreten um gegen Bundeswehr-Werbung auf der „gamescom“ sowie unsere „Crytek“-Kampagne zu informieren. Es war sehr gut, mit dem Stand und unseren Forderungen sichtbar zu sein, auf uns zugegangen sind aber nur sehr wenige junge Leute.

Was hingegen sehr gut funktioniert hat: Benno Malte Fuchs – unser möglicher nächster junger Friedensarbeiter im Verband – hat sich das Kostüm einer bei jungen Leuten bekannten „Crytek“-Videospieldfigur angezogen und kis-

tenweise Poster verteilt. Binnen weniger Stunden sind wir so alle 2500 Poster mit eingerollten Flyern losgeworden – sie wurden Benno förmlich aus den Händen gerissen.

Für die nächste „gamescom“ merken wir uns daher: Lieber nur einen kleinen Infostand aus dem DFG-VK-Bulli „heraus“ machen, dafür mit zielgruppengerechten Materialien und in einer Art auf junge Leute zugehen, die sie anspricht – so wie wir es auch unsere „Einhorn“-Materialien machen, die aktuell bei der jungen Zielgruppe sehr beliebt sind.

Aktuelle Themen aufgreifen

Der Atomstreit zwischen Nordkorea und den USA spitzte sich im August zu – sicherlich auch der Ferienzeit geschuldet, reagierten wir und andere Friedensgruppen nur behäbig. Dabei ist der Konflikt – leider – eine Steilvorlage, um unsere Forderung für eine atomwaffenfreie Welt in die Öffentlichkeit zu tragen. Erst Mitte September schafften wir es, eine Aktion dazu zu machen: Vor der nordkoreanischen- und der US-Botschaft in Berlin bauten wir eine (Styropor-)Atom-bombe auf und ließen Kim Jong-Un und Donald Trump darauf reiten – die Aktion wurde fotografiert, gefilmt und führte zu Berichten vom britischen „Guardian“ bis zum ZDF-Magazin „aspekte“. Mit relativ wenig Aufwand konnten wir mit der Aktion über die Medien sehr viele Menschen mit unserer politischen Forderung einer atomwaffenfreien Welt erreichen.

Die Aktion zeigte: Wir müssen schneller auf aktuelle politische Geschehnisse reagieren. Wenn es in einer Kaserne – mal wieder – einen Missbrauchs-Skandal gibt, müssen wir wenige Tage später davor protestieren und junge Leute davor warnen, sich von der Bundeswehr rekrutieren zu lassen. Wenn es – mal wieder – einen Korruptionsskandal bei einem Rüstungsunternehmen gibt, müssen wir kurz danach davor stehen und den Medien „Bilder“ liefern.

Unser Vorteil dabei ist, dass es im ganzen Land DFG-VK-Mitglieder gibt,

die vor Ort etwas organisieren und eine Aktion zumindest unterstützen können.

Zudem haben wir mit dem Bulli ein „Einsatzfahrzeug“, mit dem Materialien sowie Aktivistinnen und Aktivisten transportiert werden können. Transparente und Flyer sind heutzutage über das Internet schnell in Auftrag gegeben und fix geliefert – Inhalte und Positionen zu den allermeistern sicherheitspolitischen Themen haben wir schon! Was fehlt, ist – manchmal – die Bereitschaft, spontan und durchaus mit Stress eine Aktion zu organisieren. Auch ist es oftmals schwierig genügend Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine kurzfristig geplante Aktion zu finden.

Solche Aktionen sind also „nicht mal eben“ gemacht, sind momentan aber eines der geeignetsten Mittel um unsere Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen.

Eine gute Zukunft für die DFG-VK

Natürlich kann man aber über politische Methoden streiten. Der aktuelle Aufschwung – steigende Mitgliedszahlen, Aktivitäten und eine größere Wahrnehmung – zeigt aber, dass die aktuellen Methoden richtig sind.

Politik und politische Methoden entwickeln sich laufend weiter – wir dürfen uns dabei nicht abhängen lassen. Das heißt auch, mal etwas zu wagen und für manche vielleicht nicht sofort nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen und durchzuführen.

Das ist sicher auch eine Frage der Generation. Dabei können alle voneinander gewinnen: Die älteren und erfahrenen Mitglieder müssen den jüngeren vertrauen, die mit ihren Aktionen und Ideen den Verband bereichern. Und die jüngeren Mitglieder können vom Wissen der Älteren profitieren.

Seit letztem Jahr führen wir einen Generationendialog – dieser muss fortgeführt werden und sich auch in den Strukturen des Verbands zeigen. Aktuell stehen einige junge Menschen – insbesondere Thorge Ott, Kathi Müller und der schon erwähnte Benno Malte Fuchs – in den Startlöchern, auch auf Bundesebene in Gremien mitzuarbeiten.

Ich hoffe, sie bekommen dabei Unterstützung und das Votum der Mitgliedschaft. Es läuft gerade gut – nehmen wir den Schwung zum Bundeskongress im November in Berlin mit und stellen den Verband für die Zukunft gut auf!

Trauer um Christian Koberg (* 20.6.1946 † 21.5.2017)

Wir trauern um Christian Koberg, das vielleicht älteste Mitglied im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, der nach langer Krankheit Ende Mai mit 70 Jahren gestorben ist.

Christian war als Pazifist und Kommunist bereits als Jugendlicher in unsere Vorgängerorganisation DFG-IdK eingetreten, etwa zeitgleich mit seinem Eintritt in die illegale KPD. Er schloss sich den antifaschistischen Kämpfern an, die den Nazi-Terror überlebt hatten, und der FDJ-Generation, die gemeinsam für Wiedervereinigung und Frieden, gegen Remilitarisierung und atomare Bewaffnung, gegen Adenauer und auch gegen „den Mief von 1000 Jahren“ kämpften. Im gleichen Jahr wurde er Gewerkschafter, war viele Jahre aktiv, zunächst in der HBV, später bei ver.di, wo der er bis zuletzt als Vorsitzender des Bezirksseniorenausschusses Kiel/Plön arbeitete.

Christian war einer der Initiatoren der Ostermarschbewegung in Hamburg und Schleswig-Holstein. Er trat ein für die Beendigung des Vietnamkrieges und kämpfte gegen den auch in der Friedensbewegung verbreiteten Antikommunismus. Er war Gründungsmitglied des Trägervereins des „Club M“ in Kiel, in dem auch zahlreiche DFG-VK-Veranstaltungen und -Treffen stattfinden konnten.

Er organisierte die schleswig-holsteiner Teilnahmen an zentralen Friedensdemonstrationen, z.B. im Bonner Hofgarten, wo 300.000 gegen die atomaren Erstschlagwaffen demonstrierten. Bei der „Stoppt Strauß“-Demonstration in Kiel konnte er mit der Kraft seiner lauten Stimme auf dem Resonanzboden seines Körpers vor einigen hundert Teilnehmern noch lauter sprechen als die Redner vorher, nachdem die Polizei uns das Megaphon nach den ersten Beiträgen abgenommen hatte.

Christian gehörte zu denen, die einen alten Fischkutter vor dem Verschrotten gerettet hatten, der heute noch als Traditionsegler „Albin Köbis“ unterwegs ist, auf seinen Vorschlag benannt nach einem Matrosen, der sich 1918 geweigert hatte, erneut in den Krieg zu ziehen. Mit diesem Kutter führten wir gewaltfreie direkte Aktionen durch: Friedensfahrten über die Grenzen des „kalten Krieges“ hinweg mit internationaler Besatzung aus allen Ostseeanrainern. Warum sollen junge Menschen aus beiden Militärblöcken gegeneinander Krieg führen, wenn sich junge Menschen so gut verstehen, dass sie auf dem engen Raum dieses Kutters gemeinsame Fahrten ma-

chen? Dann die Besetzung von U-Booten von der Wasserseite aus, denn von Land wäre es unmöglich gewesen, dorthin zu gelangen. Diese U-Boote sollten von der Kieler Werft an das Apartheid-Regime in Südafrika oder nach Israel ausgeliefert werden. Er war dabei ein geschickter Taktiker: Nach den U-Boot-Besetzungen wollte uns die Polizei etwas anhängen: die Durchführung einer nicht genehmigten Demonstration im Kieler Hafen, denn der Kutter war mit Transparenten geschmückt, über die sich alle Kriegstreiber nur ärgern konnten. Christian erklärte sofort, das nur er und ich die Demonstranten seien, die anderen an Bord seien unbeteiligte Zuschauer. Die Polizei war über dieses Geständnis froh, jetzt konnte sie die anderen als Zeugen, nicht als Beschuldigte, vernehmen und sie somit verpflichten, gegen uns beide auszusagen. Dadurch reduzierte sich die Zahl der Demonstranten an Bord auf wunderbare Zwei, und eine Demonstration nur zu zweit ist nicht genehmigungspflichtig. Folglich konnte keiner verurteilt werden. Von Christian konnte man lernen, sich niemals zum Opfer machen zu lassen. Gewaltfreie Blockaden des Atomwaffenlagers Meyn werden immer so veranstaltet, dass es keine Strafanzeigen geben kann. Politische Prozesse werden so geführt, dass man nur freigesprochen werden kann. Niemand darf Gelegenheit bekommen, als „agent provocateur“ in der Bewegung mehr Schaden anzurichten, als dass er uns vorher genutzt haben musste. Vielleicht war diese Haltung Ausdruck seiner Erfahrung durch die illegale politische Arbeit in der KPD aus der Zeit vor Gründung der DKP, deren Gründungsmitglied er auch war.

Christian aus Kiel war in den siebziger Jahren Landesvorstand unseres damals neu gegründeten DFG-VK-Landesverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein. Nachdem ich ihn in dieser Funktion abgelöst hatte, legte er seinen politischen Schwerpunkt auf die Parteiarbeit, war für viele Jahre im Bezirksvorstand Schleswig-Holstein und im Bundesvorstand der DKP, dort auch als Bundeskassierer. Schon lange vor den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ und Horst Köhlers Rücktritt hatte er so argumentiert, dass Ursache von Kriegen die kapitalistische Profitgier ist und es nicht ausreicht, das Militär abzuschaffen, dass auch der Kapitalismus abgeschafft werden muss.

Ralf Cüppers für den DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein

Darüber muss leider berichtet werden: DFG-VK vs. Monty Schädel

Die Chronistenpflicht sowie Anspruch und Absicht der **Zivil Courage**, die Mitgliedschaft der DFG-VK über alles Relevante aus ihrer Organisation zu informieren, gebieten es, darüber zu berichten, was über den nebenstehend abgebildeten Bericht in der „taz. die tageszeitung“ am 11. September 2017 veröffentlicht wurde: Die DFG-VK hatte Ende Juni ihrem langjährigen Politischen Geschäftsführer Monty Schädel gekündigt.

Das Angebot an beide Seiten – den BundessprecherInnenkreis (BSK) und Monty Schädel –, an dieser Stelle ihre jeweilige Sicht darzulegen, wurde nicht angenommen.

Zu sagen ist deshalb: Die Fakten sind im Kern in der *taz*, die nach eigenen Angaben pro Ausgabe 213 000 LeserInnen hat, korrekt dargestellt.

Der sachliche Hintergrund für die Kündigung dürfte auf Seiten des BSK der sein: Der Arbeitsvertrag ist nicht an die Amtszeit gekoppelt, die durch die Wahl(en) des Bundeskongresses bestimmt wird. Da Monty Schädel wohl nicht bereit war, einem geänderten Vertrag zuzustimmen, wurde ihm auf Ende November, also einen Zeitpunkt nach dem Bundeskongress gekündigt. Für den Fall, dass er – sofern er kandidiert – nicht wiedergewählt würde, könnte sich die DFG-VK die Gehaltszahlung während der dann ggf. beginnenden Kündigungsfrist sparen.

Monty Schädel hingegen verweist auf seinen unbefristeten Arbeitsvertrag von 2007, darauf, dass dieser bisher niemals als Problem angesehen worden sei, dass er regelmäßig auf den Bundeskongressen wiedergewählt worden sei, und dass – mit Blick auf die DFG-VK-Satzung – die Entscheidung über eine Kündigung nur eine Folge der Entscheidung eines Bundeskongresses, also Wahl oder Nicht-Wahl, sein dürfe.

Übrigens: Eine Antwort darauf, warum der Arbeitsvertrag damals so geschlossen wurde, gibt es bislang nicht.

Das juristische Verfahren läuft weiter, und nun ist es Aufgabe des Bundeskongresses, den Konflikt politisch zu bewerten, nach möglichen Auswegen zu suchen und für die Zukunft so klare Vorgaben zu machen, dass solche Konflikte vermieden werden. Und vielleicht auch Vorschläge zu machen, wie transparent und offen Schwierigkeiten nach innen und außen kommuniziert werden.

Stefan Philipp



Krieg und Frieden

FRIEDENSBEWEGUNG Monty Schädel ist einer der bekanntesten deutschen Friedensaktivisten. Nun hat sein Pazifistenverband ihm gekündigt – nach einem Herzinfarkt

AUS BERLIN MARTIN KAUL

Er sagt, für ihn ist das die schwerste Krise seines Lebens, ein Schlag ins Gesicht. Er sagt: „Sie nehmen mir damit alles.“ Er sagt, dagegen will er jetzt kämpfen.

Monty Schädel, Jahrgang 1969, ist ein kampferprobter Mann. Das muss er auch sein – als einer der bekanntesten deutschen Friedensaktivisten. 1993 verweigerte er als Totalverweigerer den Kriegsdienst mit und ohne Waffe, eine dreijährige Bewährungsstrafe war die Folge. Jahre später, 2007, war Schädel eine der zentralen Figuren bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Und vor ein paar Jahren, als die Friedensbewegung sich zum „Friedenswinter“ zusammenfand, mit Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern, war er die mahnende Stimme, die seine Genossen öffentlich zur Vernunft rief. Monty Schädel aus Waren an der Müritzer, streitbarer Friedensaktivist, Gewerkschafter und Politiker – und bald nun vielleicht arbeitslos?

Wie die taz nun erfahren hat, wurde Schädel Ende Juni die Kündigung ausgesprochen. Das Pikante: Wenige Monate zuvor hatte Schädel einen Herzinfarkt erlitten, zum Zeitpunkt der Kündigung war er krankgeschrieben.

Und so ist bei seinem Verband nun ein Zoff entbrannt, der alles hat, um die ohnehin streitfreudige Friedensbewegung erneut zu beleben: Es geht um den Frieden in den eigenen Reihen, um die Zukunft der Verbandsarbeit und, ganz banal, um arbeitsrechtliche Fragen. Und es geht um die Frage, wie Friedensaktivisten mit ihrem langjährigen Wegbegleiter und Aushängeschild umgehen – dem sie vieles zu verdanken haben, und der seit langem krank ist.

Denn mit Monty Schädel wurde einem gekündigt, der seit 26 Jahren Mitglied, seit 15 Jahren ehrenamtlicher Bundessprecher und seit 10 Jahren Politischer Geschäftsführer einer der wichtigsten deutschen Friedensverbände ist, der DFG-VK. Das steht für: „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“. Der Verband ist einer der Veranstalter der jährlichen Ostermärsche.

Was Schädel während macht: Das Kündigungsschreiben erreichte ihn Ende Juni, als er nach schwerem Herzinfarkt noch krankgeschrieben war – und es führte dazu, dass er am 9. August 2017 gleich zwei Ter-



Seit Jahren eine der lautesten Stimmen der Friedensbewegung: Monty Schädel (Foto: Patrick Seeger/epa/epic.com)

Demo gegen Drohnen

■ **Hand in Hand:** Mit einer Menschenkette protestierten laut Veranstalter 5.000 Menschen am Samstag in Ramstein gegen die dortige US Air Base. Die Polizei sprach von 3.000 Teilnehmern. Der Protest richtete sich gegen die Aufstellung von Atomwaffen und den Einsatz von Drohnen

■ **Redner:** Oskar Lafontaine, Linken-Fraktionschef im Saarland, forderte ein Ende von Atomwaffen und Kapitalismus. „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

■ **Drohnen:** Die USA bestätigten, dass ihre Streitkräfte Reflektoren in Ramstein zur Weiterleitung von Signalen für Drohnenangriffe nutzen. (taz, dpa)

mine hatte: In der Klinik sollte er an diesem Tag am Herzen operiert werden und vor dem Gericht stand am gleichen Tag die mündliche Verhandlung über sein Anstellungsverhältnis an. Es ging um seine Kündigungsschutzklage. Sind das gute Bedingungen, um wieder gesund zu werden?

Schädel macht seinen einstigen Wegbegleitern schwere Vorwürfe: Sie würden seine Genesung torpedieren. Sie würden ihm in seinen schwersten Stunden in den Rücken fallen.

Dabei geht es dem Vorstand der Friedensbewegung vermeintlich nur um Formales. Denn obwohl Schädel vom Bundeskongress der per demokratischen Wahl den Politischen Geschäftsführer bestimmt, immer nur für die Amtszeit von jeweils zwei Jahren gewählt wird, hat er einen unbefristeten Arbeitsver-

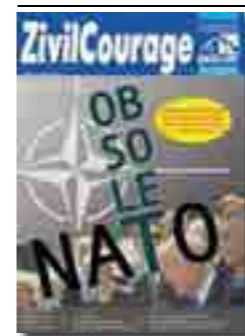
trag. Das bedeutet: Wenn im November die nächsten Wahlen anstehen und Schädel nicht wiedergewählt wird, müsste der Verband ihn noch länger bezahlen – um dann noch die Kündigungsfrist und eine Übergangszeit einzuhalten. Geht es nach dem Verband, so ging es bei der Kündigung nur darum, das formale Anstellungsverhältnis an die reale Amtszeit zu koppeln.

Allerdings: Für jemanden, der wie Schädel seit zehn Jahren in gleicher Position tätig ist, würde das eine Kettenbrechung bedeuten. Und das war in all den Jahren nie ein Thema. Denn schon seit 2007, als Schädel erstmals in die Position gewählt wurde, ist dessen Vertrag unbefristet. Warum also sollte wohl ausgerechnet jetzt sein seit zehn Jahren unbefristeter Vertrag gekündigt werden?

Nun, das könnte damit begründet sein, dass Schädel bereits seit 2015 für den kleinen Verband fast durchgehend nicht zur Verfügung stand – wegen Krankheit. Kosten tut das dem Verband nichts: Das Krankengeld zahlt die Krankenkasse, eine Vertretung ist eingearbeitet. Für den Vorstand, der an die Beschlüsse des Bundeskongresses gebunden ist, war aber auch klar: Falls Schädel auf dem anstehenden Bundeskongress im November nicht wiedergewählt werden würde, müssten sie ihm ohnehin kündigen.

Warum dies dann nicht abwarten? Denn während Schädel für seine Vorstandskollegen offenbar eine Belastung ist, ist er für viele Verbandsmitglieder eine feste Größe. Bei der letzten Wahl des Verbands, 2015, wurde

taz online (10.9.)
und print (11.9.)



Briefe der LeserInnen

„Man müsste die ZivilCourage sofort einstellen.“

Nach über 40 Jahren Mitgliedschaft schreibe ich heute meinen ersten Leserbrief: Ich frage mich seit sehr vielen Jahren schon, für wen die **ZivilCourage** eigentlich herausgegeben wird. Ich nehme an, sicher nicht für interessierte junge Menschen, die man für unsere Sache ansprechen will. Wenn man eine ehrliche Analyse der Leserschaft und – weil etwas ganz anderes – der Empfänger vornehmen würde, so bin ich sicher, müsste man das Magazin sofort einstellen. Kaum jemand liest diese Textfriedhöfe. Und genau so weit weg sind die wirklich interessanten Themen.

Deshalb frage ich, wollt ihr wirklich so weiter machen, die Realitäten unseres Landes und der Welt so komplett ignorierend?

Ich schlage vor, man beauftragt externe Profis, die eine Analyse der Interessen der Leserschaft und die der restlichen, vermutlich übergroßen Empfänger betreiben und auswerten. Und ich schlage weiter vor, dass bei der Erstellung des Analyseauftrags und der Veröffentlichung kritische Geister in die mir fast sektiererisch wirkende interne Verbandsarbeit einbezogen werden.

Hans Hartmann-Thoma, Haimendorf

Zum „ZC-Spezial: Wahlprogramme 2017“ in ZC Nr. 3/2017, Seite 15 ff.

In der **ZivilCourage** habt Ihr Teile des Wahlprogramms der AfD veröffentlicht. Die AfD ist Sammelbecken für sehr viele äußerst rechte und reaktionäre Positionen und Personen. (...) Die über Jahrzehnte propagierte Feindschaft gegen unser Nachbarland Frankreich war immer zentraler Bestandteil der deutschnationalen Ideologie und so eine der Ursachen des Ersten Weltkriegs.

In der AfD sind solche Thesen immer die Mehrheitsmeinung, und deshalb sollte das AfD-Programm nicht in der **ZivilCourage** abgedruckt werden. Stattdessen sollten wir den Ausschluss der AfD-Positionen offensiv mit diesen reaktionären und kriegstreiberischen Grundüberzeugungen in der AfD begründen.

Sebastian Schröder, Wuppertal

Heute kam die neue **ZivilCourage**. Danke! Ist wieder klasse geworden.

Kann ich für die Friedensinitiative Nottuln 10 Exemplare bekommen? Damit können wir uns super für den Bundestags-Wahlkampf vorbereiten.

Robert Hülsbuch, Nottuln

Der Sonderteil mit den Wahlprogrammen ist nicht nur außerordentlich nützlich und für jedermann notwendig, sondern auch elegant eingeleitet. Das wäre sogar einen Sonderdruck wert.

Werner Glenewinkel, Werther

Zum Beitrag „Heiliger Zorn auf Rüstung und Krieg“ von Margot Käßmann in ZC Nr. 3/2017, Seite 28 ff.

Es ist schon ungewöhnlich, in der **ZivilCourage** eine Predigt zu lesen. Da sie aber von unserem neuen DFG-VK-Mitglied Margot Käßmann gehalten wurde, lohnt es sich, den Text näher anzusehen. Ich greife die Stelle „*Liebet eure Feinde!*“ heraus, die mich leider nicht überzeugt. Man kann durchaus m.E. aus „biblischer Perspektive argumentieren und die Spirale der Gewalt durch Gewaltlosigkeit durchbrechen“. Hunderttausende haben 1989 in Leipzig, ausgehend von der Nicolaikirche, die Macht der Gewaltlosigkeit bewiesen. H. Sindermann vom Zentralkomitee der SED sagte hinterher, vor seinem Tod: „... Wir waren auf alles vorbereitet. Nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ „*Liebet eure Feinde*“ ist die Grundforderung von Jesus. Würde sie befolgt, sähe es auf unserer Welt anders aus. Insofern können für mich Christen keine Soldaten sein. „Irgendeine Bombe oder Armee würden die Kriege dieser Welt beenden“. Nein, Hass und Vergeltung würden nur neu entfacht.

Ich wünsche mir, Margot K. setzt sich dafür ein, dass Militärseelsorger ihren Dienst bei der Bundeswehr quittieren und diese sicher notwendige Hilfe für Soldaten den Psychotherapeuten überlassen.

Uta Binz, Mainz

Zum Beitrag „Was den DDR-Herrschenden nicht gelungen ist ...“ von Stefan Philipp in ZC Nr. 3/2017, Seite 30 f.

Zugegeben: Über den markenrechtlichen Schutz des Logos „Schwerter zu Pflugscharen“ kann man sicherlich streiten und unterschiedlicher Auffassung sein. Aber angesichts der transparenten Erläuterung der Beweggründe, die im Mai nach Veröffentlichung des Spiegel-online Artikels durch die Ökumenische FriedensDekade vorgenommen wurde, und der damit verbundenen selbstkritischen Reflexion im Umgang mit der Rechtenutzung durch die Ökumenische FriedensDekade, mutet der Artikel schon etwas befremdlich an, da nicht direkt bei uns nachgefragt wurde und schlecht recherchierte, in Teilen sogar unrichtige Behauptungen wiederholt werden. Ich möchte versuchen, den Sachverhalt erneut klarzustellen:

1. Im Einvernehmen mit den „Erfindern“ des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ hat die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) das Markenrecht für das Logo der Friedensdekade bereits im Jahr 2006 beantragt.

2. Die AGDF hat nicht im Eigeninteresse gehandelt, um über den Markenrechtsschutz Geld zu verdienen, sondern im Auftrag des Gesprächsforums Ökumenische FriedensDekade, dem u.a. die Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Kirchen in Deutschland, die EKD, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Versöhnungsbund, PRO Asyl, pax christi Deutschland und Brot für die Welt angehören. Weitere Mitgliedsorganisationen der AGDF selber wie die von Stefan Philipp genannten Ohne Rüstung Leben oder die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden sind nicht Mitglieder im Gesprächsforum.

3. Die zentralen Beweggründe wie der Schutz vor kommerziellem oder politischem Missbrauch für die damalige Entscheidung der Ökumenischen FriedensDekade, das Symbol und das Logo Schwerter zu Pflugscharen schützen zu lassen, werden nicht (angemessen) be-

nannt. Das Logo wurde 1981 im Zusammenhang mit der ersten Friedensdekade, initiiert von der evangelischen Jugendarbeit, in der DDR entwickelt. Die ÖFD steht heute in der Tradition dieser Arbeit, was durch das Logo nach außen erkennbar ist.

4. Die Ökumenische Friedensdekade hat die Nutzung des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ durch Dritte immer befördert und unterstützt, weil damit die Vision von einem Frieden in Gerechtigkeit als erklärtem Ziel der Ökumenischen Friedensdekade aufrechterhalten wird. Daher darf dieses auch gerne (weiterhin) vielfältig und abgedruckt werden – solange es sich um eine nicht kommerzielle bzw. missbrauchende Nutzung handelt.

5. Dass die Ökumenische Friedensdekade seit über 35 Jahren jährlich neu friedenspolitisches und friedentheologisches Arbeits- und Aktionsmaterial anbieten kann, ist u.a. nur möglich, weil die dafür notwendigen Kosten fast ausschließlich über den Verkauf der angebotenen Artikel (auch der Aufkleber mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“) erwirtschaftet werden können. Ohne Moos – so könnte man sagen – ist auch friedenspolitisch nichts los. Und so gelingt es Jahr für Jahr neu, dass das Friedensthema in mehreren Tausend Veranstaltungen, Gottesdiensten und Friedensgebeten aufgegriffen wird.

6. Generell ist der Schutz einer Marke vor Missbrauch nichts Ungewöhnliches. Problematisch ist in diesem Fall, dass das Symbol zugleich eines der Friedensbewegung ist. Das Gesprächsforum ist sich dessen bewusst und befindet sich in Gesprächen mit friedenspolitischen Gruppen und kommerziellen Anbietern, um eine alle Seiten befriedigende Lösung für dieses Problem zu finden. Wir setzen dabei weiterhin auf den Dialog und eine Konsenslösung – auch in dem von Stefan Philipp erwähnten Konflikt mit der DFG-VK –, nicht auf juristische Formen der Auseinandersetzung. So haben wir bereits mehrfach unser Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass in der Vergangenheit in einem Fall der juristische Weg vor der dialogischen Klärung gegangen wurde. Eine nicht kommerzielle Nutzung von Friedensgruppen wird nicht geahndet, kommerzielle Anbieter werden von uns angeschrieben – zukünftig auch mit dem Ziel einer angemessenen Nutzung des Markenrechts zu finden.

Ich wäre dankbar, wenn in der weiteren Debatte eine alle Aspekte berücksichtigende Diskussionskultur Ober-

hand gewinnen würde. Sonst droht der Friedensbewegung einmal mehr, was den DDR-Herrschenden nicht gelungen ist: sie zu spalten bzw. in Grabenkämpfe zu verstricken.

Jan Gildemeister
Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
und Vorsitzender der Ökumenischen Friedensdekade e.V.

Zum Beitrag „Gedanken zu G20 und Gewalt“ von Brunbild Müller-Reiß in ZC Nr. 3/2017, Seite 33

Danke für die nachdenklichen Zeilen über die Aktionsformen im Zusammenhang mit dem G-20-Gipfel in Hamburg. Angesichts der Tendenz der Medienberichterstattung ist es schon richtig, auf die strukturelle Gewalt der ökonomischen Verhältnisse und ihre zerstörerischen Folgen hinzuweisen. Ich kann aber nicht mit allen Aktionsformen solidarisch sein, denn unsere Methoden müssen mit unseren Zielen in Übereinstimmung stehen. Die Debatte, welche Aktionsformen für PazifistInnen akzeptabel sind, hat uns bekanntlich seit den sog. Straßburger Krawallen 2009 beschäftigt.

Ein (vorläufiges) Ergebnis ist das Papier „Empfehlungen zur Bündnispolitik der DFG-VK, vom Bundesausschuss 2016 verabschiedet, aber bisher nicht veröffentlicht. Daher nachfolgend den LeserInnen der **ZivilCourage** das Papier zur Kenntnis (der Autor ist Tobias Damjanov, Mitglied im BundessprecherInnenkreis).

Thomas Rödl,
Sprecher der DFG-VK Bayern

Vorbemerkung: Laut Beschluss des letzten Bundesausschusses (5./6.3.2016) soll sich der BA am 2./3. Juni dieses Jahres mit Fragen der Bündnispolitik befassen. Dazu möchte ich beantragen, dass der BA den folgenden Empfehlungskatalog beschließt. Ich betone dabei ausdrücklich „Empfehlungen“, weil

- Bündnispolitik örtlich-regional zu komplex und zu diversifiziert geworden ist, als dass ein Bundesgremium jederzeit und alle Facetten berücksichtigend bis ins letzte Detail „Vorschriften“ machen kann;

- der Verband von der Autonomie und dem Selbstbewusstsein seiner Gruppen und Landesverbände lebt, worauf BA und BSK vertrauen sollten;

- Vorschriften nicht Überzeugungsarbeit ersetzen können.

„Empfehlungen“ heißt andererseits keineswegs, dass jedeR machen kann, was sie/er will. Es muss ganz klar verstanden werden: Zwischen den Bundeskongressen ist dem BA die Macht anvertraut, Entscheidungen zu fällen, die für den Gesamtverband bindend sind. Dass dabei immer das Programm, die Satzung und Bundeskongressbeschlüsse Grundlage sind, versteht sich von selbst.

(1) Bündnisse der DFG-VK (d.h. alle Formen punktueller Zusammenarbeit oder längerfristiger Kooperation) orientieren sich am Selbstwert der DFG-VK. Weder dürfen die programmatischen Prinzipien des politischen Pazifismus der DFG-VK in Frage gestellt werden, noch soll sich die DFG-VK in der Praxis gemeinsamer Aktionen und Kampagnen mit Handlangerdiensten zufrieden geben.

(2) Bündnisse einzugehen muss von Vorteil für die DFG-VK sein, ihre Politikbefähigung stärken, ihre Rolle in der Öffentlichkeit hervorheben. Die DFG-VK ist nicht Steigbügelhalter für Andere und auch nicht Stimmenbeschaffer für politische Parteien.

(3) Die DFG-VK erwartet von ihren BündnispartnerInnen die Respektierung der Menschenrechte und die Achtung aller Menschen ohne Unterschied in Bezug auf Rasse, Geschlecht, Sprache, Religion, Weltanschauung, sozialer Lage, geschlechtlicher Orientierung und Nationalität. Die Politik dieser BündnispartnerInnen darf weder in ihrer allgemeinen Praxis noch im Auftreten ihrer RepräsentantInnen den Grundsatz der Gewaltfreiheit in Frage stellen.

(4) Die Zusammenarbeit mit Gruppen, die von ihrer Ideologie und Praxis her Gewalt als Handlungsoption nicht ausschließen oder sich zu dieser Gewaltfrage nicht äußern, ist allenfalls auf der Grundlage einer jeweils aktionsbezogenen Vereinbarung (Aktionskonsens) möglich.

(5) Für die DFG-VK gibt es keinerlei Berührungspunkte mit Faschisten, in welcher Formierung und Gestalt sie auch immer auftreten. Generell auszuschließen ist ebenfalls die Zusammenarbeit mit Personen, Organisationen sowie unorganisierten Gruppierungen, die – nachweisbar – rassistische, antisemitische, fremdenfeindliche und gewaltverherrlichende Aussagen treffen. Das betrifft auch Personen, Organisationen und unorganisierte Gruppierungen, die – und das muss ebenso nachweisbar sein – sich offen oder verdeckt die Option freihalten, mit Anderen zusammenzuarbeiten, die rassistische, antisemiti-

sche, fremdenfeindliche und gewaltverherrlichende Aussagen treffen oder gar vollends im faschistoiden bis faschistischen Milieu angesiedelt sind. Im Zweifelsfall bedarf dies der ausführlichen gewissenhaften Prüfung durch die DFG-VK, bevor (sic!) es zu irgendwelchen verbindlichen Kontakten kommt.

(6) In der gemeinsamen Verantwortung von Gruppen, Landesverbänden und Bundesgremien der DFG-VK liegt es zu berücksichtigen, dass bündnispolitische Aussagen und Kooperationen immer auch eine Bedeutung für den Gesamtverband haben können, egal, ob der Anlass ortsbezogen, regional oder überregional ist. Insbesondere gilt das für die Unterstützung von Aufrufen, Petitionen, u.ä.m.: Eine Funktionsangabe der Unterzeichnenden ist nur dann gerechtfertigt, wenn dies das entsprechende Gremium, dem sie angehören, auch so beschlossen hat. Die oftmals verwandte Formulierung „Funktionsangabe dient nur der Information“ ist Augenschwärze, weil jeder diese Funktionsangabe mit der Politik des entsprechenden Gremiums identifiziert. Wenn es um Aufrufe etc. geht, die nachweislich von Bündnissen oder Organisationen beschlossen wurden, denen die DFG-VK bereits angehört (z.B. „atomwaffenfrei“, Ostermärsche, „Aktion Aufschrei“, Kooperation Frieden, Bundesausschuss Friedensratschlag), ist

das natürlich weitgehend gegenstandslos.

(7) Es gibt immer wieder politische Ereignisse, die ein möglichst schnelles Handeln der DFG-VK erfordern, auch und gerade im Bündnisbereich. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass sich die DFG-VK von außen und unter Verwendung des Zeitarguments so unter Druck setzen lässt, dass sie dabei Gefahr läuft, ihre Prinzipien über Bord zu werfen oder gar zu sollen. Das gilt auch für jede Form des „Alarmismus“, d.h. für Argumente, die (i.d.R. bereits bekannte) Entwicklungen unsachgemäß und ideologisch pointiert überhöhen, um so die Bedeutung und häufig auch beabsichtigte Führerschaft ihrer Initiatoren zu manifestieren. Wann und wie die DFG-VK auf aktuelle politische Ereignisse reagiert, entscheidet sie und nur sie allein.

Aktuelle Anmerkung von Thomas Rödl: Dieses Papier wurde vom Bundesausschuss der DFG-VK im Oktober 2016 verabschiedet. Bis heute wurde es nirgends veröffentlicht. Der Antrag des Landesverbands Bayern, das Papier in der ZivilCourage zu veröffentlichen, wurde beim BA im März 2017 abgelehnt! Eine E-Mail an den Redakteur der ZC (im Mai 2017), mit der Bitte dieses Papier als Leserbrief abzuwickeln, blieb unbeantwortet.



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Bald kommt sie wieder, unsere Jahreszeit, die Zeit der Militärmusik. Dann heißt es wieder: Pfeifen, trommeln und blasen in Kirchen und Festhallen, auf Friedhöfen und vor Kriegerdenkmälern, bis den Veteranen das Hörgerät aus dem Gehörgang fällt. Also: Die Posaunen geschmiert, den Schellenbaum poliert, auf dass die Saints go marchin' in! Macht ja auch immer wieder Laune, wenn wir die „Macht der Liebe“ anbeten. Junge, da bleibt kein Auge trocken, wenn unser Heeresmusikkorps das intoniert. Und wenn es dann bei der Weihnachtsfeier im Kasino nach „Wir lagen vor Madagaskar“ oder „Heia heia Safari“ so richtig gemütlich wird, dann, ja dann weiß man wieder, warum unsere Bundeswehr unsere Familie ist.

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Die pazifistische Grundsatzerklärung

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

0317

Ich unterstütze die Grundsatzklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname: _____
 Nachname: _____
 Geburtsdatum: _____
 PLZ, Ort: _____
 Straße und Hausnr.: _____
 Telefon: _____
 E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum: _____
 Unterschrift: _____

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
 Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
 Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
 Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
 Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
 Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich _____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig _____ Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
 halbjährlich
 jährlich

Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in: _____
 IBAN: _____
 BIC: _____
 Datum: _____
 Unterschrift: _____

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
 BIC: BFSWDE33XXX



Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.dfg-vk.de

125 JAHRE DFG-VK
DEUTSCHE FRIEDENSGESellschaft - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN
DIE WAFFEN NIEDER!

gemeinsam in einer Organisation kann man mehr für den Frieden tun. Das ist unsere Erfahrung nach 125 Jahren Friedensarbeit.

Du kannst mitmachen! Melde Dich!

www.dfg-vk.de
www.facebook.com/dfg-vk

Aktionsmaterial im Webshop PAZIFIX unter www.shop.dfg-vk.de

Das DFG-VK-Spendenkonto:
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

10,5 St. P. Thomas Carl Schwane, Politischer Geschäftsführer des DFG-VK-Bundesverbandes, Werastraße 10, 70182 Stuttgart

www.dfg-vk.de

Dieser achtseitige Flyer mit zahlreichen Informationen über die Geschichte und die Erfolge der Deutschen Friedensgesellschaft kann zur Mitgliederwerbung kostenlos in der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden: www.shop.dfg-vk.de; Telefon 0711/51 89 26 26



Deutschland schickt Waffen und Soldaten in alle Welt. Wir dagegen bleiben bei der Aussage: „Nie wieder Krieg“! Heute heißt das konkreter „nie wieder Kriegsunterstützung und Kriegsvorbereitung“. Um gegen solche Politik etwas zu tun: Der DFG-VK beitreten oder sie unterstützen.
Tobias Pflüger

**Friedlich denken allein ändert nichts.
Werde Mitglied der DFG-VK!**

Bitte ausfüllen und in einem Fensterumschlag verschicken.

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart

Grundsatzerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK):

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

